

AUSDRUCK

Das IMI-Magazin Ausgabe Oktober 2008

ISSN 1612-7366

Inhaltsverzeichnis

Georgienkrieg

Martin Hantke
„Alles wieder offen“ 3
Georgienkrieg und imperiale Geopolitik

Tobias Pflüger
Die ESVP-Mission in Georgien 11
„Vom Wasserträger zum Führungsspieler“

Afghanistan und Irak

Claudia Haydt
Raus aus Afghanistan: 13
Chronik einer angekündigten Niederlage

Joachim Guilliard
Irak: kein Weg vorwärts - Irak nach dem *surge* 17

Lateinamerika

Jonna Schürkes
„Homeland-Security“ an der „Südflanke“ 21
US-Militär in Lateinamerika

EU-Militarisierung

Tobias Pflüger
Militärische Meeresabenteuer der Europäischen Union 26
und Deutschlands mit langfristigen Folgen

Jürgen Wagner
Lissabon-Vertrag hin oder her – das militärische 27
Kerneuropa soll kommen!

Editorial:

Die Arbeit der letzten Tage und Wochen war überschattet vom Krieg zwischen Russland und Georgien. Auch wenn man sicher nicht gutheißen kann und muss, wie Moskau sich in der Krise verhalten hat, so war doch die Einseitigkeit frappierend, mit der die USA und die Europäische Union Partei auf Seiten Georgiens ergriff, das immerhin mit seiner Aggression die Situation erst herbeigeführt hatte. Im schlimmsten Fall wird man sich in Zukunft an diesen Konflikt zurückerinnern als die letzte Chance, bei der das Abgleiten in den inzwischen überall befürchteten neuen

Kalten Krieg zwischen dem Westen und Russland (sowie China) endgültig verspielt worden ist. Und tatsächlich: wenn jetzt nicht schnell und grundlegend umgesteuert wird, droht genau dies. Aufgrund der Tragweite der Ereignisse im Kaukasus haben wir ihnen in dieser Ausgabe des AUSDRUCK viel Platz eingeräumt.

Erfreulich hingegen war die aus unserer Sicht sehr gute Beteiligung an den Demonstrationen gegen den Krieg in Afghanistan am 20. September, insbesondere gegen die deutsche Beteiligung. Nun gilt es diesen Schwung für die bereits auf Hochtouren

laufende Mobilisierung zu den Protesten gegen den NATO-Gipfel Anfang April 2009 in Straßburg und Kehl zu nutzen, wo das Kriegsbandnis sein 60jähriges Jubiläum feiern will. Hierzu will die Informationsstelle Militarisation ebenfalls einen Beitrag leisten. Denn der diesjährige Kongress „Kein Frieden mit der NATO“, der am 8./9. November in Tübingen stattfindet, soll zur Mobilisierung zu diesen Protesten beitragen und die Forderung nach der längst überfälligen Auflösung der NATO inhaltlich unterfüttern.

Die Redaktion

Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisation, Jürgen Wagner, Christoph Marischka (verantwortlich), Michael Haid, Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisation erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 Euro bzw. Förderabo 35 Euro.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisation e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ Claudia Haydt, Raus aus Afghanistan, in Junge Welt, 20.9.2008

Bildnachweise: S. 3, US-Verteidigungsministerium; S. 4, 6, 19, 26 Wikipedia; S. 13, Indymedia; S. 22, US G. Accounting

Office; S. 23, IMI; S. 24, 25, US-Southcom; 27, 29, ECFR.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:

Tobias Pflüger, Claudia Haydt und Jürgen Wagner sind IMI-Vorstandsmitglieder. Martin Hantke, Jonna Schürkes sind IMI-Beiräte. Joachim Guilliard ist IMI-Mitglied und im Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg aktiv.

Spenden- Information

Die Informationsstelle Militarisation ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist:
1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen
(BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle:
Informationsstelle Militarisation e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

„Alles wieder offen“

Georgienkrieg und imperiale Geopolitik

von Martin Hantke

1. Einleitung

Die Westberliner Avantgardeband „Einstürzende Neubauten“ brachte Ende 2007 ihre neue CD „Alles wieder offen“ mit dem Titelsong „Nagorny Karabach“ heraus.¹ Damit war sie erneut dem Weltgeist vorangeilt: Zwar zählt die sowohl von Aserbaidschan als auch von Armenien beanspruchte Enklave seit Langem zu einem zentralen Konfliktherd im Kaukasus. Mit dem Angriff georgischer Truppen im Südkaukasus auf die südossetische Hauptstadt sowie auf russische „peacekeeping“-Truppen haben die dortigen Konflikte nun jedoch eine grundlegend neue Qualität angenommen, sie sind der Beginn einer neuen Zeitrechnung. Ein Kalter Krieg zwischen Russland und dem Westen ist seit dem 8. August 2008 Wirklichkeit. Alles ist wieder offen.

Doch diesmal geht es - anders als in der Auseinandersetzung zwischen Warschauer Pakt und NATO - nicht um einen primär ideologischen Kampf. Die Konfliktlinien laufen in erster Linie als geopolitische und geostrategische Auseinandersetzung. Dabei hat die imperialistische Interessenformulierung des Westens eindeutig die Vorderhand. Georgien kommt beim stillen Kampf gegen Russland eine Schlüsselstellung zu. Während die USA, Großbritannien, Polen, Schweden und die baltischen Staaten auf eine weitere schnelle Eskalation setzen, wird von Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien aufgrund eigener Interessen eine - etwas - moderatere Haltung eingenommen. Dies führt allerdings nicht dazu, dass die EU als Ganzes sich einer Eskalation im Verhältnis zu Russland verweigert. Im Gegenteil, die Politik der Europäischen Union und auch Deutschlands trägt mittlerweile immer aggressivere anti-russische Züge und

gleicht sich damit der US-Strategie an, Russlands machtpolitischen Wiederaufstieg mit allen Mitteln zu unterbinden. Auch wenn die russische Reaktion auf den georgischen Angriff im Hinblick auf die Einhaltung des Kriegsvölkerrechts kritisch gesehen werden kann, dürfen die Hardliner, die die konfrontative Politik gegenüber Moskau weiter verschärfen wollen, nicht noch weiter die Oberhand gewinnen. Denn hierdurch wird nur eines erreicht: dass der augenblicklich permanent heraufbeschworene Neue Kalte Krieg zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung wird.

2. Georgien: Geopolitisches Filetstück

Schon vor über zehn Jahren beschrieb einer der wichtigsten US-Strategen, Jimmy Carters ehemaliger Nationale Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, anschaulich die Imperative imperialer Geopolitik. Die US-Vormachtstellung müsse unter allen Umständen bewahrt werden. Hierfür sei es erforderlich, dass die NATO als „Brückenkopf“ der USA in Eurasien expandiere und ein machtpolitischer Wiederaufstieg Russlands unbedingt verhindert werde. Dies bedinge wiederum, dass geostrategisch bedeutsame Regionen dem Zugriff Moskaus entzogen würden - dazu gehören insbesondere der Südkaukasus, also Armenien, Aserbaidschan und Georgien, an der Südflanke Russlands.² Brzezinski ist jetzt außenpolitischer Berater des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Barack Obama und machte während des Georgienkrieges bereits durch einen Putin-Hitler-Vergleich von sich reden.³

Ein Blick auf die Karte reicht, um zu erkennen, weshalb der Südkaukasus so wichtig ist. Die einzige Möglichkeit, Gas und Öl

aus dem rohstoffreichen zentralasiatischen Raum sowie auf dem Landweg Waren- und Gütertransporte aus China und Kasachstan nach Europa zu bringen, bietet Georgien. Mithilfe des Nabucco-Pipeline-Projekts soll die „Abhängigkeit“ Europas von russischen Gasimporten, die derzeit bei 40% der Lieferungen liegt, vermindert werden. Die USA, so der europäische Pressedienst euractiv, bemühten „sich schon lange um die Errichtung von Öl- und Gaspipelines, die aus dem Kaspischen Meer an Russland vorbei führen und vor allem durch Georgien verlaufen.“⁴

Zeitgleich mit der Warnung der Internationalen Energieagentur vor einer weiter rasant wachsenden Abhängigkeit der Europäischen Union von Energieimporten, versuchte deshalb EU-Energiekommissar Andris Piebalgs zu versichern, trotz des Kaukasus-Konflikts halte die EU an ihrem Plan zum Bau der Nabucco-Pipeline von der EU in die Osttürkei nach Erzurum und damit zum bereits bestehenden Verbindungsstück durch Georgien in die kaspische Region fest: „Diese Infrastruktur wird gebraucht“, so Piebalgs.⁵ Dennoch habe laut einer in der Washington Post zitierten Aussage von Ed Chow vom Center for Strategic and International Studies, „Russland ernste Zweifel in den Köpfen der westlichen Kreditgeber und Investoren gestreut ..., ob so eine Pipeline durch Georgien vor Angriffen geschützt oder vor der Kontrolle des Kremls sicher sei.“⁶

Euractiv zufolge scheine sich das Projekt, über das Gas ohne russische Kontrolle nach Europa gelangen sollte, nun aufgrund „der Krise zwischen Moskau und Tiflis in der Schwebe zu befinden.“⁷

Georgiens Präsident Michail Saakaschwili selbst gab an, „dass einer der Hauptgründe für den russischen Angriff die Tatsache gewesen sei, dass Georgien bereits über eine Ölleitung - die in ihrer gesamten Länge einen Meter unter der Erde verlegte Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline (BTC) - verfüge. Diese war entworfen worden, um Russland zu umgehen.“⁸ So abwegig ist dieser Verdacht nicht. Denn die Inbetriebnahme der BTC-Pipeline im Mai 2006, um die Washington und Moskau nahezu ein Jahrzehnt hart gerungen hatten, war einer der





Georgischer Präsident Saakaschwili

größten geopolitischen Erfolge für die US-Ambitionen, Russlands Einfluss in der Region zurückzudrängen. Möglicherweise wollte Russland, das selbst mit einer eigenen Pipeline eine Alternativroute unter seiner Kontrolle bereithält, die Verlässlichkeit Georgiens als künftiges Transitland für kaspische Energieträger nachhaltig erschüttern. Medienberichten zufolge sieht dies die georgische Seite zumindest so: „Der georgische Sicherheitsberater Lomaia sagt, die Russen hätten sechs Bomben auf die Pipeline abgeworfen, sie aber nicht getroffen. Sollte das zutreffen, wäre dies ein Hinweis, dass Russlands Militäraktion auch andere, viel weiter reichende strategische Ziele verfolgt als nur, eine humanitäre Krise in Südossetien zu verhindern.“⁹

Allerdings war die BTC-Pipeline aufgrund eines am 5. August 2008 verübten Anschlags westlich von der am oberen Euphrat gelegenen Stadt Erzincan, zu dem sich die PKK bekannte, drei Wochen nicht in Betrieb (da die türkische Regierung kein Interesse daran hatte, Abnehmer aufgrund etwaiger Sabotageakte abzuschrecken, sprach sie hingegen von technischen Schwierigkeiten). Durch diese Lieferungsunterbrechung wurde zusätzlich klar, wie anfällig Energietransportrouten in der Region sind - selbst wenn russische Truppen nicht bis Gori und zur zentralen georgischen Verkehrsachse vorgestoßen wären. Gleiches gilt auch für die Anfang August 2008 fertig gestellte Eisenbahnlinie von Kars (Osttürkei) über Tiflis nach Baku. Sie führt, wie die Zuleitung zur Nabucco-Trassierung, durch ein Gebiet Georgiens mit einer armenischen Bevölkerungsmehrheit. In diesem Gebiet ist in den vergangenen Jahren der Ruf nach politischer Autonomie immer lauter geworden ist.¹⁰ Mit der Eisenbahnlinie Kars-Achalkalaki-Tiflis-Baku (kurz KATB) soll Georgien unter Umgehung der bestehenden russischen und armenischen Transportrouten zum zentralen Gütertransportverkehrsland

von China und Kasachstan nach Europa werden. Am 24. Juli 2008 wurde vom türkischen Präsidenten Abdullah Gül, Michail Saakaschwili und dem aserbaidzhanischen Präsidenten Alijev in Kars mit einem pompösen Einweihungsfest gemeinsam das türkische Teilstück eröffnet.¹¹

Georgien stellt damit sowohl für die EU als auch die NATO-Staaten das zentrale geografische Gebiet dar, um Russland vom Energieexport abzuschneiden. Mit den drei Pipeline-Projekten Nord-Stream (Ostseepipeline), South-Stream (russisch-italienische Gaspipeline durch das Schwarze Meer über Varna in Bulgarien) und Blue Stream (von Russland durch das Schwarze Meer in die Türkei) versucht Russland hier entgegenzusteuern und über direkte Energieleitungen nach West- und Südeuropa einen ungestörten Energieexport ohne die Kontrolle von äußerst US-freundlichen ehemaligen Ostblockstaaten sicherzustellen. Insbesondere die USA hatten deshalb auf die georgische Karte gesetzt.¹² Ziel war und ist es, Russlands politischen Einfluss in Europa zurückzudrängen sowie den Aufstieg Russlands zur Industriemacht zu verhindern.

Dementsprechend nutzte Russland die Gelegenheit, die sich mit dem georgischen Angriff eröffnete, um seinerseits seine Position im Kaukasus zu verbessern. Denn es ist schwer vorstellbar, dass Moskau nicht über die georgischen Invasionspläne unterrichtet war. Offenbar hatte man sich hierauf gut vorbereitet. Im Juli übten 8000 russische Soldaten bereits für eine Zurückschlagung eines georgischen Angriffs.¹³ Das könnte auch erklären, warum die georgischen Truppen binnen 24 Stunden gestoppt wurden und russische Truppen die Oberhand relativ schnell gewannen. Den Angriffskrieg Georgiens deshalb als Hineinlaufen in eine russische Falle durch den georgischen Präsidenten Saakaschwili zu bezeichnen, ist wenig überzeugend. An der Tatsache, dass

Georgien einen Angriffskrieg geführt hat, lässt sich auch nicht durch den Verweis auf die gute russische Vorbereitung rütteln.

Erstmals seit Ende des (alten) Kalten Krieges hat Russland damit einem westlichen Expansionsversuch militärisch Einhalt geboten - allein hieran sieht man die Tragweite der jüngsten Ereignisse im Kaukasus.¹⁴ Gleichzeitig ist der Einmarsch in Georgien ein deutliches Signal an den Westen, dass mit Russland künftig wieder im internationalen Machtpoker zu rechnen sein wird. In einer Analyse des auch als „Schatten-CIA“ bezeichneten Think Tanks Strategic Forecast heißt es: „Mit seiner Operation in Südossetien hat Russland drei Dinge bewiesen. 1. Seine Armee kann erfolgreiche Operationen ausführen, woran ausländische Beobachter gezweifelt haben. 2. Die Russen können die von den US-Militärinstrukturen getrimmten Kräfte besiegen. 3. Russland hat bewiesen, dass sich die USA und die NATO nicht in der Situation befinden, die für sie ein militärisches Eingreifen in diesen Konflikt ermöglichen könnte.“¹⁵

Somit überrascht es wenig, dass Washington nicht mit Kritik an Moskaus Invasion spart und sich nahezu vorbehaltlos an die Seite Georgiens stellte: „Russland hat eine Invasion in einen souveränen Nachbarstaat unternommen und bedroht die vom Volk dieses Landes gewählte demokratische Regierung“, betonte US-Präsident George Bush. „Ein solches Vorgehen ist im 21. Jahrhundert nicht akzeptabel.“¹⁶ Das mutet schon recht seltsam an. Man stelle sich vor, Kuba hätte bei einem Angriffskrieg gegen die US-amerikanische Basis Guantanamo US-amerikanische Soldaten getötet und Guantanamo in Schutt und Asche gelegt. Es sei dahingestellt, ob die US-Armee nicht versuchen würde, eine strategische Situation vor Ort zu schaffen, mit der eine Wiederholung eines ähnlichen Angriffs ausgeschlossen bleibt. Zu den ersten Kriegslügen gehört deshalb, dass eine Kritik der russischen Reaktion auf die georgische Aggression im Westen nicht einmal mehr die Ursache der Krise benennt: den zuvor erfolgten georgischen Angriff. So geschehen etwa in der am 3. September verabschiedeten gemeinsamen Resolution der Fraktion der Konservativen, Sozialdemokraten, Liberalen, Rechtsnationalisten und Grünen des Europäischen Parlaments. Zudem ist Moskaus Vorgehen nicht zu verstehen, wenn die anti-russische Politik des Westens außer Acht gelassen wird. Insbesondere auch Deutschland und die Europäische Union sind deshalb an der jetzigen Eskalation keineswegs unschuldig.

3. Deutschland und die Europäische Union: (un)kontrollierte Eskalation

Die Gründung einer gegen Washingtons Vormachtanspruch gerichteten Achse Paris-Berlin-Moskau stellt für US-Geopolitiker einen geopolitischen Albtraum dar. Schon kurz nach den Anschlägen des 11. September bot der ehemalige russische Präsident Wladimir Putin eine solche Zusammenarbeit in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag mehr oder minder offen an.¹⁷ Bereits vor der Rede Putins warnte Brzezinski unmissverständlich vor einer solchen Allianz: „Man sollte sich auch an Putins Aufruf an Deutschland erinnern, gemeinsam mit Russland eine europäische Weltmacht zu schaffen, die unabhängig von den Vereinigten Staaten sein sollte.“¹⁸ Nachdem sich die Achse Paris-Berlin-Moskau insbesondere im Vorfeld des US-Angriffskrieges gegen den Irak zu verfestigen drohte, setzte Washington in der Folge alles daran, einen Keil zwischen Brüssel und Moskau zu treiben. Dafür konnte es auf die anti-russischen Akteure innerhalb der EU zurückgreifen, allen voran Großbritannien, Polen, Schweden und die baltischen Staaten. Sukzessive gelang es so, die Europäische Union in eine immer russlandfeindlichere Richtung zu drängen.¹⁹

Dementsprechend ist auch die EU-Politik bezüglich des aktuellen Krieges im Kaukasus von einer frappierenden Einseitigkeit geprägt. Die jüngsten Beschlüsse auf europäischer Ebene sprechen hier eine deutliche Sprache, angefangen mit der einseitigen Parteinahme zugunsten Georgiens: „Der Europäische Rat ist zutiefst besorgt über den in Georgien ausgebrochenen offenen Konflikt, die damit verbundene Welle der Gewalt und die unverhältnismäßige Reaktion Russlands.“²⁰ Mit diesen Worten kommentierten die europäischen Staats- und Regierungschefs am 1. September den Angriff Georgiens auf Südossetien und die russischen Peacekeeping-Truppen vor Ort, ohne dabei zu erwähnen, geschweige denn zu kritisieren, von wem diese Aggression eigentlich ausging. Im Fortgang der Erklärung wird Russland allein an den Pranger gestellt. So verurteilen die Staats- und Regierungschefs „entschieden den einseitigen Beschluss Russlands, die Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens anzuerkennen.“ Ganz im Gegensatz zur Anerkennungspolitik des Kosovo durch die große Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten wird darauf verwiesen, dass „eine friedliche und dauerhafte Lösung der Konflikte in Georgien auf der uneingeschränkten Achtung der durch das Völkerrecht, die Schlussakte

der Konferenz von Helsinki über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und die Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen anerkannten Grundsätze der Unabhängigkeit, der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit beruhen muss.“ Zudem wird Russland mit der Aussetzung der Verhandlungen über ein gemeinsames Partnerschaftsabkommen gedroht, sollte es seine Truppen bis zum EU-Russland-Gipfel am 14. November nicht auf die im Sechs-Punkte-Plan vereinbarten Positionen zurückziehen.

Georgien dagegen werden unkontingiert Wiederaufbauhilfe, Visaerleichterungen sowie die Prüfung der „Errichtung einer uneingeschränkten und umfassenden Freihandelszone“²¹ versprochen. Zudem plante die EU, in Zukunft in Georgien auch militärisch präsent zu sein. So wurde eine so genannte Erkundungsmission entsandt, die eine Mission im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorbereiten sollte. Nach einer Übereinkunft mit Russland und Georgien ist jetzt vorgesehen, 232 unbewaffnete EU-Beobachter nach Georgien zu entsenden. Allerdings plant die EU, diese Beobachter entgegen der Vereinbarung nicht nur in Pufferzonen um, sondern in Abchasien und Südossetien selbst zu stationieren. Eine solche Zielstellung des Einsatzes soll auf dem EU-Gipfel am 15. Oktober festgeschrieben werden. Dies würde einen weiteren gravierenden Bruch von Verträgen mit Russland durch die EU bedeuten. Dazu kommt, dass für die vorgesehene Entsendung der EU-Beobachter die OSZE vor Ort weiter geschwächt werden würde und die EU zudem, auch aufgrund der Vorgeschichte des Krieges, keinesfalls als uninteressierter Akteur angesehen werden kann. Nicht zuletzt dürfte für eine Entsendung von EU-Beobachtern nach Abchasien und Südossetien kein UN-Mandat zu erhalten sein.

Dass die EU den Konflikt in den Kontext einer geopolitischen Auseinandersetzung mit Russland stellt, verdeutlicht die EU-Ratserklärung: „Notwendiger denn je“ sei es, „die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn zu fördern“, explizit wird in diesem Zusammenhang die Ukraine und der EU-Ukraine-Gipfel am 9. September erwähnt. Zudem hätten „die jüngsten Ereignisse“ gezeigt, „dass Europa seine Bemühungen im Bereich der Sicherheit der Energieversorgung verstärken muss.“ Deshalb beauftragen die europäischen Staats- und Regierungschefs „den Rat, in Zusammenarbeit mit der Kommission, die diesbezüglich zu ergreifenden Initiativen, insbesondere im Bereich der Diversifizie-

rung der Energieversorgung und der Lieferwege, zu prüfen.“²²

Verschiedentlich wurde sogar vehement ein noch drastischeres Vorgehen gegenüber Russland gefordert. So plädierte etwa der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlamentes, Jacek Saryusz-Wolski (EVP), für eine Position der EU, „die härter ist als die der NATO.“²³ Dass sich die Hardliner nicht vollständig durchsetzen konnten, liegt an der spezifischen Interessenskonstellation, die dies vor allem aus deutscher Sicht als nicht opportun erscheinen ließ. Denn man will Moskau zwar einerseits zeigen, wer den Ton angibt, respektive, wer Chef im europäischen Haus ist, andererseits möchte man es sich aber auch nicht vollständig mit Russland verschmerzen, dafür sind die dortigen Geschäfte zu profitabel.

Um die geplante Politik der Reindustrialisierung durchzusetzen, ist Russland, das mit einem Wirtschaftswachstum von 8,7% im Jahr 2007 zur elftgrößten Wirtschaftsmacht weltweit aufgestiegen ist, auf die westeuropäischen Industriestaaten und im besonderen Maße auf Deutschland angewiesen. Der rasante Anstieg des Handels Deutschlands mit Russland wird auf der anderen Seite des Atlantiks deshalb mit zunehmender Sorge betrachtet. So stieg allein im ersten Halbjahr 2008 der deutsch-russische Warenverkehr um 23% an, wobei russischen Energielieferungen der Export deutscher Industrieerzeugnisse und anlagen gegenübersteht. Bei gleich bleibenden Steigerungsraten könnten die deutschen Exporte nach Russland bald die Ausfuhren in die USA überholen. Bei den Einfuhren könnte ein Gleichstand bereits im nächsten Jahr erreicht werden. So stiegen die Importe aus Russland nach Deutschland im ersten Quartal 2008 um 29,9% auf 8,4 Mrd. Euro, während die Importe aus den USA mit 10,9 Mrd. Euro um 5,2% zurückgingen.²⁴

Die deutschen Direktinvestitionen in Russland liegen derzeit bei rund 15 Mrd. Euro jährlich. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die deutsche Wirtschaft die Ankündigung des russischen Präsidenten Dimitri Medwedew bei seinem Vortrag vor dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft am 5. Juni 2008 in Berlin begrüßte, „die Abhängigkeit Russlands von Öl- und Gasexporten“ verringern zu wollen und „Russland bis 2020 in die Top 5 der größten Volkswirtschaften zu befördern.“ Um dies zu bewerkstelligen, seien „große Investitionen in innovative Industrien, in Forschung und Bildung und in den Aufbau einer modernen Infrastruktur geplant.“²⁵

Ost-Ausschuss-Vorsitzender Klaus Mangold regt denn auch eine „enge Partnerschaft zur Modernisierung und Diversifizierung der russischen Wirtschaft“ an. Er zeigt sich überzeugt, dass „Deutschland und Russland natürliche Partner sind.“²⁶

Hieraus erklärt sich, weshalb Deutschland keine völlige Eskalation des Konfliktes mit Moskau möchte, da man aber gleichzeitig die eigene Einflussphäre in der kaspischen Region auf Kosten Russlands ausdehnen will, positioniert man sich dennoch fest an der Seite Georgiens, das man seit langem mit aufgerüstet hatte - ein gefährliches Spiel mit erheblichem Eskalationspotenzial.

4. Deutsche und Europäische (Militär-)Hilfe für Georgien

Im Ringen um Einfluss in der kaspischen Region wurde Georgien zu einem der zentralen Bauern auf dem geopolitischen euro-asiatischen Schachbrett. Deshalb wurde das Land seit der „Rosenrevolution“ 2003/2004, bei der der pro-westliche Saakaschwili die Macht übernahm, von den USA, aber auch von anderen NATO-Staaten massiv aufgerüstet. Die EU übernahm dabei vor allem den zivilen Teil der Stärkung Georgiens: Trotz zahlreicher Nachrichten über ein zunehmend autoritäres Regime in Tiflis sowie unabhängigen Berichten über Wahlmanipulationen seitens Saakaschwilis, unterstützt die EU Georgien ohne Wenn und Aber im Rahmen ihrer so genannten Nachbarschaftspolitik. So sind für den Zeitraum 2004-2010 allein 120,4 Millionen Euro aus dem Fond für Europäische Nachbarschaftspolitik als Hilfe für Georgien eingestellt, darunter ein großer Anteil, der auch für sicherheitspolitische Belange verausgabt werden kann, wie z.B. für eine Verbesserung des Grenzschutzes.²⁷ Die zivile Seite überwiegt allerdings. So wurde Georgien in Aussicht gestellt, „über die Zusammenarbeit hinaus zu einem erheblichen Grad an wirtschaftlicher Integration zu gelangen, zu der auch eine Beteiligung am EU-Binnenmarkt und die allmähliche Ausweitung der vier Freiheiten in Georgien zählen.“ Zudem wurde festgelegt, „dass Georgien schrittweise an zentralen Aspekten der Politiken und Programme der EU teilnehmen kann.“ Insbesondere wurden Georgien „verbesserte Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik insbesondere in Bezug auf die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (v.a. regionale Stabilität und Krisenmanagement; Europäische Nachbarschaftspolitik Aktionsplan Georgien)“ versprochen.²⁸ Um die Widerstände gegen

einen Beitritt Georgiens sowie der Ukraine zur NATO zu umgehen, verstärkten sich zudem Überlegungen auf der Seite von EU-Verantwortlichen, beide „sektoriell“ im Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu integrieren, was nach einer Ratifikation des Vertrags von Lissabon auch einen Schutz dieser Staaten durch die dort fixierte Beistandsklausel (Art. 42 Abs. 7) bedeuten würde. Sollte dies umgesetzt werden, könnte es bei der nächsten Krise im schlimmsten Falle eine militärische Involvierung der Europäischen Union in der kaspischen Region nach sich ziehen.

Speziell Deutschland, das im Zuge der Ambitionen, seinen Einfluss in der kaspischen Region auszuweiten seit 1994 auch mit Bundeswehrsoldaten im Rahmen der UN-Mission UNOMIG in Georgien präsent ist, hat sich um die Aufrüstung des Landes „verdient“ gemacht. So berichtete das ARD-Magazin Monitor am 18. August 2008 über den Einsatz deutscher Sturmgewehre durch georgische Spezialeinheiten beim Sturm auf Südossetien. Die Bundesregierung gab zu Protokoll, keine Exportgenehmigung für die G 36-Gewehre der Firma Heckler und Koch erteilt zu haben. Das Unternehmen erklärte: „Heckler & Koch liegen keinerlei Erkenntnisse vor, wie G 36-Gewehre nach Georgien gelangt sein könnten.“ Pikant ist in diesem Zusammenhang allerdings, dass das Unternehmen laut Monitor am 29. November 2005 eine Genehmigung für die Ausfuhr von 230 G 36-Gewehren nach Georgien beim Wirtschaftsministerium beantragt habe. Dieser Antrag sei aber am 20. Januar 2006 negativ beschieden worden. Deswegen, so die Firma, habe es keine Lieferungen der Gewehre nach Georgien gegeben.²⁹ Die deutsch-georgischen Militärbeziehungen sind seit Jahren äußerst eng. Spekuliert wird jetzt darüber, ob ein anderer NATO-Verbündeter die Waffen nach Georgien gebracht hat.³⁰ Nach dem Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft erteilte man 2006 lediglich eine Ausfuhrgenehmigung für Selbstschutzsysteme von VIP-Hubschraubern im Werte von über 3 Mio. Euro.³¹

Von der Bundeswehr werden zudem v.a. georgische Offiziere ausgebildet. So etwa der georgische Oberstleutnant Dr. Zasa Golodze, der Lehrgangsteilnehmer des LGAI 2007 (Lehrgang Generalstabsdienst mit internationaler Beteiligung) war.³² Hochrangige Militärdelegationen aus Georgien gaben sich in den letzten Jahren bei der Bundeswehr geradezu die Klinke in die Hand. Die Ausbildungskooperation ist

so eng, dass der georgische Brigadegeneral Samson Kutateladze bei einem Besuch in der deutschen Infanterieschule der Bundeswehr im Juni 2007 seiner Hoffnung „auf Intensivierung des partnerschaftlichen Austauschs und weitere Unterstützung in der Ausbildungsentwicklung georgischer Streitkräfte“ unverblümt Ausdruck verleihen konnte.³³ Stolz präsentiert die Bundeswehr auch ihre Teilnahme am Militärmanöver „Cooperative Archer 2007“ (COAR07) vom 9. bis zum 19. Juli 2007, das im Rahmen des NATO-Programms Partnerschaft für den Frieden (PfP) in Georgien stattfand.³⁴

Wer auf diese Art ein Land mitten in einer der konfliktreichsten Regionen der Welt mit aufrüstet, kann also keineswegs seine Hände in Unschuld waschen, sollte die Sache schief gehen. Dass Angela Merkel außerdem noch kurz vor der Eskalation unmissverständlich unterstrich, ohne eine „Lösung“ seiner Sezessionskonflikte könne sich Georgien die erstrebte NATO-Mitgliedschaft abschminken, war zudem bestenfalls hochgradig unverantwortlich und im schlimmsten Fall ein klares Signal und eine Ermutigung für die georgische Seite, ihren Aggressionskrieg gegen Südossetien vom Zaun zu brechen: „Sowohl Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) als auch Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) halten eine Einladung an Georgien und die Ukraine für verfrüht. Vor allem die Unruhen in Georgien im November 2007 und die wenig stabile Lage in der Ukraine gelten als Beleg, dass die Länder nicht reif für die NATO seien. Zudem wird auf ungelöste Territorialkonflikte in den abtrünnigen georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien verwiesen.“³⁵ Dennoch liegt die Hauptverantwortung für die Eskalation nicht bei Deutschland, sondern bei den USA.

5. US-Militärausbilder und Kriegsgerät

Die USA trugen die Hauptlast der Ausbildung georgischer Soldaten. Nach Einschätzung der US-Streitkräfte kam der Krieg jedoch zu früh für die georgischen Streitkräfte. „Sie begannen zu gehen, aber keineswegs konnten sie schon laufen“, sagte der US-Hauptmann Jeff Barta, einer von etwa 100 - nach russischen Angaben bis zu 1000 - amerikanischen Militärausbildern in Georgien. Die Soldaten hätten großen Kampfgeist, seien aber noch nicht reif für einen Kriegseinsatz gewesen.³⁶

Offiziell geht es bei der Ausbildung der Georgier darum, die Soldaten für den Einsatz im Irak zu trainieren. Inoffiziell jedoch laut AP-Meldung auch darum,

„die Streitkräfte Georgiens, einem loyalen Verbündeten Washingtons, als Vorposten im Kaukasus auf NATO-Niveau zu bringen.“³⁷ Nach Angaben des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* unterstützten die USA Georgien allein 2006 mit 80 Millionen US-Dollar, davon flossen 13 Millionen in die Bezahlung von „Militärlieferung und Dienstleistungen“ und die Ausbildung von Soldaten. Außerdem unterstützen die USA Georgien mit regelmäßiger Flottenmodernisierung und der Lieferung von Gratis-Hubschraubern.³⁸

Der beträchtliche Umfang der US-amerikanischen Militärhilfe, mit dem „das Pentagon die georgische Armee von oben bis unten auf Vordermann gebracht hat“, wird von der *New York Times* folgendermaßen beschrieben: „Auf der Ebene der Armeeführung waren die Vereinigten Staaten behilflich, die militärische Zielsetzung Georgiens neu zu definieren und seine Kommandeure und den Generalstab auszubilden. Auf der Ebene der Kampfverbände bildeten amerikanische Marines und Soldaten die georgischen Soldaten in grundlegenden Kampftechniken aus.“³⁹

Insgesamt verfügten die georgischen Streitkräfte dadurch über fünf Infanteriebrigaden von je rund 2.000 Mann. Zusätzlich gibt es noch bedeutend schlechter ausgebildete Reservisten-Einheiten. Offiziell spricht die georgische Regierung von 37.000 Soldaten und 100.000 Reservisten. Seit dem Machtantritt von Michail Saakaschwili stiegen die Militärausgaben Georgiens stark an: „Betrugen sie 2003 noch 52 Millionen Lari (umgerechnet 24 Millionen US-Dollar), verdreifachten sie sich im Jahr 2006 auf 139 Millionen Lari (umgerechnet 78 Millionen US-Dollar). Die realen Ausgaben sind aber viel höher. So kann sich zum Beispiel jeder potenzielle Wehrdienstleistende aus der Armee freikaufen - vier Fünftel der Gelder fließen direkt in das Ministerium.“⁴⁰

6. Westliches Plazet für den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg?

Zwischen Georgien und der NATO gibt es eine rege Zusammenarbeit. Noch im Juli 2008 kam es zu einem gemeinsamen Manöver, wiederum im Rahmen des Programms Partnerschaft für den Frieden, an dem insgesamt 1.630 Militärs, darunter 1.000 Amerikaner, 600 Georgier teilnahmen.⁴¹

Darüber hinaus war bzw. ist die georgische Armee sowohl am völkerrechtswidrigen Krieg im Irak als auch in Afghanistan und im Kosovo prominent beteiligt. Im Irak stellte das Land 2008 mit 2000 Soldaten sogar das drittgrößte Kontingent der

„Koalition der Willigen“, nach den USA und Großbritannien. Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest Anfang April 2008 war Georgien und der Ukraine zur Belohnung eine Beitrittsperspektive zur NATO eröffnet worden, auch wenn die endgültige Entscheidung über den konkreten Heranführungsplan (Membership-Action-Plan, MAP) auf Dezember 2008 vertagt wurde. Bereits im Abschlussdokument des NATO-Gipfels in Riga 2006 hatte sich ein explizites Lob „des georgischen Beitrags zu internationalen Peacekeeping-Einsätzen und Sicherheitsoperationen“ gefunden. Georgien war dort noch zu einer „friedlichen Lösung der offenen Konflikte auf seinem Territorium“ ermuntert worden. Nachdem die georgische Armee im August 2008 jedoch in Südossetien zurückgeschlagen worden war, flog die US-Luftwaffe, noch während die Kämpfe im Gange waren, die im Irak stationierten georgischen Einheiten zur Hilfe zurück an die Heimatfront. Angesichts der massiven Ausrüstungskampagne durch die USA und ihre Verbündeten ist es denn auch kaum glaubhaft, dass, wenn nicht grünes Licht, so doch umfassendes Wissen auf US-Seite über den bevorstehenden Angriff vorlag und Stillschweigen gewahrt wurde.

Auf russischer Seite ist man sich jedenfalls sicher, dass der Angriff mit Unterstützung Washingtons erfolgte. Der russische NATO-Botschafter Dimitri Rogozin gab zu Protokoll, Saakaschwili habe den Angriff mit seinen „Förderern“ abgestimmt. Wen er damit gemeint haben dürfte, ist klar.⁴² Vladimir Vasilyev, Vorsitzender des Sicherheitskomitees der Duma, fasste die russische Sicht folgendermaßen zusammen: „Je länger sich die Angelegenheit entfaltet, desto deutlicher wird die Welt verstehen, dass Georgien hierzu [dem Angriff auf Südossetien] niemals ohne die Vereinigten Staaten in der Lage gewesen wäre.“⁴³ Auch der russische Ministerpräsident Wladimir Putin äußerte sich in einem ARD-Interview angesichts des US-Verhaltens überdeutlich: „Das drängt den Gedanken auf, dass die amerikanische Führung über die vorbereitete Aktion gewusst und mehr noch an dieser teilgenommen hat [...] um einen kleinen, siegreichen Krieg zu organisieren. Und falls das schief läuft, Russland in die Rolle des Gegners zu drängen, um daraufhin das Wahlvolk hinter einem der Präsidentschaftskandidaten zu vereinigen. Natürlich dem der Regierungspartei, da nur diese über eine solche Ressource verfügen kann.“⁴⁴

Tatsächlich ist es schwer zu glauben, dass der Angriff ohne Absprache mit den USA erfolgt ist. Allerdings musste der US-Regie-

rung eigentlich klar gewesen sein, dass die georgische Armee vernichtend geschlagen würde, was dann ja auch so der Fall war. Deshalb stellt sich die Frage nach der Motivation Washingtons: Hat man sich dort schlichtweg verkalkuliert, indem man annahm, Russland werde den georgischen Vorstoß stillschweigend hinnehmen? Dies ist ebenfalls schwer vorstellbar, aber dennoch möglich. Die andere Erklärung lautet, dass es primär darum ging, einen Konflikt mit Russland zu erzeugen, um die Europäische Union auf eine noch anti-russischere Linie einzuschwören und dass dabei Saakaschwili auf Kosten der Menschen in der Region als nützlicher Idiot gerade recht kam. Mit Sicherheit lässt sich dies nicht klären, allerdings scheint letztere Variante doch plausibler.

7. Der georgische Angriff und die russische Gegenoffensive

Auch wenn beispielsweise das Europäische Parlament in seiner beschämenden Resolution vom 3. September den georgischen Angriff nicht einmal erwähnt, so ist es doch eine unbestrittene Tatsache, dass Georgien in der Nacht des 8. August 2008 eine Militäroffensive gegen Südossetien startete. Nach unbestätigten Berichten gab es dabei über 1400 vor allem zivile Opfer. Am 8. August begann die georgische Armee ihren Angriff auf die südossetische Hauptstadt Zchinwali, die mit 40.000 Einwohnern etwa die Größe einer mittelgroßen deutschen Stadt hat. Als Ergebnis dieser Offensive georgischer Truppen blieb fast kein Stein mehr auf dem anderen. Zchinwali wurde völlig zerstört. Ganze Straßenzüge wurden dem Erdboden gleichgemacht. Ohne jede Vorwarnung für die Zivilbevölkerung, versuchten georgische Truppen die Stadt mit schweren Waffen zu erobern. Bei ihrem Angriff wurden auch Raketenwerfer eingesetzt, die besonders breite Flächen zerstören können. Die georgische Armee nahm auch russische UN-Soldaten unter Feuer. Das Hauptquartier der russischen UN-Soldaten wurde völlig zerstört. Insgesamt sollen 18 russische Soldaten, die als Teil der UN-mandatierten Peacekeeping-Truppe in Südossetien stationiert sind, getötet worden sein. Nach unbestätigten Berichten von Human Rights Watch setzte die georgische Seite zudem auch Streubomben ein.

Der Angriff selbst kann nur als gravierender Bruch des Völkerrechts und insbesondere auch als schwere Verletzung des humanitären Völkerrechts gewertet werden. Die Verantwortung dafür trägt allein die georgische Regierung und in erster Linie der

georgische Präsident, Michail Saakaschwili. Spätere Darstellungen von georgischer Seite, der Angriff habe den Charakter eines Präventivschlags gehabt, um bereitstehende russische Truppen von einem Einmarsch abzuschrecken, sind wenig glaubhaft. Bemerkenswert ist denn auch, dass sich die georgische Darstellung der Ereignisse des 8. August in der ersten Kriegswoche beständig änderte. Dagegen zeichnen Berichte internationaler Presseagenturen auf Grundlage der Aussagen von US-Militärberatern ein deutliches Bild der georgischen Aggression. So berichteten US-Militärausbilder, dass, als sie am Morgen des 7. August 2008 zur Arbeit kamen, die Brigade schon im Aufbruch war: „Die Soldaten saßen auf ihren Rucksäcken und sangen zu den Segnungen eines orthodoxen Priesters, schon bald brachten Busse sie zur Front. Georgien startete eine Militäroffensive, um die Kontrolle über die abtrünnige Region Südossetien wiederzuerlangen.“⁴⁵

Schon kurz nach Beginn der Offensive wendete sich das „Kriegsglück“ für Georgien. Russische Truppen eilten der südossetischen Bevölkerung und den eigenen UN-Verbänden zur Hilfe, und schlugen den georgischen Vormarsch zurück. Zugleich bombardierten russische Kampfflugzeuge Stellungen im georgischen Kernland. Im Schwarzen Meer kam es zudem zu bewaffneten Auseinandersetzungen der russischen und georgischen Marine. Bereits am 10. August 2008 musste sich die georgische Armee vollständig aus Südossetien zurückziehen. Die russische Armee setzte ihren Vormarsch bis 25 Kilometer vor Tiflis fort. Nach unbestätigten Berichten von Human Rights Watch setzte neben der georgischen auch die russische Seite Streubomben ein. Auch georgische Stellungen in der Stadt Gori wurden bombardiert. Bei den Angriffen wurden auch Zivilisten getötet, flächendeckende Zerstörungen wie in Tschinwali gab es nach Angaben von Beobachtern aber nicht. Pikant ist, dass westliche Medien von einer völlig zerstörten Stadt Gori berichteten, während die EU-Kommission von einem notwendigen Aufbau weniger zerstörter Häuser in Gori spricht. In den folgenden Tagen wurden georgische Truppen aus der Kodori-Schlucht in Abchasien vertrieben. Das russische Militär dehnte seine Einsätze auf die Region um die Provinz Abchasien aus und versuchte, weiteren Nachschub über den Hafen Poti zu unterbinden, wie auch die Waffen aus den wichtigsten georgischen Militärstützpunkten unter Kontrolle zu bringen.⁴⁶

Der Krieg war somit für Georgien ein völliges Debakel, das darüber hinaus auch

noch zahlreiche Menschenleben gekostet hat. Offiziellen georgischen Angaben zufolge wurden 180 georgische Soldaten und Zivilpersonen getötet, unabhängige Schätzungen sprechen laut AP indes von bis zu 400 Vermissten oder Toten Soldaten. Zudem seien zahlreiche Militärstützpunkte zerstört worden, darunter Senaki im Westen des Landes oder Wasiani, wo die Georgier von den US-Militärausbildern trainiert wurden.

US-Militärs scheint klar gewesen zu sein, dass die Offensive keinen Erfolg haben konnte: „Nach dem, was ich gehört habe, hat es die 4. Brigade ziemlich hart erwischt“, sagte Rachel Dejong, eine 24-jährige Sanitäterin der US-Marine. Der georgische Kommandeur, der mit Barta für das Training verantwortlich war, wurde bei den Kämpfen getötet. Es habe ihnen nicht an Kampfgeist gefehlt, so die US-Ausbilder. Die Defizite der Ausbildung waren jedoch offenbar zu groß.⁴⁷ Am georgischen Kriegseinsatz wurde von den US-Ausbildern zudem kritisiert, dass nicht die modernen US-Sturmgewehre M-4, sondern die alten sowjetischen Kalaschnikows benutzt worden wären. Auch sei das georgische Kommunikationssystem durch den Gebrauch abhörbarer Handys sehr schnell zusammengebrochen.⁴⁸ Auch hier stellt sich somit die Frage, weshalb die Offensive nicht verhindert wurde und man stattdessen die georgische Armee sehenden Auges in ihr Verderben rennen ließ.

8. Kontroverser Waffenstillstand

Am 12. August 2008 kam es schließlich nach einem Besuch des französischen EU-Ratspräsidenten in Moskau und Tiflis zur Unterzeichnung eines Waffenstillstands zwischen Russland und Georgien. Bereits unmittelbar nach der Unterzeichnung brach Streit über die Inhalte des Abkommens aus. Bis heute (18. September 2008) waren lediglich die 6 Hauptpunkte des Vertrags veröffentlicht worden. Unmittelbar nach der Unterzeichnung versuchten sowohl der georgische Präsident als auch der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy die Vereinbarung einseitig zu verändern.



Zerstörtes Tschinwali

In der Erklärung des Rates heißt es, dass die Parteien „folgenden Grundsätzen zugestimmt“ hätten: „1) keine Anwendung von Gewalt; 2) endgültige Einstellung der Kampfhandlungen; 3) freier Zugang für humanitäre Hilfe; 4) die georgischen Streitkräfte müssen sich auf ihre gewöhnlichen Standorte zurückziehen; 5) die russischen Streitkräfte müssen sich auf die Linien zurückziehen, an denen sie sich vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten befunden haben. Die russischen Friedenstruppen werden zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen durchführen, bis ein internationaler Mechanismus vereinbart ist; 6) Aufnahme internationaler Gespräche für die Modalitäten für die Sicherheit und die Stabilität in Abchasien und Südossetien.“⁴⁹ Insbesondere die letzten beiden Aspekte waren bzw. sind, trotz der Unterzeichnung durch beide Seiten, der Streitpunkt. Punkt 5 berechtigt die russischen Truppen bis zu einer Einigung weiterhin in Georgien militärisch präsent zu sein. Offensichtlich unter Druck der USA, Polens und der baltischen Staaten versuchte sich Präsident Sarkozy an einer einseitigen Klärung des Waffenstillstandsabkommens. Er übersandte dem georgischen Präsidenten seine Interpretation von Punkt 5 am 14. August 2008 per Brief, der zwei Tage später von der französischen Seite veröffentlicht wurde. Dies darf nicht gerade als die hohe Schule der Diplomatie gewertet werden. Die zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen, so schrieb er an Saakaschwili, dürften sich ausschließlich auf die unmittelbare Umgebung Südossetiens beziehen, zudem dürften diese Maßnahmen nur in einer Zone „von einigen Kilometern“ rund um Südossetien stattfinden, kein größeres urbanes Zentrum dürfte davon betroffen sein, insbesondere die Stadt Gori nicht, aber auch nicht die Ost-West-Straßen- und

Eisenbahnverbindung Georgiens. Zudem dürften diese Maßnahmen nur in der Form von Patrouillen durchgeführt werden und hätten „provisorischen“ Charakter bis zu einer Übereinkunft der OSZE und der UN. Diese Präzisierungen verband er mit der Bitte an den georgischen Präsidenten, den Waffenstillstandsplan zu unterzeichnen. Dann, so hätte ihm dies der russische Präsident zugesichert, würden die russischen Truppen zurückgezogen. Dabei handelte es sich wie gesagt um eine einseitige Präzisierung, der die russische Seite nicht zugestimmt hat. Nahezu der gesamte Streit Russland mit dem Westen dreht sich in der Folge um die Auslegung der Waffenstillstandsvereinbarung.⁵⁰

Während die russische Seite ihre Verpflichtungen nach dem 6-Punkte-Plan als erfüllt ansieht, fordern EU und NATO einen vollständigen Abzug mit der Einschränkung der einseitigen Präzisierungen Sarkozys. Auf ein besonders pikantes Detail wies u.a. die FAZ hin: „Der Originaltext des Abkommens ist öffentlich nicht zugänglich, er liegt nicht einmal in den Außenministerien anderer EU-Staaten vor.“⁵¹ Weiter merkt die FAZ an: „Diese Abmachungen wurden in der NATO mit Überraschung aufgenommen. Diplomaten berichteten, auf einer Sondersitzung der NATO-Außenminister am Dienstag sei das nicht zur Sprache gekommen. Allgemein sei davon ausgegangen worden, dass Russland sich auf die Stellungen von vor dem Krieg zurückziehen habe, insbesondere Kerngeorgien verlassen werde. Die offizielle Erklärung der NATO-Außenminister vom Dienstag nimmt ausdrücklich Bezug auf den französischen Friedensplan, ist aber offenbar fehlerhaft. In einer Fußnote ist von einem Brief Sarkozys an Saakaschwili am 16. August 2008 die Rede, obwohl nur einer vom 14. August bekannt ist. Außerdem wird Bezug auf ‚nachfolgende Korrespondenz‘ genommen.“⁵² Daraus wird klar, dass die Auslegung der Waffenstillstandsvereinbarung in der NATO selbst umstritten ist und deshalb die nötigen Präzisierungen von Frankreich verlangt wurden. In öffentlichen Verlautbarungen ging man sogar in der Folge noch weiter und verlangte den bedingungslosen Abzug der russischen Truppen aus Georgien. Über die Russland zugestandene Militärpräsenz in Georgien wurde die Öffentlichkeit fast gänzlich im Unklaren gelassen. Denn nur so ließ sich Russland als rückzugsunwilliger Aggressor porträtieren, was wohl ohnehin eines der Hauptziele des ganzen Prozedere darstellen dürfte.

Mittlerweile wurde die Auseinanderset-

zung um den wirklichen Inhalt des Waffenstillstandsabkommens weiter bereichert. So erklärte der französische EU-Ratsvorsitz Anfang September, es handle sich im Hinblick auf den Ursprung des Konflikts um einen Übersetzungsfehler. In der russischen Übersetzung hieße es Sicherheit „für“ Südossetien und Abchasien, in der französischen hingegen Sicherheit „in“ Südossetien und Abchasien, so der französische Außenminister Bernhard Kouchner.⁵³ Diese Formulierung ist allerdings ganz entscheidend, wenn es um den russischen Anspruch auf Pufferzonen rund um die beiden Gebiete und um die Frage des Abschlusses des russischen Abzugs geht. An einen Übersetzungsfehler mag man bei der erfahrenen französischen Diplomatie kaum glauben. Vieles weist darauf hin, dass die französische Variante bzw. Übersetzung erst nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands durch den georgischen und den russischen Präsidenten fabriziert wurde, da die vertragliche Garantie für das Verbleiben russischer Truppen rund um Südossetien und Abchasien vor allem in den USA auf Kritik gestoßen war. Dieser Kritik versuchte die französische Diplomatie in der Folge dann durch eine einseitige Abänderung des Texts gerecht zu werden. Es darf festgehalten werden, dass dies das Vertrauen Russlands in vom Westen ausgehandelte und unterzeichnete Verträge nicht gerade stärken dürfte.

9. Perspektive Kalter Krieg

Ziel der von den USA vorangetriebenen Politik in Georgien ist es, einen neuen Kalten Krieg gegen Russland auf den Weg zu bringen. Mit NATO-Erweiterung und der Raketenstationierung in Polen und der Tschechischen Republik soll Russland mittels einer Politik der Nadelstiche herausgefordert werden. Durch die Störung der Wirtschaftsbeziehungen mit Westeuropa will Washington Russlands weltpolitischen Einfluss zurückdrängen und seinen Aufstieg zur neuen Industriemacht verhindern. Sollte dieses Szenario gelingen - und alles spricht im Moment dafür -, wäre zugleich gewährleistet, dass die NATO-Verbündeten im Westen Europas mit in eine gemeinsame Eskalationsstrategie eingebunden werden könnten und sich noch stärker auf militärische Energiesicherungsprojekte einlassen müssten. Deutschland spielt dabei im Moment eine Doppelrolle. Während man auf der einen Seite noch auf den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu Russland setzt, unterstützt man, wenn auch in vorsichtiger Form als dies bisher insbesondere

Polen und die baltischen Staaten vorantreiben, eine Strategie der Spannung im Rahmen von EU und NATO. Eine weitere Zwischenetappe dieser geopolitischen und geostrategischen Herausforderung an Russland war die Eröffnung einer privilegierten Partnerschaft am 9. September 2008 auf dem EU-Ukraine-Gipfel. Die geplante Stationierung von EU-Beobachtern in Gesamtgeorgien und die trotz des georgischen Angriffs auf Südossetien bedingungslose Unterstützung des NATO-Beitritts Georgiens und der Ukraine durch Bundeskanzlerin Angela Merkel - der von nahezu 60% der Bevölkerung in Deutschland abgelehnt wird -, die „militärische Wiederaufbauhilfe“ der NATO für Georgien und die permanente Präsenz einer NATO-Kriegsflotte im Schwarzen Meer lassen für die Zukunft eine weitere Zuspitzung der Lage befürchten. Georgien wird dabei weiterhin eine Schlüsselstellung zukommen. So versprach US-Vizepräsident Dick Cheney bei seinem jüngsten Besuch in Tiflis Finanzhilfen von 1 Mrd. Euro. Vom IWF sind 570 Mio. Euro zugesagt worden und die EU wird sich in der Höhe von fünfhundert Millionen Euro an der Stabilisierung Georgiens als anti-russischem Frontstaat beteiligen. Auch die NATO goss neues Öl ins Feuer und beschloss am 15. September 2008 die Einrichtung einer Kommission zur Vertiefung der Beziehungen zu Georgien. Mit ihr soll die „militärische Wiederaufbauhilfe“ für das Land koordiniert werden. Zudem hatte Kurt Volker, US-Botschafter bei der NATO, am 3. September 2008 einen NATO-Verteidigungsplan für die baltischen Staaten⁵⁴ angemahnt. Am 10. September 2008 forderte der US-Botschafter in Schweden Michael M. Wood die schwedische Regierung öffentlich dazu auf, die deutsch-russische Ostseepipeline zu stoppen.⁵⁵ Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen ist, dass die Politik der Nadelstiche und Provokationen an den Grenzen Russlands sehr bald auch an anderer Stelle zur Eskalation gebracht werden wird. Es gilt jetzt die Kette der Beschwichtigungen, dem sei nichts so, zu zerreißen. Die Anti-Kriegsbewegung wird sich den Realitäten des neuen Kalten Krieges stellen müssen. Der Strategie des Imperialismus von NATO und EU muss hier und jetzt besonnen entgegengetreten werden.

Anmerkungen

¹ Einstürzende Neubauten: Nagorny Karabach, URL: http://www.lastfm.de/music/Einst%C3%BCrzende+Neubauten/_/Nagorny+Karabach

² Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Berlin

- 1997.
- ³ Conolly, Kate: Obama adviser compares Putin to Hitler, *The Guardian*, 12.08.2008.
- ⁴ Nabucco: Projekt unrealistisch durch Georgien-Krise?, *euractiv*, 25.08.2008.
- ⁵ Energie-Agentur sagt wachsende EU-Abhängigkeit von Importen voraus, *Yahoo News Finanzen*, 04.09.2008, URL: <http://de.biz.yahoo.com/04092008/36/energie-agentur-wachsende-eu-abhaengigkeit.html>
- ⁶ Nabucco: Projekt unrealistisch durch Georgien-Krise?, *euractiv*, 25.08.2008.
- ⁷ Ebd.
- ⁸ Ebd.
- ⁹ Rosenbaum, Kaspar: Südostetien: Der Westen in der Propagandaschlacht, *ef-online*, 11.08.2008, URL: <http://www.ef-magazin.de/2008/08/11/539-suedostetien-der-westen-in-der-propagandaschlacht>
- ¹⁰ Gian, Albertine: Stehen die Armenier Dschawachtiens mit dem Rücken zur Wand?, 18.12.2005, URL: http://www.caucaz.com/home_de/breve_contenu.php?id=110&PHPSESSID=3e4c23c2f3eb309b197fc121d50d3d9c
- ¹¹ Demirden ipekyolu“nun temeli atıldı, *CNN Türk*, 24.07.2008, URL: http://www.cnnurk.com/TURKIYE/haber_detay.asp?PID=318&haberID=484397
- ¹² Die überraschende Ankündigung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien steht vor diesem Hintergrund vermutlich im Zusammenhang der Eröffnung einer Alternativroute zu Georgien für Energie und Transport nachdem Abdullah Gül als erster türkischer Staatspräsident den jahrzehntelangen Erzfeind Armenien am 6. September 2008 besucht hatte. Vgl. *Türkei und Armenien nähern sich mit Fußball-Diplomatie an*, *Reuters*, 07.09.2008.
- ¹³ Steinmeier vermittelt im Konflikt um Abchasien, *Deutsche Welle*, 16.07.2008.
- ¹⁴ Chin, Larry: South Ossetia: superpower oil war, *Online Journal*, 13.08.2008, URL: http://onlinejournal.com/artman/publish/article_3615.shtml
- ¹⁵ Stratfor: Russland hat Stärke gezeigt und wird nur auf Stärke hören, *RIA Novosti*, 11.08.2008.
- ¹⁶ Bush äußert Besorgnis über Russlands Vorgehen in Georgien, *RIA Novost*, 12.08.2008.
- ¹⁷ „Ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbständiger Mittelpunkt der Weltpolitik nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Russlands vereinigen wird.“ Wladimir Putin: Rede vor dem deutschen Bundestag am 25. September 2001. Vgl. *Ritzenhofen, Medard: Kerneuropa eurogaullistisch denken?*, in: *Dokumente*, 4/2003, S. 30-36.
- ¹⁸ Brzezinski, Zbigniew, Eine neue Ära der Solidarität?, *FAZ*, 11.11.2001.
- ¹⁹ Vgl. Wagner, Jürgen: Der Russisch-Europäische Erdgaskrieg: NABUCCO, die Gas-OPEC und die Konturen des Neuen Kalten Krieges, *Studien zur Militarisierung EUropas 30/2007*.
- ²⁰ Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates, Brüssel den 1. September 2008, 12594/08, URL: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/102548.pdf
- ²¹ Ebd.
- ²² Ebd.
- ²³ Pflüger, Tobias: EU eskaliert den Konflikt mit Russland weiter, *IMI-Standpunkt 2008/052*.
- ²⁴ Statistisches Bundesamt, 17.06.2008.
- ²⁵ Pressemitteilung Ost-Ausschuss, 05.06.2008.
- ²⁶ Ebd.
- ²⁷ European Commission, *European Neighbourhood and Partnership Instrument: Georgia. Country Strategy Paper 2007-2013 and International indicative Programme 2007-10*, URL: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_georgia_summary_de.pdf
- ²⁸ Europäische Nachbarschaftspolitik: Aktionsplan EU-Georgien, URL: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/georgia_enp_ap_final_de.pdf
- ²⁹ Keine Erklärungen für deutsche Waffen in Georgien, *Reuters*, 22.08.2008.
- ³⁰ „Immenser politischer Sprengstoff“, *Süddeutsche.de*, 18.08.2008.
- ³¹ Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2006 (Rüstungsexportbericht 2006), URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Weltwirtschaft/Downloads/Ruestungsexportbericht2006.pdf>
- ³² Wein ist immer georgisch!, *Führungskademie der Bundeswehr*, 07.01.2008, URL: http://www.fueakbw.de/index.php?ShowParent=3157&show_lang=de
- ³³ „Im Rahmen des Übungsszenarios, einer fiktiven Naturkatastrophe, sollen die teilnehmenden Luftfahrzeugbesatzungen mit ihren Starr- und Drehflüglern gemeinsame Operationen durchführen und sich an einem NATO-geführten Einsatz nach einer Naturkatastrophe beteiligen, der unter anderem auch das Absetzen von Lasten vorsieht.“, so die Darstellung der Bundeswehr. Vgl. *Hochrangige Delegation aus Georgien zu Gast in Hammelburg*, *Heeresamt*, 11.06.2007, URL: <http://tinyurl.com/6oyf7c>
- ³⁴ Deutsche Transall in Georgien, *Luftwaffe*, 16.07.2007, URL: <http://tinyurl.com/636vc7>
- ³⁵ Bonse, Eric: Streit über Georgien spaltet die NATO, *Handelblatt*, 28.03.2008. Merkel selbst äußerte sich noch im März 2008 folgendermaßen: „Länder, die selbst in regionale oder innere Konflikte verstrickt sind, können aus meiner Sicht nicht Mitglied der NATO sein. Wir sind ein Bündnis zur Verteidigung der Sicherheit und kein Bündnis, in dem einzelne Mitglieder noch mit ihrer eigenen Sicherheit zu tun haben.“ Vgl. Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf der 41. Kommandeurtagung der Bundeswehr am 10. März 2008 in Berlin, URL: http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Bulletin/2008/03/23-2-bk-kommandeur.html
- ³⁶ Friedmann, Matti: Sie waren nicht bereit für den Krieg mit Russland, *AP*, 19.08.2008, URL: <http://www.epochtimes.de/articles/2008/08/19/328084.html>
- ³⁷ Ebd.
- ³⁸ Schröder gibt Saakaschwili die Schuld, *Der Spiegel* 16.08.2008.
- ³⁹ Grey, Barry: Bush verschärft Konfrontation mit Russland, *World Socialist Web Site*, 13.08.2008. Auch Israel war maßgeblich in die Aufrüstung Georgiens involviert. Es bestritt einen Großteil der Waffenlieferungen zur Aufrüstung der georgischen Armee. Nach Angaben des Spiegels hat Israel in der Vergangenheit Drohnen, Nachtsichttechnik und Raketen an Georgien geliefert. Außerdem arbeiten ehemalige Angehörige der israelischen Armee und der Sicherheitskräfte in Georgien als Berater. Angesichts der sich zuspitzenden Lage im Kaukasus hätte Israel die Lieferungen vor gut einem Jahr gekürzt. Um die Beziehungen zu Russland nicht zu gefährden, stellte Israel die Militärlieferungen am 5. August 2008 nach Angaben der israelischen Zeitung *Maariv* ein. Dies wurde allerdings umgehend vom georgischen Verteidigungsministerium dementiert. Nach dem bewaffneten Konflikt wurde berichtet, dass Israel seine Waffenlieferungen an Georgien nicht einstellen wird. Die Zeitung „*Maariv*“ schätzte das Volumen der militärtechnischen Kooperation beider Staaten seit 2004 auf bisher 300 Millionen US-Dollar. Vgl. *Israel will weiter Waffen nach Georgien liefern*, *afp*, 12.08.2008; *Georgien: Israel liefert Waffen – USA Berater*, *russland.ru*, 11.08.2008; *Georgischer Minister dementiert Meldungen über Einstellung israelischer Waffenlieferungen*, *RIA Novosti*, 05.08.2008.
- ⁴⁰ Schröder gibt Saakaschwili die Schuld, *Der Spiegel* 16.08.2008.
- ⁴¹ Georgien stockt Armee mit Blick auf NATO-Beitritt deutlich auf – NATO-Manöver hat begonnen, *russland.ru*, 16.07.2008.
- ⁴² *Nuclear Nightmares: The Return of M.A.D.*, *Huffington Post*, 19.08.2008, URL: http://www.huffingtonpost.com/george-franco/nuclear-nightmares-the-re_b_119378.html
- ⁴³ Chin 2008 aaO.
- ⁴⁴ Diese und zahlreiche andere kritische Äußerungen Putins fielen in der ARD-Ausstrahlung der Schere zum Opfer. Ein vollständiges Transkript des Interviews findet sich unter <http://www.spiegelfechter.com/wordpress/392/das-interview>
- ⁴⁵ Friedman 2008 aaO.
- ⁴⁶ Thema u.a.: Georgische Armee zieht sich aus Zchinwali zurück, *Focus*, 10.08.2008.
- ⁴⁷ Friedman 2008 aaO.
- ⁴⁸ Ebd.
- ⁴⁹ Rat der Europäischen Union, Mitteilung an die Presse, 12453/08 (Presse 236), URL: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/de/gena/102364.pdf
- ⁵⁰ Lettre de M. Le Président de la République concernant la situation en Géorgie, 17.08.2008, URL: http://www.elysee.fr/documents/index.php?lang=fr&mode=view&cat_id=8&press_id=1682
- ⁵¹ Busse, Nicholas: „Friedenssoldaten errichten Sicherheitszone“, *FAZ*, 21.08.2008.
- ⁵² Ebd.
- ⁵³ Übersetzungsfehler in Georgien-Abkommen, *orf.at*, URL: <http://orf.at/?href=http%3A%2F%2Fforf.at%2Fticker%2F301459.html>
- ⁵⁴ Blitz, James: NATO urged to bolster Baltic defence, *Financial Times*, 02.09.2008.
- ⁵⁵ USA wollen Ostseepipeline stoppen, *Handelsblatt* 11.09.2008, URL: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/usa-wollen-ostseepipeline-stoppen;2036172>

Die ESVP-Mission in Georgien

„Vom Wasserträger zum Führungsspieler“

oder der Krieg in Georgien als Geburtsstunde des neuen Imperiums EU?

von Tobias Pflüger

Am 15. September beschlossen die Außenminister der Europäischen Union (EU) während ihres Gipfeltreffens in Brüssel, spätestens bis zum 1. Oktober 2008 eine EU-Beobachter-Mission im Rahmen der so genannten Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) nach Georgien zu entsenden. Diese EU-Beobachter-Mission soll u.a. das Waffenstillstandsabkommen im Krieg zwischen Georgien und Russland überwachen, das auf EU-Vermittlung zustande kam.

Diese Entscheidung ist aus mehreren Gründen sehr problematisch:

1. Die Mission soll die Einhaltung eines Abkommens überwachen, von dem es nach Angaben des französischen Außenministers Bernard Kouchner verschiedene Fassungen gibt, somit gibt es bei der Auslegung des Waffenstillstandsabkommens erhebliche Meinungsunterschiede zwischen der russischen Regierung und der EU, vertreten durch die französische EU-Ratspräsidentschaft.

2. Die Europäische Union ist in diesem Konflikt nicht neutral, mehr und mehr ergreift sie einseitig zugunsten Georgiens Partei und betreibt damit de facto auch eine dezidiert anti-russische Politik. Da die zu entsendenden Beobachter unter ausschließlicher Hoheit der Europäischen Union agieren sollen, ist auch von ihnen kein unparteiisches Verhalten zu erwarten.

3. Die EU will über ihre Präsenz vor Ort ihren Einfluss in der energiereichen kaspischen Region ausdehnen und so eine Führungsrolle im dortigen Machtpoker übernehmen - weitere Konflikte mit Russland sind somit vorprogrammiert. Die Mission steht damit symbolhaft für den machtpolitischen Expansionsdrang der Europäischen Union, den Beobachter nicht von ungefähr als Anzeichen für die Herausbildung eines Europäischen Imperiums bewerten.

Notwendig wäre stattdessen eine wirklich neutrale Beobachtermission, die von beiden Kriegsseiten akzeptiert ist und die somit nur im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE),

versehen mit einem Mandat der Vereinten Nationen (UN) möglich ist. Sie sollte sich aus Beobachtern zusammensetzen, deren Staaten keine eigenen strategischen und machtpolitischen Interessen in der Region haben oder mit dieser Beobachtermission verbinden. Alle diese Kriterien treffen auf die geplante EU-Mission nicht zu, sie ist somit abzulehnen.

EU-Mission: „EUMM Georgia“

Schon seit längerem bereitete man sich in Brüssel darauf vor, eine Beobachtermission zur Überwachung des Waffenstillstandsabkommens zwischen Russland und Georgien (6-Punkte-Plan) zu entsenden. Auf der Ratssitzung am 15. September einigten sich die EU-Außenminister nun darauf, dass der European Union Monitoring Mission (EUMM) genannte ESVP-Einsatz spätestens am 1. Oktober beginnen soll.

Die EUMM soll zunächst 12 Monate dauern und insgesamt 232 EU-Beamte (v.a. Polizisten) umfassen. Hinzu kommen noch 30 lokale Mitarbeiter. Den Löwenanteil davon entsenden Frankreich (60 bis 76), Deutschland (40: davon 20 Polizisten und über das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) in Berlin rekrutierte Personen), Italien (40), Polen (30), Schweden (27) und Großbritannien (27). Kostenpunkt des Einsatzes: 31 Mio. Euro aus Töpfen der EU (hinzu kommen noch einzelstaatliche Ausgaben für Gehälter, etc.). Das Hauptquartier des Einsatzes soll in Tiflis errichtet werden, wobei auch die Rede davon ist, dass Regionalbüros in Gori, Zugdidi und Poti eingerichtet werden sollen. Wichtig ist, dass der Einsatz, den der deutsche Hansjörg Haber leiten wird, von der Europäischen Union in Eigenregie durchgeführt wird: „Die EUMM wird nicht unter der Aufsicht der Vereinten Nationen (UN) oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) durchgeführt werden. Stattdessen wird sie eine eigenständige Mission, die von der EU im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) geführt

wird.“ (Euractiv, 16.09.08)

Umstrittenes Mandat

Das EUMM-Mandat umfasst vor allem drei Aufgabenbereiche. Die Mission soll zur Stabilisierung, Normalisierung und Vertrauensbildung im Georgien-Konflikt und in der gesamten Region beitragen (darüber hinaus soll sie beratend für die weitere EU-Politik in der Region tätig werden). Ein wichtiger Streitpunkt liegt in den Passagen zur Stabilisierung der Situation. Dem Mandat zufolge soll die EUMM „die Lage bezüglich des Stabilisierungsprozesses überwachen, analysieren und über sie auf Grundlage der vollen Einhaltung des 6-Punkte-Plans, einschließlich des Truppenrückzugs, berichten...“

Über die genaue Interpretation des Abkommens bestehen aber - milde formuliert - erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Dies hängt ganz wesentlich mit einer „Panne“ der französischen Krisendiplomatie zusammen, denn es gibt zwei völlig unterschiedliche Fassungen des 6-Punkte-Plans: „Der französische EU-Vorsitz musste eine Übersetzungspanne bei dem Waffenstillstands-Abkommen für den Kaukasus einräumen. In der russischen Übersetzung lautet der Text in einem zentralen Punkt anders als im französischen Original. Nach Darstellung von Außenminister Kouchner ist im Original des Friedensabkommens von der Sicherheit ‚in‘ den abtrünnigen georgischen Provinzen Südossetien und Abchasien die Rede. In der russischen Übersetzung geht es dagegen um die Sicherheit ‚für‘ die Regionen. Die Formulierung ist entscheidend, da Russland daraus das Recht auf Pufferzonen auf georgischem Territorium vor den jeweiligen Provinzen ableitet.“ (NZZ, 08.09.2008)

Zwar haben sich Russland und die Europäische Union am 8. September tatsächlich darauf geeinigt, dass Moskau seine Truppen spätestens 10 Tage nach Entsendung der EU-Mission aus Georgien zurückzieht, wohin und in welcher Form, bleibt allerdings umstritten. Überprüfen kann man jedoch die jeweiligen Standpunkte nicht, denn was im 6-Punkte-Plan genau festgelegt ist, darüber kann lediglich spekuliert werden: „Der Originaltext des Abkommens ist öffentlich nicht zugänglich, er liegt nicht einmal in den Außenministerien anderer EU-Staaten vor.“ (FAZ, 21.08.2008) Sowohl der Hohe Beauftragte der EU für Außen- und Militärpolitik Javier Solana als auch der Europaminister der französischen Ratspräsidentschaft Jean-Pierre Jouyet verweigerten beide auf Nachfragen im Aus-

wärtigen Ausschuss nach dem Wortlaut des Originaltextes des Abkommens genauere Angaben.

Die russische Regierung scheint augenblicklich zwar nicht darauf zu drängen, ihre Soldaten in einer Pufferzone um Abchasien und Südossetien stationiert zu lassen, sie pocht aber darauf, in beiden abtrünnigen Provinzen, deren staatliche Unabhängigkeit sie inzwischen anerkannt hat, künftig mit je etwa 3800 Soldaten präsent zu bleiben, doppelt so viele wie vor Ausbruch der Feindseligkeiten. Während Russland diesen Schritt vom 6-Punkte-Plan gedeckt sieht, erachtet die Europäische Union dies als eine Verletzung des Abkommens. Ganz deutlich bezieht die NATO in dieser Frage Position: „Nato-Generalsekretärs Jaap de Hoop Scheffer sagte, damit sei der EU-Friedensplan nicht eingehalten. Russland werde damit erlaubt, seine militärische Präsenz in den beiden abtrünnigen Regionen Abchasien und Südossetien zu verstärken.“ (Reuters, 15.09.2008)

Ein wichtiger Streitpunkt war auch, in welchem Bereich die EU-Beobachter agieren sollen, nämlich ob die EU-Beobachter ausschließlich im Kernland Georgiens oder auch in Abchasien und Südossetien tätig werden sollten. Im Ratsentwurf für das EUMM-Mandat, der bislang einzigen vorliegenden Arbeitsgrundlage, werden in Artikel 2 nicht weniger als drei Formulierungen zum Stationierungsgebiet gewählt, die jede für sich alles und nichts bedeuten können („on a country-wide base“, „in Georgia“, „throughout Georgia“). Aus diesem Grund fragte ich Javier Solana am 10. September im Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlamentes nach dem konkreten Aktionsradius der EU-Beobachter, woraufhin ich folgende Antwort erhielt: „Der Einsatz der EU-Beobachter in Südossetien und Abchasien ist mit Russland nicht abgesprochen“. Die Beobachter sollten aber „in dem Geist entsandt werden, überall stationiert zu werden.“ (AFP, 10.09.2008).

Zwar wurde noch keine endgültige Entscheidung getroffen, ob auf einer Stationierung in den abtrünnigen Provinzen letztlich auch bestanden werden wird, in jedem Fall widerspricht aber auch hier die Brüsseler Interpretation der Vereinbarungen diametral derjenigen Moskaus: „Russlands Regierungschef Wladimir Putin sagte der Pariser Zeitung Le Figaro, dass die Abchasen und Südossetien einer Entsendung von EU-Beobachtern zustimmen müssten. ‚Südossetien und Abchasien sind jetzt souveräne Staaten‘, erklärte Putin. Südossetien hatte den Einsatz bereits abgelehnt.“ (Die Zeit 15.9.08)

Angesichts dieser haarsträubenden „Pannen“, die der französischen Krisen-diplomatie in der letzten Zeit unterlaufen sind, fällt es einem schwer, dabei an Zufall zu glauben. In jedem strittigen Punkt versucht die Europäische Union, beiderseitige Vereinbarungen mit der Folge einseitig umzuinterpretieren, dass Russland als böser Bube dasteht.

EU mischt mit im kaspischen Energie- und Machtpoker

Beim Ratstreffen am 15. September wurde nicht nur die ESVP-Mission beschlossen, sondern mit dem französischen Diplomaten Pierre Morel auch ein EU-Sonderbeauftragter für Georgien ernannt. Diese Entscheidung spiegelt das wachsende Interesse Brüssels wieder, seinen Einfluss in der Region auszudehnen. Denn Morel war zuvor EU-Botschafter in Zentralasien und damit maßgeblich mitverantwortlich dafür, dass die Region aufgrund ihres Energie reichums ins geopolitische Fadenkreuz der EU gerückt wurde. Hierzu schrieb der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier Anfang des Jahres: „Es geht um eine Region mit gewaltigen Energieressourcen. [...] Ich meine den Schwarzmeerraum und Zentralasien: beides Regionen mit einem enormem Potential für die Zusammenarbeit; beides Regionen, die wir deshalb während unserer Präsidentschaft in den Fokus europäischer Außenpolitik gerückt haben. [...] Das macht uns zu einem Spieler in einer Region, die nicht nur als Energie- und Transportkorridor heftig umworben wird, sondern die auch eine wichtige Brückenfunktion hat: in den Nahen und Mittleren Osten oder hin zum Kaspischen Meer.“ (Rede von Frank-Walter Steinmeier, 04.03.2008, URL: <http://tinyurl.com/4kvsom>)

Parallel zur Ernennung des EU-Sonderbeauftragten für Georgien verabschiedete die Europäische Union ein Hilfspaket für das Land in Höhe von 500 Mio. Euro, was allerdings keineswegs eine rein karikative Maßnahme darstellt. Vielmehr soll mit einem Teil der Gelder ein zentrales, gegen Russland gerichtetes Pipelineprojekt vorangetrieben werden. Dabei handelt es sich um die Nabucco-Pipeline, mit der zentralasiatisches Gas unter Umgehung Russlands nach Europa gebracht und damit Moskaus bisheriges Transportmonopol gebrochen werden soll (mehr dazu siehe S.3f). Ein wichtiges Detail in diesem Zusammenhang enthüllt das Nachrichtenmagazin Europolitix (16.09.2008): „Die russische Invasion Georgiens hat ernsthafte Zweifel an der

Durchführbarkeit von Nabucco verursacht, nicht zuletzt da sie droht, astronomische Versicherungskosten zu verursachen, um die Risiken eines bewaffneten Konflikts abzudecken.“ Pikant ist deshalb in diesem Kontext folgender Satz des EUMM-Mandats, der nur so zu verstehen ist, dass die ESVP-Mission gewissermaßen als Rückversicherung in Georgien stationiert werden soll, um die Realisierbarkeit der Nabucco-Pipeline zu garantieren: „Die Mission wird außerdem die Sicherheit von Transportverbindungen, Energieinfrastruktur und Einrichtungen überwachen...“ Die EUMM ist damit integraler Bestandteil der EU-Geopolitik, mit einer neutralen Beobachtermission hat sie nichts zu tun. Sie ist aus diesem Grund abzulehnen.

Die Stunde der Euro-Chauvinisten

Die Europäische Union hat den Krieg in Georgien erfolgreich dazu genutzt, ihren machtpolitischen Aufstieg weiter voranzutreiben - es schlug die Stunde der Euro-Chauvinisten. So kommentierte Jochen Bittner, Europa- und Nato-Korrespondent der ZEIT in Brüssel, die Ereignisse in einem Artikel mit dem bezeichnenden Titel „Imperium Europa: Die neue Nato heißt EU. Welches Bündnis sorgt eigentlich noch für mehr Sicherheit in Europa? Die Nato oder die EU?“ mit folgenden Worten: „Das Resümee der Georgien-Krise lautet deshalb: Das Solidaritäts- und Sicherheitsversprechen des Westens hat sich nach Osten verschoben. Weg von der Nato, hin zur EU. Der Westen ist nicht mehr Washington-zentrisch, er ist Brüssel-zentrisch.“ (Die Zeit, 18.09.2008) Ganz ähnlich äußert sich der CSU-Europaabgeordnete Ingo Friedrich mit Blick auf die jüngste EU-Mission: „Wir haben es durch Lernbereitschaft und Disziplin auf der diplomatischen Weltbühne vom Wasserträger zum Führungsspieler geschafft.“ (<http://www.cducsu.eu/content/view/5213/4/>)

Wenn die Europäische Union nicht endlich ihre immer dezidiert anti-russisch agierende Politik verändert - die Ersetzung der EUMM durch eine wirklich neutrale OSZE-Beobachtermission wäre hier ein sinnvoller erster Schritt -, dann drohen schwere Auseinandersetzungen mit Russland. Da man hierzu aber nicht bereit ist, prognostiziert die FAZ (15.9.08) nüchtern: „Eine sichere Lehre aus der kaukasischen Krise gibt es jedoch: Der Westen sollte sich darauf vorbereiten, dass im Verhältnis zu Moskau noch ganz andere Unwetter aufziehen können.“

Raus aus Afghanistan

Chronik einer angekündigten Niederlage

von Claudia Haydt

Militärisch hat die NATO den Krieg um Afghanistan längst verloren. Immer mehr Soldaten bringen dem Land immer weniger Sicherheit. Mehr als 70.000 Soldaten der Koalitionstruppen haben außerhalb ihrer Militärbasen nur sehr punktuell so etwas wie Bewegungsfreiheit, und die Zahl der „Sicherheitszwischenfälle“ nimmt kontinuierlich zu. Das politische Eingeständnis dieser Niederlage wird jedoch durch immer härtere Militärschläge und durch den massiven Ausbau der Truppenpräsenz möglichst lange hinausgeschoben. Die Frage, die sich heute stellt, ist nicht, ob es einen militärischen Sieg geben kann, sondern wie viele Zehntausende zusätzliche Soldaten noch in das Land am Hindukusch geschickt werden, wie viele Milliarden an Steuergeldern für diesen Krieg noch ausgegeben werden und, vor allem, wie viele Zivilisten mit ihrem Leben für die rücksichtslose Machtpolitik der NATO-Staaten zahlen müssen, bis die NATO-Führung ihre Niederlage endlich eingesteht.

Die Bundeswehr gehört mit aktuell 3.500 Soldaten zu den großen Truppenkontingenten des ISAF-Einsatzes. Mehr Truppen stellen nur die USA, Großbritannien und Frankreich, das in den letzten Monaten seine Beteiligung an ISAF massiv verstärkt

hat. Deutsche Soldaten sind nun seit nahezu sieben Jahren am Krieg und an der Besetzung in Afghanistan beteiligt - eine lange Zeit, in der Bundeswehrsoldaten immer mehr zur aktiven Kriegspartei wurden. 28 von ihnen und drei Polizisten haben in Afghanistan bisher ihr Leben verloren. Die Chronologie dieser im wahrsten Sinne des Wortes fatalen Bundeswehrpräsenz in Afghanistan soll im Folgenden näher beleuchtet werden.

2001: Terror und Tradition

Die Anschläge am 11. September 2001 in New York und Washington waren eine Tragödie für die Betroffenen und deren Angehörige. Für Teile der US-Administration jedoch war es eine „Tragödie, die zur Chance werden kann“, wie es Henry Kissinger, damals Berater des US-Präsidenten George W. Bush, direkt nach 9/11 formulierte. Kriegspläne gegen Afghanistan, die schon seit Monaten in den Schubladen des Pentagon lagen, konnten nun auf die politische Agenda gesetzt werden. Zusammen mit britischen Soldaten begannen US-Militärs am 7. Oktober 2001 den Krieg gegen Afghanistan. Sie gaben ihm den Namen „Operation Enduring Freedom“ (OEF), „Fortwährende Freiheit“. Zug um Zug

schloss sich diesem brutalen Kampfeinsatz eine wild zusammengewürfelte „Koalition der Willigen“ an. Die vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) verkündete „uneingeschränkte Solidarität“ umfasste schnell auch eine militärische Komponente. Anfang November, inmitten von Erfolgs- und Horrormeldungen aus dem Krieg in Afghanistan, erhielt Schröders „rot-grüne“ Regierung eine US-amerikanische Wunschliste mit fünf Anforderungen: ABC-Spürpanzer, Soldaten zur Evakuierung von Verwundeten, 100 Soldaten des „Kommandos Spezialkräfte“ (KSK), Kapazitäten für den Lufttransport und schließlich Marineeinheiten. Insgesamt wurden aus Washington 3.900 Mann für den „Antiterrorkrieg“ angefordert. In den darauf folgenden parlamentarischen Debatten wurde gebetsmühlenartig die „Bündnissolidarität“ beschworen. Die konkrete Entscheidung für die Teilnahme an der OEF am 15. November 2001 dürfte aber auch vom Interesse an einer deutschen Präsenz in der geostrategisch bedeutsamen Region in Zentralasien beeinflusst worden sein.

Der Deutsche Bundestag beschloss mit der Beteiligung der Bundeswehr an der OEF auch, dass deutsche Soldaten „Terroristen“ aufspüren, gefangen nehmen und dazu beitragen sollten, diese vor Gericht zu stellen. Für die Frage, wie Bundeswehrsoldaten mit Gefangenen umzugehen haben, gab es jedoch keine verbindliche Antwort der politischen Verantwortlichen. Diese Frage ist aber für deutsche Soldaten extrem brisant, da sie bei der Übergabe von Gefangenen an US-amerikanische Soldaten nicht ausschließen



können, dass den Aufgegriffenen die Todesstrafe droht. Noch brisanter entwickelte sich das Dilemma, als klar wurde, dass die USA auf Guantánamo einen rechtsfreien Raum schufen, in dem Gefangene nicht einmal Anspruch auf ein ordnungsgemäßes Verfahren haben. Das Mandat wurde dennoch unbeirrt jedes Jahr im Herbst verlängert, zuletzt am 15. November 2007. Kanzler Schröder verband damals die Abstimmung über den Afghanistan-Einsatz mit der Vertrauensfrage und verschaffte sich so, wenn auch knapp, eine „rot-grüne“ Mehrheit für den Kriegseinsatz.

Schnell brach ein Vorauskommando des KSK Richtung Masira (Oman) auf, um dort in der Wüste für den Kampf in Afghanistan zu trainieren. Fünf Jahre später kamen Bilder aus dieser Trainingsphase an die Öffentlichkeit: Soldaten hatten für ihre Geländewagen das Wehrmachtssymbol, die Palme von Rommels Afrikakorps, nachgemacht, bei der lediglich das Hakenkreuz durch das Bundeswehrkreuz ersetzt wurde.

Am 21. Dezember verabschiedete der UN-Sicherheitsrat ein auf Kapitel sieben der UN-Charta gestütztes „robustes“ Mandat für eine internationale Militärpräsenz in Kabul, genannt International Security Assistance Force (ISAF). Nur einen Tag später beschloss eine Mehrheit der Bundestagsabgeordneten, 1.200 Soldaten über einen Zeitraum von sechs Monaten für den ISAF-Einsatz zur Verfügung zu stellen.

2002: KSK außer Kontrolle

Bereits am 2. Januar 2002 erkundeten erste Bundeswehrsoldaten die Einsatzbedingungen für die ISAF in Kabul. Ebenfalls in den ersten Januartagen leisteten Angehörige des KSK Wachdienst im Gefangenenlager auf dem Flughafen in Kandahar. Dabei kam es zu einem Zusammentreffen mit dem verschleppten, in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Murat Kurnaz. Da Kurnaz nach dieser „Begegnung“ viele Jahre in Guantánamo interniert worden war, konnte er seine Vorwürfe über Misshandlungen durch KSK-Soldaten erst sehr viel später öffentlich machen. Erst im Januar 2007 begannen Ermittlungen wegen möglicher Körperverletzung durch Bundeswehrangehörige. Zu diesem Zeitpunkt waren jedoch zahlreiche Dokumente des damaligen KSK-Einsatzes verschwunden oder „versehentlich“ gelöscht worden. Politisch Verantwortliche, die in zwei Untersuchungsausschüssen des Bundestags befragt wurden, erinnerten sich an nichts oder waren nie über Details informiert worden, sodass wohl nie endgültig zu klären ist, was

damals in Kandahar geschehen ist. Eines ist jedoch klar: Eine angemessene parlamentarische Kontrolle des KSK durch den Bundestag existiert nicht.

Während KSK-Soldaten im Süden des Landes als Teil einer gnadenlosen Kriegsmaschinerie agieren, die für zahlreiche tote Zivilisten verantwortlich ist, kommt den deutschen Soldaten des ISAF-Kontingents die Aufgabe zu, durch Patrouillen in Kabul Präsenz zu zeigen und den „Petersberg-Prozeß“ zur „Demokratisierung“ Afghanistans zu begleiten. So lautete in den ersten Monaten die Hauptaufgabe. Bei der Bewachung der Loya Jirga, der großen Ratsversammlung, im Juni 2002 benötigte die Bundeswehr zusätzliches Personal und überschritt dabei ihre Mandatsobergrenze. Bei der Verlängerung des Mandats am 14. Juni wurde sie auf 1.400 erhöht. Bereits am Tag zuvor war der von den USA favorisierte Präsident Afghanistans, Hamid Karsai, erwartungsgemäß gewählt worden. Bei der Abstimmung wurden zwar mehr Stimmen abgegeben, als Wahlberechtigte im Raum waren, aber das störte zumindest die Koalitionstruppen nicht. Noch einmal wurde das Mandat um ein halbes Jahr und dann am 20. Dezember um zwölf Monate verlängert. Für die dabei stattfindende Ausweitung des Mandats auf maximal 2.500 Soldaten wurde die geplante Übernahme des ISAF-Kommandos durch die Bundeswehr angeführt.

2003: Deutsches Kommando

Am 10. Februar übernahm dann die Bundeswehr das ISAF-Kommando in Kabul. Im Süden Afghanistans wurde es etwas ruhiger, weil die USA fast alle Spezialeinheiten abzogen, um sie im geplanten völkerrechtswidrigen Krieg gegen Irak einsetzen zu können. Das KSK blieb in Afghanistan. Es wurde nun zur Unterstützung des deutschen ISAF-Kommandos vor allem mit Unternehmungen im näheren und weiteren Umfeld von ISAF beauftragt.

Am 16. Mai, nach einem Gespräch mit dem damaligen US-Außenminister Colin Powell, erklärte Kanzler Schröder öffentlich, dass eine Ausweitung des ISAF-Einflussgebiets über Kabul hinaus geprüft werde. Die erneute Anhebung der Truppenobergrenze und die Ankündigung der Ausweitung des Einsatzgebiets auf Nordafghanistan muss auch als Kompensationsleistung dafür gesehen werden, dass deutsche Soldaten nicht unmittelbar am Irak-Krieg teilnehmen. Mitte Juli trat der damalige Außenminister Joseph Fischer in Washington zum Besuch an und versprach weiteres deutsches

„Engagement in Afghanistan“. Im August verdichteten sich die Hinweise, dass die Bundeswehr künftig auch in Kundus, im Norden Afghanistans, präsent sein werde. Schröder bestätigte dies am 27. August offiziell.

Die Ausweitung der Militärpräsenz sollte als zivil-militärische Kooperation organisiert werden. In „Provincial Reconstruction Teams“ (PRT, regionale Wiederaufbau-teams) wird bis heute versucht, „hearts and minds“, die Herzen und Köpfe der Afghanen zu gewinnen. Gegen diese Instrumentalisierung von zivilen Akteuren wehren sich Hilfsorganisationen wie Caritas und Diakonie entschieden. Sie befürchteten zu Recht, dass die humanitäre Hilfe durch die Militärpräsenz gefährdet wird und für zivile Hilfskräfte das Risiko steigen könnte. Dieses Bedenken hielt die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten jedoch nicht davon ab, am 24. Oktober das ISAF-Mandat erneut zu verlängern und auch der Entsendung von 230 Soldaten nach Kundus zuzustimmen. Kaum war der Beschluss gefallen, brachen die ersten Soldaten dahin auf.

Eine weitere, wenn auch ganz andere Zäsur, ergab sich für den deutschen Einsatz im November durch die Abberufung von KSK-Kommandeur Brigadegeneral Reinhard Günzel. Auslöser dieser Maßnahme war ein Brief, den er zur Verteidigung des Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann (CDU) geschrieben hatte, der in einer Rede die „Juden“ mit dem Begriff „Tätervolk“ in Zusammenhang brachte.* Günzel vertritt sich seitdem die Zeit als Vortragsredner für rechte Kreise und veröffentlichte im Jahr 2007 den Bildband „Geheime Krieger“ zusammen mit Wilhelm Walther, Exkommandeur der „Brandenburger“, einer berüchtigten Sondereinheit der Wehrmacht. Günzel stellt darin eine Traditionslinie her von den Einsätzen dieser Spezialeinheiten im „Dritten Reich“ zu den heutigen Einsätzen des KSK. Das Selbstverständnis der Spezialeinheiten habe sich seit dem Zweiten Weltkrieg nicht geändert, heißt es dort.

Im Dezember fanden sich Delegierte aus allen Landesteilen Afghanistans zur verfassunggebenden Loya Jirga ein. Auf dieser Versammlung sprach eine junge weibliche Abgeordnete, Malalai Joya, sehr deutliche Worte über die Gräueltaten der anwesenden Warlords und wurde daraufhin massiv bedroht. Als am 4. Januar 2004 ein Kompromisstext als Verfassung verabschiedet wurde, war sie nicht mehr dabei. Die Verfassung gibt dem Präsidenten des Landes weit reichende Befugnisse und etabliert ein stark zentralistisches Staatsmodell, das aus Sicht vieler Experten ein wichtiger Grund

* Diese Passage mußte 2012 aufgrund einer Abmahnung durch den Anwalt von Herrn Hohmann geändert werden - siehe hierzu den IMI-Standpunkt „In eigener Sache“ 2012

für das Scheitern der „Demokratisierung“ Afghanistans ist.

Der Widerstand in Afghanistan speist sich aus vielen Quellen und ist kein homogener Block. Was die allermeisten Gruppen jedoch gemeinsam haben, ist ihre anti-zentralistische Einstellung. Ein politisches System, das keine ausgeprägte föderalistische Komponente hat, wird von diesen Kräften immer als Angriff auf ihre regionale Eigenständigkeit verstanden werden und birgt deswegen ein massives Eskalationspotenzial.

2004: „Unser Norden“

Am 6. Januar 2004 wurde der ISAF-Außenposten in Kundus unter das erweiterte Kommando der NATO gestellt. Die NATO erweist sich immer mehr als das Dach, unter dem sich zugleich die politisch angeblich so verschiedenen Einsätze ISAF und OEF zusehends annähern. Die Bundeswehrpräsenz in Kundus wurde weiter ausgebaut und erhielt eine offensivere Komponente: Fallschirmjäger und gepanzerte Fahrzeuge machen den Standort „militärisch handlungsfähig“. Im Verlauf des Jahres näherte sich die Stärke des Bundeswehrkontingents an die im Mandat für Kundus festgelegte Obergrenze von 450 Soldaten an. Das PRT in Kundus erhielt in Feisabad (Region Badachschan) eine „Außenstelle“, die schnell zum eigenständigen „Regionalen Wiederaufbauteam“ umgewandelt wurde. Die Bundeswehr, ihre Verbündeten, aber auch Arbeiter in den Bundeswehrliegenschaften wurden seitdem zunehmend zu Opfern von Angriffen; die Sicherheitslage, vor allem in der Region Kundus, verschlechterte sich spürbar.

Auch Angehörige von Hilfsorganisationen wurden verstärkt zur Zielscheibe von Anschlägen. Am 2. Juni starben dabei fünf Mitarbeiter von „Ärzte ohne Grenzen“. Daraufhin stellte die Organisation ihre Arbeit im Land ein, nachdem sie dort 25 Jahre lang tätig gewesen war, also sowohl zu Zeiten der sowjetischen Präsenz im Land als auch unter den Taliban. Die massive Zunahme der Gefährdung führte die Organisation hauptsächlich auf die Vermischung ziviler und militärischer Hilfe zurück.

2005: Entgrenzter Einsatz

Im Januar 2005 sickerte an die Öffentlichkeit, dass KSK-Einheiten in Afghanistan auch zur Bekämpfung von Drogenkriminalität eingesetzt werden sollen. Für ihre Einsätze erhielten Kommandosoldaten erstmals eigene Einsatzgebiete und den

Auftrag, „feindliche Kräfte“ zu eliminieren. Dabei soll es auch Tote bei der KSK gegeben haben. Das Verteidigungsministerium verweigert bis heute wie gewohnt jegliche Auskunft dazu.

Der deutsche Brigadegeneral Bernd Kiesheyer wurde erster „Regional Area Commander“ im Norden Afghanistans. Seine Aufgabe ist es, die zivil-militärische Kooperation im gesamten Norden zu koordinieren.

Die Präsenz der ISAF wurde um den Westen des Landes erweitert, daran war die Bundeswehr vorläufig nicht beteiligt. Bei der Mandatsverlängerung wurde die Obergrenze für eingesetzte Bundeswehrsoldaten jedoch auf 3.000 erhöht, und auf Drängen der NATO wurde das Einsatzgebiet der Bundeswehr über den Norden hinaus ausgeweitet, allerdings nur in begrenztem Umfang und kurzfristig - in „unabdingbaren“ Notlagen. Die Bundeswehr legt diese Einschränkungen jedoch seitdem sehr großzügig aus; sie ist ständig mit 30 bis 50 Soldaten außerhalb des Nordens und Kabuls aktiv. Es handelt sich bei diesen Gebietsüberschreitungen überwiegend um Aufgaben für Fernmeldespezialisten, aber auch für „Austauschpiloten“, die etwa bei der britischen Royal Airforce für mehrere Monate eingesetzt werden. Mit bis heute mehr als 400 Unterstützungsflügen werden die Koalitionstruppen im Süden und Osten verstärkt. In der Regel handelt es sich hierbei um den Transport von Verwundeten.

2006: Aufstandsbekämpfung

Zur Jahresmitte 2006 wuchs der Einsatzbereich der ISAF im Süden des Landes, im Herbst dann im Osten. Dadurch wurde ISAF nun in ganz Afghanistan aktiv. ISAF-Soldaten übernahmen damit nicht nur die Einsatzregionen der Taliban, sondern auch deren Vorgehen. Eine Abgrenzung zwischen Einsatzgebieten und Auftrag von ISAF und OEF wird nahezu unmöglich. Seit Sommer 2006 sind ISAF-Soldaten an massiven und offensiven militärischen Auseinandersetzungen mit Aufständischen beteiligt. Die ISAF versucht, so „Frieden“ in offenen Feldschlachten zu „erzwingen“. Da sich die NATO dabei jedoch vor allem im zivilen Umfeld bewegt und selten klar ist, ob es sich um Kombattanten handelt oder um Zivilisten, steigt die Anzahl der zivilen Opfer kontinuierlich. Die Bundeswehr verlagerte ihr Hauptquartier nach Masar-i-Sharif, sie befindet sich damit auch in strategischer Nähe zu ihrem Luftwaffenstützpunkt Termez in Usbekistan.

In Deutschland sorgten Bilder von Bundeswehrsoldaten, die mit Totenschädeln posieren, für einen Skandal. Kurzfristig ermittelte der Staatsanwalt gegen 23 aktive und frühere Soldaten. Als sich herausstellte, dass es sich bei den Schädeln vermutlich um Überreste sowjetischer Soldaten aus den 1980er Jahren handelt, verloren Politik und Justiz das Interesse. Grundsätzliche Fragen nach einer möglichen Verrohung von Bundeswehrsoldaten durch den Einsatz, die sich in einem solchen Verhalten zeigt, wurden nicht weiter verfolgt.

2007/2008: Tornados und AWACS

Im März 2007 erhöhte sich die Mandatsobergrenze durch das Tornado-Mandat auf 3.500. Im Herbst wurden beide Mandate (Tornado und ISAF) zu einem zusammengefasst. Die Aufklärungsflüge finden zur Hälfte im Süden und Osten statt und tragen damit zur Zielerfassung für Bombardements im Einsatzgebiet bei. Vor allem aber übernehmen deutsche Piloten nun eine Aufgabe, die zuvor britische Piloten wahrgenommen haben. Durch diese Aufgabenverteilung sind seitdem britische Piloten nicht mehr mit Überwachungsflügen beschäftigt, sondern stehen für Bombardements zur Verfügung.

Im Herbst 2007 nahmen Bundeswehrsoldaten an Kampfeinsätzen im Grenzgebiet zwischen den Regionalkommandos Nord und West teil, gelegentlich verließen sie dabei auch ihr Mandatsgebiet. Angeblich ging es nur um organisatorische Unterstützung der norwegischen Kräfte. Wie sich später herausstellt, ging es auch um die Vorbereitung deutscher Einheiten auf offensivere Einsätze im Rahmen der Quick Reaction Force (QRF). In den Militäreinsätzen „Harekate Jolo I“ und „Jolo II“ sollten Stützpunkte regierungsfeindlicher Kräfte eingenommen werden, um die Regionen wieder unter die Gewalt der Zentralregierung zu bringen. Wie wenig solche und ähnliche Aktionen zu einer Befriedung und Kontrolle des Landes beitragen, zeigte die ernüchternde Bilanz des US-Geheimdienstkoordinators Mike McConnell vom März 2008, als er in Anhörungen im US-Kongress und auch in einem schriftlichen Bericht feststellte, daß nur 30 Prozent Afghanistans von Karsai und seiner Regierung (und damit von der NATO) kontrolliert werden. Zehn Prozent des Landes befinden sich im Einflussgebiet der Taliban, während der große „Rest“ von lokalen Machthabern kontrolliert wird. Die Demokratisierung Afghanistans und das Projekt „Nation Building“ wird in der Bevölkerung angesichts steigender

Kriminalität und Korruption kaum noch ernst genommen. „Nach Einschätzung der Bevölkerung ist die Lage derzeit eher noch schlimmer als zu Zeiten der Taliban, der Mudschaheddin oder der Kommunisten“, heißt es in einer aktuellen Studie des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Anfang des Jahres 2008 sickerte die Information an die Öffentlichkeit, dass die Bundeswehr ab Sommer von den Norwegern die QRF in Afghanistan übernehmen soll. Seit 1. Juli 2008 sind Panzergrenadiere aus Augustdorf und Fallschirmjäger der „Division Spezielle Operation“ nun in Afghanistan unterwegs. Da es sich hierbei zum Teil um explizit offensive Aktionen handelt, rechnete auch die Bundeswehrführung mit Todesopfern speziell in dieser Einheit. Ein erster Soldat der deutschen QRF kam am 27. August bei einer Patrouille ums Leben. Doch die Bundeswehr ist zunehmend auch selbst direkt für tote Zivilisten verantwortlich: Am 19. August erschossen Bundeswehrsoldaten nach Angaben der afghanischen Polizei einen unbewaffneten Schäfer und am 29. starben eine Frau und zwei Kinder im Kugelhagel deutscher Soldaten, als ihr Fahrzeug vor einer Straßensperre umkehrte.

Wenn am 16. Oktober der Bundestag abschließend über die Ausweitung des ISAF-Mandates auf 4.500 Soldaten abstimmt, dann steht möglicherweise auch die Entsendung von bis zu sieben AWACS-Flugzeugen auf der Tagesordnung. Nach

offiziellen Angaben geht es nur darum, dass diese als eine Art „Flughafentower“ den afghanischen Luftverkehr regeln. Doch dafür gibt es überall auf der Welt effizientere und auch ökologischere Lösungen. 40 Prozent der AWACS-Besatzung in dieser multinationalen und integrierten Einheit bestehen aus deutschen Soldaten. Zurzeit sind die 17 NATO-Maschinen im Stützpunkt Geilenkirchen bei Aachen stationiert und Teile davon sollen nach Wunsch des NATO-Militärausschusses in die Golfregion verlegt werden.

AWACS können auch als Feuerleitstelle eingesetzt werden. Dies hat im Mai 2008 das Bundesverfassungsgericht festgestellt, als es in einem Grundsatzurteil (BVerfG, 2 BvE 1/03 vom 7.5.2008) entschied, dass der Bundestag in jedem Fall befasst werden muss, wenn Soldaten möglicherweise in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt werden. Dies hatte die Bundesregierung bei der Entsendung von AWACS-Besatzungen an die Grenze der Türkei zu Beginn des Irak-Krieges missachtet.

Die AWACS können über eine Distanz von Hunderten Kilometern Objekte im afghanischen Luftraum identifizieren, auch in Pakistan und im Iran. Es wäre also ohne weiteres möglich, daß AWACS-Besatzungen Ziele für ISAF oder OEF-Einsätze in Afghanistan und darüber hinaus zuweisen. Durch diese Überwachungsflugzeuge erhält der Afghanistan-Krieg eine zusätzliche regionale Dimension - mit dem Potenzial für eine globale Eskalation.

Unkalkulierbare Heimatfront

Der Bundesregierung ist bewusst, dass eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung den Afghanistan-Einsatz ablehnt. Um dennoch eine Akzeptanz oder wenigstens Gewöhnung an deutsche Kriegsbeteiligungen zu erreichen, bemühen sich das Verteidigungsministerium und die Bundeswehrführung um eine häufige und sichtbar öffentliche Präsenz der Bundeswehr im Innern. Dazu gehören auch Inszenierungen wie das „öffentliche“ Gelöbnis von Rekruten vor dem Reichstag. Wohl in der Annahme, dass die Präsenz der Bundeswehr am Hindukusch und in anderen Kriegs- und Besatzungseinsätzen weltweit zukünftig für immer mehr tote deutsche Soldaten sorgen wird, plant das Verteidigungsministerium seit 2007 ein Ehrenmal für die „Gefallenen“. Die Inschrift soll lauten: „Den Toten unserer Bundeswehr - Für Frieden, Recht und Freiheit“. Solche Imagemaßnahmen sind so unnötig wie erfolglos. Die ständige Erhöhung der Ausgaben für die Bundeswehr (nach NATO-Kriterien 2009: 33,5 Milliarden Euro) und der gleichzeitige Sozialabbau sorgt zunehmend für Proteste. Die Demonstrationen am 20.9.2008 waren erst der Auftakt für eine größere Mobilisierung der Kriegsgegner zu den Protesten gegen den NATO-Gipfel am 3. und 4. April 2009. Nur wenn der politische Protest in den NATO-Staaten unüberhörbar wird, gibt es eine Chance, den Afghanistan-Krieg zu stoppen.

www.imi-online.de: Zwei neue Studien bei IMI erschienen

Lackmustest Afghanistan

Der Hindukusch als Experimentierfeld für Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung und Neoliberalen Kolonialismus

Jürgen Wagner beschreibt den Afghanistan-Krieg als Prototyp für künftige NATO-Kolonialeinsätze sowie die Rolle und Interessen Deutschlands in diesem Kontext. Es wird nachgezeichnet, wie der Einsatz in Afghanistan immer stärker in Richtung Aufstandsbekämpfung verschoben und hierdurch die Situation immer weiter eskaliert wurde. Dabei wird das gängige Bild, in Afghanistan sei es das Ziel, eine Demokratie nach westlichem Vorbild zu etablieren, kritisch hinterfragt und aufgezeigt, dass es sich bei dem Land de facto um eine Kolonie der NATO handelt.

Es wird beschrieben, wie das neoliberale Wiederaufbau-Unwesen maßgeblich zur Verschlechterung der humanitären Lage und damit zum Erstarken des Widerstands beigetragen hat. Ungeachtet der katastrophalen Ergebnisse der augenblicklichen Afghanistan-Politik werden die Weichen innerhalb Deutschlands und der NATO gegenwärtig darauf gestellt, solche Aufstands- und Besatzungseinsätze künftig deutlich häufiger führen zu können.

China in Afrika

Zu einem anstehenden Paradigmenwechsel in der Frage der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten

Die Studie verleiht dem Engagement Chinas in Afrika eine Gestalt und beschreibt Akteure und Methoden. Der Autor Andreas Seifert verdeutlicht, dass China keineswegs, wie landläufig unterstellt, einen „Plan“ für Afrika hat, als vielmehr mit einer Reihe von quasi experimentellen Maßnahmen Erfahrungen sammelt, die Chinas Afrikapolitik immer wieder verändern werden. Er zeigt, wie die chinesischen Akteure immer tiefer auch in regionale Probleme hineingezogen werden, die wiederum eine „externe“ Position immer weniger zulassen werden. Die Frage ist dabei: Weicht in diesem Prozess die strikte Position Chinas zur „Nichteinmischung“ auf oder gelingt es China, das Grundprinzip zu retten?

Die Studie wurde mit Unterstützung der Rosa Luxemburg Stiftung erstellt.

Irak - kein Weg vorwärts

von Joachim Gulliard

GASTBEITRAG

Die Neue US-Strategie „Surge“ brachte eine neue Gewaltwelle, keine grundlegende Verbesserung der Verhältnisse

Nicht nur die US-Regierung, sondern auch die Mainstream-Medien zeichnen seit einiger Zeit wieder ein positives Bild von der Entwicklung im Irak. Die neue Strategie „Ein neuer Weg vorwärts“, vorgestellt im Januar 2007 hätte Früchte getragen, die als „Surge“ (dt.: Woge, Flut, Zunahme ...) bezeichnete zeitweilige Erhöhung der Truppenstärke und die Ausweitung der Militäroperationen, so der Tenor, habe gewirkt. Die Lage sei nun unter Kontrolle und die Gewalt zurückgegangen.

Erfreulicherweise ging die Gewalt in der Tat spürbar zurück, allerdings nur verglichen mit dem extrem hohen Niveau zuvor. Verantwortlich für diesen Rückgang war auch weniger die neue US-Strategie, sondern innerirakische Faktoren. In den von ihr betroffenen Gebieten führte sie sogar zu einer Eskalation der Kampfhandlungen. Darüber hinaus sind, wie auch das General Accounting Office (GAO), der oberste Rechnungshof der USA, feststellte, keine grundlegenden Verbesserungen der allgemeinen Bedingungen zu erkennen, die Lage ist für den größten Teil der irakischen Bevölkerung so miserabel wie eh und je.¹

Die Surge hat vielmehr, so z.B. General William Odom, zu einer weiteren Fragmentierung der politischen Verhältnisse geführt, die den Irak - durchaus absehbar - weiter destabilisiert.² Die Bush-Administration traut dem Erfolg offenbar selbst nicht - nur ein Teil der zusätzlichen Truppen wurde wieder abgezogen und auch nach Ende der zweiten Amtszeit von George W. Bush werden weit mehr Truppen im Irak stehen als zu Beginn.

Die „Surge“ - eine Eskalation des Krieges

Wirklich belegbar bei den Erfolgsmeldungen aus Washington ist nur der Rückgang US-amerikanischer Verluste. Im Juli 2008 lag die Zahl getöteter US-Soldaten auf dem niedrigsten Stand seit Beginn des Krieges. Doch lässt sich daraus auch auf verbesserte

Sicherheitsbedingungen für die irakische Bevölkerung schließen? Azzaman, eine der renommiertesten irakischen Zeitungen, verneint die Frage und verweist nicht zuletzt auf die zahlreichen Militäroperationen US-amerikanischer und irakischer Truppen, die nach wie vor in verschiedenen Provinzen „eine Spur der Zerstörung und zahlreiche Opfer zurücklassen“ würden. „Der drastische Fall der US-Verluste geht einher mit einem drastischen Anstieg von irakischen Toten und Verletzten“, so das Blatt. Doch „die USA führen keine Liste der Iraker, die sie töten, ebenso wenig die irakische Regierung.“³

In der Tat liegen über die aktuelle Zahl irakischer Opfer keine verlässlichen Angaben vor. Gemäß Statistiken, die auf Basis von westlichen Medienberichten zusammengestellt wurden, ging die monatliche Zahl getöteter Iraker, nach Rekordhöhen in der Hochphase der „Surge“, wieder auf das Niveau von 2005 zurück, d.h. auf den Stand, bevor die Gewalt nach dem Anschlag auf die Goldene Moschee in Samara explodierte.⁴ Doch auch damals schon wurden gemäß der Lancet-Studie von 2006 fast 4.000 IrakerInnen pro Woche getötet.

Mit der Truppenerhöhung hat dieser Rückgang der Gewalt allerdings wenig zu tun - dort wo er am deutlichsten ist, in der sunnitischen Widerstandshochburg Anbar und in Basra, waren sogar Truppen abgezogen worden. Entscheidend waren vielmehr andere Faktoren, vor allem das Bündnis mit sunnitischen Stammesmilizen und die einseitige Waffenruhe, die der prominente Kleriker Muqtada al Sadr seiner Miliz, der Mehdi-Armee, verordnete. Auch das Ende der Angriffe und des Terrors durch schiitische Milizen und sunnitische Extremisten nach der erfolgreichen Vertreibung der bekämpften Minderheiten trug erheblich zum Rückgang innerirakischer Gewalt bei.⁵

Eskalation aus der Luft

Der Rückgang der US-Verluste ist vor allem auf die drastische Reduzierung des Einsatzes von Boden-Truppen zurückzu-

führen. Die US-Streitkräfte setzen stattdessen zunehmend auf die Luftwaffe und überlassen die Kämpfe am Boden den irakischen Hilfstruppen. Waren bereits 2006 insgesamt 10.500 Mal Kampflugzeuge und Hubschrauber zur „Luftunterstützung“ angefordert worden, fast 30 Einsätze pro Tag, so hat die US Air Force nach eigenen Angaben die Zahl der Luftwaffeneinsätze 2007 vervierfacht und die Zahl der Bombenabwürfe verzehnfacht.⁶

Bei allen größeren Militäroperationen dieses Jahres, ob in Mosul, Baquba, Basra oder Bagdad, setzten die Besatzungstruppen überwiegend auf Luftangriffe und die Feuerkraft ihrer Panzer und überließen die Straßenkämpfe den irakischen Fußtruppen. Während sie auf diese Weise im Frühjahr während der fast sechswöchigen Offensive gegen Sadr City kaum Tote zu beklagen hatten, ging die Zahl der getöteten und schwer verwundeten Anwohner in die Tausende.

Verstärkt kommen dabei auch ferngesteuerte Fluggeräte, wie die Kampfdrohnen *Predator* and *Reaper*, zum Einsatz. Ein Reporter der New York Times, der kürzlich die Leitzentrale dieser Drohnen besichtigen durfte, musste sich verpflichten, deren Standort geheim zu halten - aus Rücksicht auf das Gastland, in dem sie sich befindet. Ein Ort, der dafür sehr gut in Frage käme, wären die Warfighting Headquarters der US-Luftwaffe im pfälzischen Ramstein.⁷

Schließlich geben die USA auch mehr Geld als je zuvor für private Söldner aus.⁸ Die Zahl der sogenannten „Private Contractor“, die für das US-Militär im Irak arbeiten, hat sich seit September letzten Jahres um 12.000 auf 149.000 erhöht. Das entspricht fast der Zahl, um die die Stärke der regulären US-Truppen wieder reduziert wurde.⁹

Krieg und Repression am Boden

Zunächst bedeutete die Truppenerhöhung um 38.000 auf insgesamt 165.000 Soldaten für weite Teile der Bevölkerung in Bagdad und Umgebung eine massive Eskalation des Krieges und der Repression am Boden. Kritische Bilder und Berichte davon, wie wir sie z.B. beim Einrücken russischer Truppen in Grosny sahen, blieben jedoch aus. In den Medien erschienen die US-Truppen vielmehr als Retter, die antraten, der „mörderischen Gewalt“ Einhalt zu gebieten - ihr Morden gilt hier offenbar nicht als Gewalt.

Der renommierte US-Journalist Nir Rosen jedoch, der im Dezember in Bagdad war, konnte mit eigenen Augen sehen, wie der Erfolg der Besatzer in den betroffenen,

einst so geschäftigen Vierteln Bagdads aussieht. Er fand nur noch halbverlassene Geisterstädte vor, zerstört durch über fünf Jahre Krieg. Ein Haus neben dem anderen ist verwüstet, die sandfarbenen Mauern durch Kugellöcher zernarbt. Viele Türen stehen offen, die Wohnungen sind unbewacht und oft weitgehend leer geräumt.¹⁰ Auch für den irakischen Fotojournalisten Ghaith Abdul-Ahad, der für den Guardian in einer gefährlichen Tour durch Bagdad die Behauptungen des US-Militärs überprüfte, die „Surge“ hätte der Stadt Stabilität gebracht und das Leben verbessert, stand das, was er vorfand und in einer eindrucksvollen Filmserie festhielt „in völligem Widerspruch zu allen offiziellen Berichten.“ Die Menschen in Bagdad „sind hoffnungsloser als ich sie je zuvor sah.“¹¹

Über 40.000 US-amerikanische Kampftruppen und mehrere Divisionen der irakischen Armee waren in und um Bagdad zusammengezogen worden, die sukzessive und unter heftigen Kämpfen in überwiegend sunnitische Stadtteile eindringen. Systematisch wurde Straßenzug um Straßenzug abgeriegelt und die Häuser gestürmt. Alle männlichen Bewohner zwischen 15 und 60 Jahren wurden erkennungsdienstlich erfasst, inklusive Fingerabdrücken und Iris-Scan, Tausende von Anwohnern, die als Oppositionelle bekannt waren oder der Zusammenarbeit mit dem Widerstand verdächtig schienen, wurden festgenommen. Die Zahl der politischen Gefangenen hat sich in der Folge fast verdoppelt. Die US-Truppen allein hielten Ende 2007 nach eigenen Angaben 25.000 Iraker gefangen, die irakischen Sicherheitskräfte weitere 50.000-75.000.¹²

In einige der nun schutzlosen Viertel drangen schiitische, meist den Regierungsparteien nahe stehende Milizen ein und begannen auch hier mit nächtlichem Terror Sunniten und sonstige Gegner zu vertreiben. Hunderttausende wurden so im Laufe der „Surge“ aus der Hauptstadt gejagt oder flohen vor den Angriffen der Besatzer. Der Anteil der nicht-schiitischen Bevölkerung Bagdads sank Statistiken der US-Armee zufolge seit April 2006 von 35 auf 25 Prozent.¹³

Die Internationale Organisation für Migration der UNO, IOM, schätzt, dass sich die Zahl der Flüchtlinge aus Bagdad im Zuge der „Surge“ verzwanzigfachte. Die Gesamtzahl der Binnenflüchtlinge hat sich zwischen Februar und August 2007 von 0,5 auf 1,1 Millionen verdoppelt.¹⁴

Gated Communities

Trotz massiver Proteste der Anwohner wurden die meisten der „befriedeten“ Stadtteile durch fast vier Meter hohe, stacheldrahtbewehrte Betonmauern hermetisch eingeschlossen, alle nur durch einige wenige, enge und stark bewachte Check-Points durchbrochen. Nur Bewohner mit neuer ID-Karte können sie - nach Überprüfung ihrer biometrischen Merkmale - ohne weiteres passieren. Mauern in einer Gesamtlänge von über 30km zerteilen nun Bagdad, endlose Schlangen vor den Durchlässen sind die Folge. Handel und Wirtschaft kamen dadurch nahezu zum Erliegen. Offiziell als Schutz der Bevölkerung vor Übergriffen durch sektiererische Milizen gedacht, dienen sie vor allem dazu, die Bewegungsfreiheit des Widerstands einzuschränken und die Bewohner der Viertel einer lückenlosen Kontrolle unterwerfen zu können. Diese sind nun mehr denn je der Willkür der Besatzer und der irakischer Sicherheitskräfte ausgeliefert.

Die Errichtung dieser so genannten „Gated Communities“ (eigentlich die Bezeichnung für bewachte Wohnanlagen der Reichen) erinnert an ähnliche Maßnahmen der französischen Besatzungstruppen in Algerien und an die „strategischen Dörfer“ der USA im Vietnamkrieg. Mehr noch orientieren sich die US-Truppen jedoch an israelischen Erfahrungen, wie durch Ausnutzung modernster Technik und durch Teilung der besetzten Gebiete in Enklaven Widerstand in einem städtischen Umfeld eingedämmt werden kann. Iraker vergleichen ihre ummauerten Stadtteile daher oft auch mit dem Gazastreifen in Palästina.

Professor Steve Niva, Nahostexperte an der Universität von Olympia, fasste das Ergebnis der Surge treffend zusammen: „Während das allgemeine Ausmaß an Gewalt zweifellos vorübergehend sank, wurde der Irak faktisch in einen Panzer aus Betonmauern und Stacheldraht eingesperrt, verstärkt durch eine Besatzung aus der Luft.“¹⁵

Teile und Herrsche - der Biddle-Plan

Eine zentrale Komponente in der US-Strategie zur Unterwerfung des Iraks ist die Spaltung der irakischen Gesellschaft nach ethnisch-konfessionellen Kriterien. Auch die Grenzen der eingezäunten Enklaven in Bagdad wurden nach diesen Kriterien gezogen. Die vom Oberkommandierenden General David Petraeus ausgearbeitete neue Strategie setzte dadurch den von Beginn der Besatzung an eingeschlagenen Weg fort, der von Bernard Lewis, einem der führenden

„Du kennst Abu Ghraib“

Ein weiterer Soldat drückte einen Verdächtigen an die Mauer. „Du kennst Abu Ghraib?“, höhnt er. Die Iraker wehren sich nicht – sie sind eine solche Behandlung gewöhnt. Razzien durch US-Truppen sind Teil der täglichen Routine im Irak geworden, eine systematische Form von Gewalt, die einer ganzen Nation aufgezwungen wurde.

Eine militärische Besatzung ist von ihrer ganzen Natur her eine schrecken-erregende und brutale Sache, und selbst die unschuldigste amerikanische Patrouille terrorisiert unvermeidlich unschuldige irakische Zivilisten. Jeder Mann auf einem Markt wird zusammengetrieben und mit vorgehaltener Waffe durchsucht. Soldaten – die Gesichter kaum sichtbar hinter Helmen und Schutzbrillen – brechen spät in der Nacht in Häuser ein, reißen die Wohnung auseinander auf der Suche nach Waffen, fesseln die Männer und verbinden ihnen die Augen während die Kinder zusehen, wimmernd und traumatisiert. US-Soldaten sind das einzige Gesetz im Irak und Du bist ihren Launen ausgesetzt.

Nir Rosen, *The Myth of the Surge*,
Rolling Stone, 6.3.2008

Neokonservativen, bereits in den frühen 1990er Jahren skizziert worden war: Der starke arabische Nationalismus in Ländern wie Irak könne, so Lewis, nur dann neutralisiert werden, wenn die Zentralgewalt ausreichend geschwächt würde. Dann „gibt es keine wirkliche Zivilgesellschaft mehr ... der Staat löst sich - wie im Libanon - in ein Chaos sich zankender und bekämpfender Sekten, Stämme, Religionen und Parteien auf.“¹⁶

Die konkrete, aktuelle Umsetzung dieser Politik formulierte Stephen Biddle, Berater von General Petraeus in Bagdad in einem Beitrag für Foreign Affairs wie folgt: Durch ein Programm zur Bewaffnung ihrer sunnitischen Gegner soll die schiitisch-kurdische Maliki-Regierung unter Druck gesetzt werden, die Vorgaben aus Washington williger, rascher und vollständiger umzusetzen. Militante sunnitische und säkulare Nationalisten hingegen sollen durch die Drohung, den Regierungsparteien durch Aufrüstung der Armee mit Panzern und leichter Luftwaffe zu mehr militärischer Macht zu verhelfen, zum Einlenken gezwungen werden. Da dies die Fähigkeit der Regierungstruppen „Massengewalt gegen Sunniten zu ver-



Anstieg der Zahl der Binnenflüchtlinge im Zuge der „Surge“, Oben: General Petraeus, Architekt der „Surge“

üben, dramatisch erhöhen“ würde, wäre dies ein „mächtiger Anreiz“, ihre Forderung nach einem raschen Abzug der Besatzungstruppen „zu relativieren“.¹⁷

Tatsächlich gelang es den USA, Bündnisse mit sunnitischen Kräften unter Ausnutzung ihrer Sorge vor der Dominanz der pro-iranischen schiitischen Parteien zu schließen und Stammesmilizen aufzustellen, die ein Gegengewicht zu den von den schiitischen Parteien kontrollierten Sicherheitskräften darstellen.

Die Erweckung der Stämme

Diese Bündnisse bedeuteten eine radikale Abkehr der bisherigen Politik der US-Truppen gegenüber der sunnitischen Bevölkerung, gegen die sie - im Bemühen, Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen - im Verein mit ihren kurdischen und schiitischen Verbündeten von Beginn

der Besetzung an mit besonderer Härte vorgegangen waren. Diese Brutalität wiederum hatte einen rasant wachsenden militärischen Widerstand befeuert, den sie nicht mehr in den Griff bekamen.

Die Besatzer hatten schließlich, wie durchgesickerten Geheimdokumenten der US-Armee zu entnehmen ist, 2006 eingesehen, dass sie militärisch nicht gewinnen können.¹⁸ Sie begannen ihre Offensive in den Städten einzuschränken und nahmen Verhandlungen mit lokalen und regionalen Stammesbündnissen über die Aufstellung von Milizen für Sicherungsaufgaben und ein gemeinsames Vorgehen gegen Al-Qaeda auf. Stammesangehörige, die sich bereit erklärten, gegen al-Qaeda und sonstige Störenfriede zu kämpfen, erhielten Ausrüstung und einen monatlichen Sold. In der Folge entstand eine Vielzahl sogenannter „Awakening“- (Erweckungs)-Räte, irakisch „al Sahwa“ oder „Sahwat“, von den Besatzern gerne als „Söhne Iraks“ bezeichnet.

Über die zahlenmäßige Stärke dieser Milizen gibt es keine verlässlichen Angaben. Die US-Armee spricht von 80.000-100.000 Milizionären, die für 300 US-Dollar monatlich Polizei- und Wachaufgaben übernehmen und an ihrer Seite gegen Al-Qaeda vorgehen würden. Die Summen, die nach denselben Quellen für ihren Unterhalt aufgewandt wurden, deuten aber auf eine wesentlich geringere Zahl bezahlter Kämpfer hin.¹⁹

So widersprüchlich wie die Berichte über sie sind, so widersprüchlich ist die Awakening-Bewegung selbst. Sie reicht von echten Kollaborateuren und Warlords, die für gutes Geld zu allem bereit sind, bis hin zu strammen Nationalisten, die sich nur soweit mit den Besatzern einlassen, wie nötig, um vor Ort die Kontrolle übernehmen zu können. Traditionelle Stammeskultur und -rivalitäten sorgen für zusätzliche Dynamik.

US-Regierung und Armeeführung feiern die Stammesmilizen als großen Erfolg der „Surge“ und stellen dabei - gemäß ihrer gängigen Propaganda - den gemeinsamen Kampf gegen Al-Qaeda in den Vordergrund. Doch die al Sahwa waren lange vor der „Surge“ entstanden und bereits im Sommer 2005 hatten viele Stämme im Verein mit Widerstandsgruppen begonnen, aktiv gegen die sunnitischen Extremisten vorzugehen. Sie mussten zu diesem Zeitpunkt zwei Kämpfe führen, so ein Sprecher der dem Widerstand nahe stehenden Vereinigung der islamischen Religionsgelehrten (AMS): einen „gegen die Besatzer und den von ihnen eingesetzten Regierungsapparat“ und den anderen „gegen die terroristischen Banden.“²⁰

Doch nicht nur Al-Qaeda wurde von der Bevölkerung in den sunnitischen Gebieten als Bedrohung angesehen, sondern auch die Milizen der Regierungsparteien und die von ihnen dominierten Sicherheitskräfte. Für die meisten Sunniten, die sich der Awakening-Bewegung anschlossen, lag hier das wichtigste Motiv: Indem sie bewaffnete Kräfte gegen Al-Qaeda und zur Aufrechterhaltung der Ordnung stellten, verringerte sich auch die Präsenz der Regierungstruppen und konnte ein von den Besatzern tolerierter Schutz gegen schiitische Todesschwadronen und sonstige ortsfremde Kämpfer aufgestellt werden.

Ein hochrangiger Scheich, dessen Stamm einer solchen Allianz beitrug, erklärte einem Reporter des Guardian, dass dies für ihn eine simple Gleichung war. „Es ist einfach ein Weg, Waffen zu bekommen und eine legalisierte Sicherheitskraft zu werden, die fähig ist, den schiitischen Milizen Stand zu halten und zu verhindern, dass die irakische Armee und Polizei in ihr Gebiet eindringt.“²¹

Den temporären Bündnissen mit den Besatzern war ein Paradigmenwechsel eines großen Teils sunnitischer und säkularer Nationalisten vorausgegangen. Stand zunächst das Ziel im Vordergrund, so schnell wie möglich die Invasoren aus dem Land zu jagen, so überwog bei vielen nun die Sorge, dass die kurdischen und schiitischen Parteien, die die Regierung stellen, sich im Bündnis mit den USA bereits so starke Machtpositionen sichern konnten, dass sie nach einem Abzug der Besatzer nur noch schwer verdrängt werden können. Der Einfluss des Irans über die schiitischen Regierungsparteien und ihre Milizen ist zudem in ihren Augen so groß, dass sie mittlerweile von einer doppelten Besetzung sprechen. Die „Gefahr der iranischen Besetzung war größer als die Gefahr der amerikanischen, da letztere temporär ist, aber die iranische Besetzung würde permanent sein“, so z.B. Abu Azzam Al-Tamimi, einer der führenden Politiker der Awakening-Bewegung.²²

Die Mehrheit der Bewegung ist stramm nationalistisch und strebt die Wiederherstellung eines einheitlichen, starken und zentralisierten Staates an. Die sunnitischen Milizen könnten allerdings bei sich zuspitzenden Konflikten mit den Parteien an der Regierung zum Kern einer sunnitischen Armee werden. Zudem sind viele Führer von Awakening-Milizen dabei, sich als mächtige Warlords zu etablieren.

Auch den USA ging es bei der Aufrüstung der Awakening-Kräfte nicht nur um Al-Qaeda. Sie bot zudem auch einen Weg,

sich weit gehend aus der Provinz zurückziehen zu können, ohne das Feld dem organisierten Widerstand zu überlassen. Vor allem aber ist es ihnen damit gelungen, ein Gegengewicht zu den pro-iranischen Regierungsparteien aufzubauen und so - neben dem von Biddle formulierten Kalkül - den Handlungsspielraum der USA gegenüber dem Iran zu verbessern.

An sich richteten sich die al Sahwa nicht gegen den bewaffneten Widerstand. Indem sie jedoch alle bewaffneten Aktionen in den unter ihrer Kontrolle stehenden Gebieten zu unterbinden suchten, schränkten sie auch dessen Aktionsradius stark ein. Da es den Regierungsparteien bisher jedoch gelang, die politische Beteiligung der al Sahwa zu blockieren und die Aufnahme der sunnitischen Milizionäre in die regulären Sicherheitskräfte auf einige wenige Tausend zu beschränken, wächst die Unzufriedenheit in ihren Reihen massiv.

Die Bewegung Al Sadr

Starken Anteil am Rückgang der Gewalt hatte auch der einseitige Waffenstillstand, den der populäre schiitische Geistliche Muktada al Sadr im Sommer letzten Jahres ausgerufen hatte. Dieser sollte helfen, die Kontrolle über seine Bewegung und ihre Miliz, die Mehdi-Armee, zurück zu gewinnen, um den kriminellen Elementen, die unter ihrem Cover Angriffe auf Sunniten durchführten oder im Stil von Straßengangs die örtliche Bevölkerung terrorisierten, Schutzgelder erpressten etc., die Deckung zu nehmen. Mit Hilfe loyaler Einheiten konnten die Gewalttätigkeiten tatsächlich eingedämmt und die angeschlagene Reputation al Sadr entscheidend verbessert werden.

Die Sadr-Bewegung ist die mit Abstand stärkste oppositionelle Kraft unter den Schiiten. Die Zahl der Anhänger, vor allem in den ärmeren Schichten, geht in die Millionen. Die islamisch-konservative Bewegung kontrolliert weite Teile Bagdads und anderer Städte und war eine der maßgeblichen Widerstandskräfte, die die Briten aus den südlichen Provinzen getrieben hatte.

Daher, und aufgrund seiner starken Anhängerschaft, war al Sadr zu einem der Hauptfeinde der Besatzer geworden. Auch gegen ihn hatte sich die „Surge“, unter dem Stichwort „Kampf gegen das Miliz-Unwesen“, von Anfang an gerichtet.

Die Offensiven im Frühjahr dieses Jahres endeten jedoch mit Waffenstillstandsabkommen, in denen die Sadr-Bewegung zwar die Hoheit über einige ihrer Hochburgen an die Regierungstruppen abtre-

ten musste - entscheidend geschwächt wurde sie dadurch jedoch nicht. Al Sadr verstand es darüber hinaus, sich während der Angriffe der irakischen Öffentlichkeit als nationaler Führer zu präsentieren, der bereit ist, für die Einheit des Landes und zur Beendigung innerirakischer Kämpfe weit reichende Kompromisse einzugehen.²³ Er steht nun mit an der Spitze einer recht wirksamen, breiten politischen Opposition gegen die Besatzung,

Drohende Eskalation

Angesichts der Beruhigung der Lage scheinen die Besatzer militärisch nun die Oberhand zu haben, viele in Washington sehen die USA bereits auf der Siegesstraße. Der bewaffnete Widerstand wurde aber keinesfalls besiegt, sondern musste nur in einigen Gebieten zurückweichen bzw. seine Aktivitäten einschränken. Trotz ihrer intensivierten Politik des Teils und Herrsche verlieren die Besatzer im Irak politisch immer mehr an Boden. Alle ihre Vorhaben, vom Öl-Gesetz, das ausländischen Konzernen die Förderung von Öl gestatten würde, bis zu einem Truppenstationierungsabkommen, das die Besatzungsherrschaft per Vertrag verewigen würde, werden von einer immer breiter werdenden, nationalen Opposition blockiert.

Angesichts der Erfolge dieser „nationalistischen Surge“, wie Patrick Cockburn es nannte²⁴, hoffen viele Iraker, die Besatzung mit politischen Mitteln beenden zu können. Doch unabhängig davon, wer künftig Präsident sein wird, werden die US-Eliten ihre Ziele einer dauerhaften militärischen Präsenz im Land und einer direkten Kontrolle des irakischen Öls kaum freiwillig aufgeben.

Die Auseinandersetzungen dürften sich daher bald wieder verschärfen. Gleichzeitig droht durch diese Politik - bei Fortsetzung der Besatzung - der zunehmende Zerfall des Landes in die Machtbereiche einzelner Warlords und Parteien.

Die fragile und gewaltgeladene Situation droht insbesondere in der von den Kurdenparteien beanspruchten, ölreichen Provinz um Kirkuk jeden Augenblick aufs Neue zu eskalieren, die Surge hat hieran nichts ändern können - im Gegenteil. Dies sollte auch all denen zu denken geben, die die US-Strategie im Irak als Vorbild für die Strategie der internationalen Truppen in Afghanistan heranziehen wollen.

Anmerkungen

¹ „Securing, Stabilizing, and Rebuilding Iraq: Progress Report: Some Gains Made, Updated

Strategy Needed” GAO, 23.6.2008

² William E. Odom, Testimony before the Senate Foreign Relations Committee on Iraq, 2.4.2008

³ „Lowest U.S. casualties not indication of better security conditions in Iraq”, Azzaman, 5.8.2008

⁴ Siehe Iraq Coalition Casualty Count, <http://icasualties.org>

⁵ Vgl. Steven Simon, „The Price of the Surge”, Foreign Affairs, May/June 2008

⁶ At Odds With Air Force, Army Adds Its Own Aviation Unit, NYT, 22.6.2008, s.a. Tom Engelhardt, „U.S. Continues to Brutalize Iraqis in the Cause of the ‘Surge’”, Tomdispatch.com, 30.6.2008,

⁷ Air Force Plans Altered Role in Iraq, New York Times, July 29, 2008

⁸ „U.S. increases spending on contractors in Iraq”, USA TODAY, 27.8.2007

⁹ Siehe „Contractors’ Support of U.S. Operations in Iraq”, Congressional Budget Office, August 2008 und „In Iraq, private contractors outnumber U.S. troops”, AP, 20.9.2007

¹⁰ Nir Rosen, The Myth of the Surge, Rolling Stone, 6.3.2008

¹¹ Ghaith Abdul-Ahad, „Baghdad: City of Walls”, 18.3.2008

¹² Nir Rosen, a.a.O. „The business end”, Financial Times, 27.6.2008, „U.S. military says it keeps 21,000 detainees in Iraq”, Xinhua 2.8.2008

¹³ Juan Cole, „A Social History of the Surge”, Informed Comments, 24.7.2008, „Changing Baghdad -- Ethnic violence has changed the city”, Washington Post, 15.12.2007 und „Balkanized Homecoming”, Washington Post, 16.12.2007

¹⁴ „More Iraqis Said to Flee Since Troop Increase”, New York Times, 24.8.2007

¹⁵ Steve Niva, „The New Walls of Baghdad - How the U.S. is Reproducing Israel’s Flawed Occupation Strategies in Iraq”, Foreign Policy In Focus, 21.4.2008

¹⁶ Zitiert nach Tom Hayden, „The New Counterinsurgency”, The Nation, 6.9.2007

¹⁷ „What to Do in Iraq: A Roundtable” By Larry Diamond, James Dobbins, Chaim Kaufmann, Leslie H. Gelb, and Stephen Biddle, Foreign Affairs, Juli/August 2006

¹⁸ „Anbar Picture Grows Clearer, and Bleaker”, Washington Post, 28.11.2006

¹⁹ Steven Simon a.a.O. s. a. „‘Awakening’ Forces Arouse New Conflicts”, IPS, 26.12.2007 und „US buying loyalty of ‘concerned’ Iraqis”, AFP, 17.10.2007

²⁰ siehe J. Guilliard „Strukturen der irakischen Befreiungsbewegung“ in junge Welt 22./24.9.2007 sowie Michael Eisenstadt, „Tribal Engagement Lessons Learned” Military Review, Sept.-Okt. 2007

²¹ „Meet Abu Abed: the US’s new ally against al-Qaida”, Guardian, 10.11.2007

²² „‘Honor Front’ for Sunni collaborators“, Missing Links, 14.4.2008

²³ „Moqtada: Open war against the occupation ‘and no other’”, Missing Links, 25.4.2008

²⁴ Patrick Cockburn, „Iraq’s Nationalist Surge”, ZNet, 9.8.2008. Siehe auch Robert Dreyfuss, „Nationalists Stirring in Iraq“, The Nation, 16.1.2008

„Homeland-Security“ an der „Südflanke“

US-Militär in Lateinamerika

von Jonna Schürkes

Die Monroe Doktrin von 1823 formulierte mit dem Satz „Amerika den Amerikanern“ den Hegemonialanspruch der USA in Lateinamerika. Diesen Anspruch haben die USA lange mehr oder minder erfolgreich realisiert. Im März 2008 kam der Council of Foreign Relations jedoch zu dem Ergebnis: „Wenn es einmal eine Zeit der Hegemonie der USA in Lateinamerika gegeben hat, so ist sie nun vorüber“.¹ Die Autoren des Berichts werfen der Bush-Regierung vor, Lateinamerika seit dem 11. September 2001 zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt zu haben, weshalb die dortigen Regierungen sich außenpolitisch umorientieren und sich offen anti-amerikanisch zeigen konnten. Ob und wie weit dies zutrifft, sei dahingestellt.

Fakt ist, dass in Lateinamerika in den letzten Jahren Regierungen an die Macht gekommen sind, die nicht den Vorstellungen der USA von einer „guten Regierung“ entsprechen. Diese veränderte Situation hat dazu geführt, dass die USA ihre Interessen in der Region gefährdet sehen und einen ganzen Potpourri an Bedrohungen identifizieren. So betrachten sie durch die Neuverhandlungen der Konzessionen zur Erdöl- und Erdgasförderung in einigen Ländern Lateinamerikas ihre wirtschaftlichen Interessen und ihre Energieversorgung als gefährdet. Auch die außenpolitische Neuorientierung vieler lateinamerikanischer Regierungen macht den USA zu schaffen. Besonders kritisch wird der zunehmende – vor allem wirtschaftliche – Einfluss Chinas in der Region gesehen. Chinesische Infrastruktur in Lateinamerika könnte sich zudem bei einem möglichen militärischen Konflikt mit den USA für China als nützlich erweisen.² Auch die nicht vorhandenen Berührungspunkte einiger lateinamerikanischer Präsidenten mit dem Iran werden von den USA derartig als Bedrohung wahrgenommen, dass der US-Kongress im November 2007 eine Resolution zu dem Thema verabschiedete, in der die Treffen zwischen lateinamerikanischen Staatschefs und dem iranischen Präsidenten Ahmadinedschad minutiös dargestellt werden.³ Die Heritage Foundation betrachtet die Beziehung als Gefahr eines islamischen „Hintertürterrorismus“.⁴

Das zunehmende Engagement Russlands in der Region entspricht nicht den Vorstellungen der USA. Ebenfalls unerfreulich für die USA ist, dass Nicaragua Abchasien und Südossetien anerkannte, dass Venezuela und Russland gemeinsame Militärübungen in und vor Venezuela durchführen und dass der bolivianische Präsident Morales aufgrund diplomatischer Probleme mit den USA erklärte, die wirtschaftliche Hilfe zur Drogenbekämpfung könne durchaus auch aus Russland kommen.⁵

Eine weitere Gefährdung der Interessen wird im „radikalen Populismus“ gesehen. Dieser wurde vom ehemaligen Oberbefehlshaber des Regionalkommandos für Lateinamerika und die Karibik (SouthCom), James Hill, in einer Rede vor dem US-Senat 2004 per se als Sicherheitsproblem erklärt.⁶ Vor allem dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez wird vorgeworfen, Terroristen über seine Verbindungen zu Ahmadinedschad in Lateinamerika Raum zu bieten und einheimische Terroristen, wie die kolumbianische Guerilla-Organisation FARC, zu unterstützen.

Indigene Bevölkerung und Organisationen gelten als gefährlich. So erklärte der Kongressabgeordnete Conni Mack, islamistische Terroristen hätten indigene Organisationen infiltriert, um ein Netzwerk in Lateinamerika zu etablieren.⁷ Dem National Intelligence Council (NIC) zufolge könnten „politisch organisierte indigene Gruppen die regionale Stabilität gefährden [...] Territoriale Forderungen irredentistischer indigener Gruppen können die Voraussetzungen für bewaffnete Aufstände und politische Gewalt schaffen“.⁸ James Hill hingegen sieht eine enge Verbindung zwischen indigenen Organisationen, Drogenanbau und Terrorismus.⁹

Bedroht sehen sich die USA auch durch kriminelle Banden in lateinamerikanischen Städten, die „Massenmigration“ in die USA, die Armut und die Folgen von Naturkatastrophen.¹⁰

Angesichts der vielfältigen „Bedrohungen“ kommt die Heritage-Foundation zu dem Schluss, die USA sollten die Ausbildung von Polizei und Militär in Lateinamerika übernehmen, da die Staaten entweder unfähig

oder unwillig seien, Kriminelle, Subversive und Terroristen auf ihrem eigenen Territorium zu bekämpfen. Außerdem müsse das SouthCom „wiederbelebt“ und nicht nur zur Drogenbekämpfung, sondern auch zur Bekämpfung aller anderen Bedrohungen eingesetzt werden. Des Weiteren sollten die geheimdienstlichen Aktivitäten der USA in Lateinamerika verstärkt werden.

Die politischen Veränderungen in Lateinamerika und die veränderte Bedrohungswahrnehmung in den USA haben dazu geführt, dass die USA ihre Strategie für die Region verändert haben. Dies gilt insbesondere für die Militärpolitik.

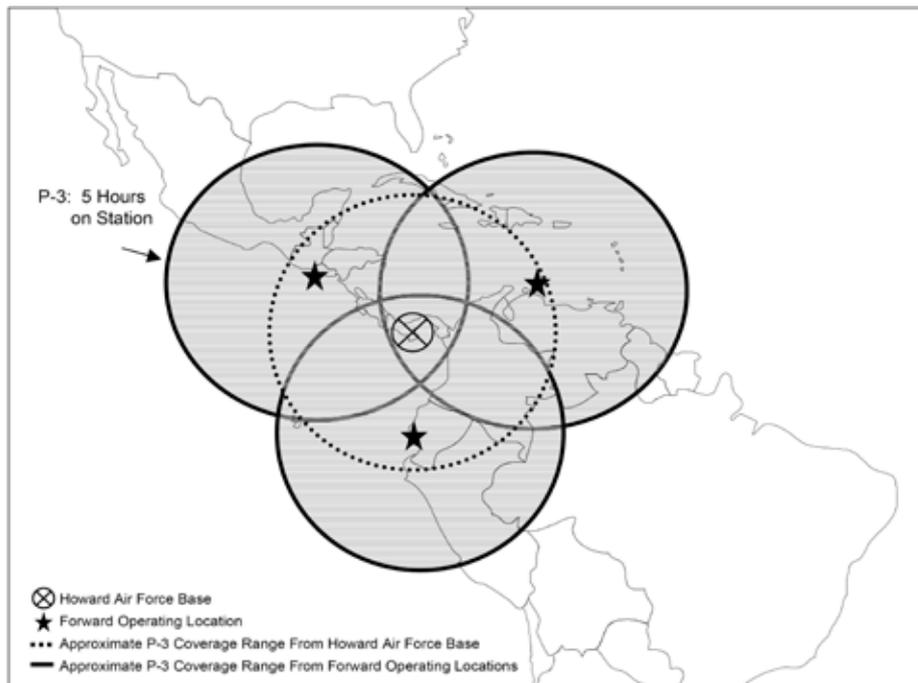
Zum einen wehren sich einige lateinamerikanische Regierungen zunehmend gegen die Einmischung der USA in interne Angelegenheiten und gegen die Präsenz von US-Militär in ihren Ländern. Dies zeigt sich etwa an der bevorstehenden Schließung der Militärbasis in Manta, Ecuador.

Das hat die USA dazu veranlasst, ihren Operationsschwerpunkt vor die Küsten von Lateinamerika zu verlagern. Zum anderen ist der Blickwinkel auf die oben genannten „Bedrohungen“ ein sicherheitspolitischer. Die Probleme in Lateinamerika würden die Sicherheit in den USA bedrohen, weshalb in der Region „Homeland-Security“ betrieben wird.¹¹ Dies wiederum führt zu einer Vermischung von militärischen und polizeilichen Aufgaben und Aktivitäten. Diese Aspekte werden im Folgenden näher betrachtet.

Zunehmend unerwünscht: Militärbasen in Lateinamerika

Die USA unterhalten derzeit offiziell drei so genannte vorgelagerte Operationsstützpunkte (Forward Operating Locations: FOL) in Lateinamerika: in Ecuador (Manta), El Salvador (Comalapa) und Aruba und Curacao. Weitere Basen sind die Marinebasis in Guantánamo auf Kuba und die Militärbasis Soto Cano in Honduras, auf der vor allem Soldaten der US-Airforce stationiert sind. Die von honduranischem und US-amerikanischem Militär genutzte Basis diente in den 80er Jahren der USA vor allem der Bekämpfung unliebsamer Regierungen, heute offiziell der Durchführung humanitärer Einsätze in Zentralamerika und der Karibik. Des Weiteren unterhalten die USA in verschiedenen Ländern, vor allem aber in Peru und Kolumbien, Radar-Stationen.

Das Netz von Militärbasen besteht in dieser Form seit 1999. Damals endete der Vertrag über den Panama-Kanal, der den USA bis dato nahezu unbeschränkte Rechte



in der Kanalzone zusicherte. Mit der auslaufenden Frist wurden die Hoheitsrechte über das Territorium an Panama übergeben. Der einzige permanente Luftwaffenstützpunkt in Lateinamerika war die Howard Air Force Base in der Zone des Panama-Kanals. Diesen mussten die USA schließen und ihr Personal abziehen. Die USA waren daher auf der Suche nach neuen Stützpunkten in Lateinamerika. Es sollten jedoch keine Militärbasen sein, auf denen eine große Anzahl militärischen Personals und Ausrüstung permanent stationiert sind, wie noch bei der Howard Air Force Base. Es wurden vielmehr FOLs errichtet, die der Überwachung und Datenerhebung, der kurzzeitigen Stationierung einer größeren Anzahl von Soldaten und vor allem als Koordinationspunkt für Einsätze im überwachten Raum dienen. Mit den Regierungen Ecuadors, El Salvadors und den Niederlanden (Aruba und Curacao) konnten sich die USA auf die Errichtung solcher Basen einigen. Der Überwachungsradius konnte mit diesen drei neuen FOLs im Vergleich zu der Zeit vor 1999 deutlich vergrößert werden (siehe Karte oben). Gleichzeitig waren die neuen Basen wesentlich kostengünstiger als die Howard Air Force Base.¹²

In allen drei Fällen wurden den USA die vollen Nutzungsrechte der Militärbasen zugesichert, die Art der Operationen jedoch auf die Bekämpfung des Drogenanbaus und -handels beschränkt.¹³

Das Auge und Ohr des Plan Colombia: die Militärbasis in Manta

Der Vertrag, der dem US-Militär die Nutzung des Militärflughafens in Manta für zehn Jahre zubilligt, läuft 2009 aus und

wird nicht verlängert.

Auf der Basis sind nur ca. ein Dutzend Soldaten permanent stationiert. Sie ist Standort für Überwachungstechnologien und logistischer Stützpunkt.¹⁴ Die Daten, die vor allem durch die Aufklärungsflüge der dort stationierten AWACS aufgenommen werden, werden direkt an das Hauptquartier des SouthCom in Florida gesendet.

Die Nutzung der Basis ist beträchtlich. Einem Sprecher des SouthCom zufolge starten täglich durchschnittlich zwei AWACS zu Überwachungszwecken von der Basis aus. Seit 1999 seien von dort mehr als 3.330 Operationen gegen den Anbau und den Handel mit Drogen durchgeführt worden, bei denen mehr als 5,2 Tonnen illegaler Drogen im Wert von 2 Mrd. US\$ beschlagnahmt wurden.¹⁵

Die Unterzeichnung des Vertrages über die FOL in Manta erfolgte im selben Jahr wie der Beginn des „Plan Colombia“. Damit wurde die FOL, ca. 400 km von der kolumbianischen Grenze entfernt, zu einer der wichtigsten Basen in Lateinamerika und gleichzeitig zu einem wichtigen Bestandteil dieses Programms, weshalb sie als „Auge und Ohr“ des Plan Colombia bezeichnet wird.¹⁶ Die Unterzeichnung des Vertrages war in Ecuador höchst umstritten. Neben der undemokratischen und verfassungswidrigen Art der Ratifizierung¹⁷ wurde befürchtet, mit Manta würde das Land tiefer in den Konflikt in Kolumbien verstrickt werden, was sich auch bestätigte.¹⁸ Auch der Inhalt des Vertrages selbst sorgte für Unmut. Durch ihn können die USA den Luftstützpunkt Eloy Alfaro, den Hafen von Manta und weitere mit der Basis verbundene Installationen kostenlos nutzen. Die USA erhielten zudem die Genehmigung, den ecuadoriani-

schen Luftraum zu durchfliegen. „Für die Angestellten in der Militärbasis wurde ein juristischer Sonderstatus vereinbart, der dem von amerikanischen Botschaftsangeestellten gleicht. Nicht permanent in Manta stationiertes Personal wurde befähigt, ohne Pässe und Visa, sondern lediglich mit ihrer Identifikation als Amerikaner in Ecuador ein- und auszureisen. Ecuador erklärt in dem Abkommen seinen Verzicht auf jegliche Entschädigungen für mögliche Verletzungen oder Todesfälle von Personen oder für Schäden, Verlust oder Zerstörung von Regierungsgütern“.¹⁹

Die im Vertrag festgelegten Rechte gelten ausdrücklich nur für die Drogenbekämpfung, was jedoch offensichtlich nicht eingehalten wurde. Vor allem im Zusammenhang des Konfliktes in Kolumbien wurde Manta mehrfach zur Bekämpfung der Guerillaorganisationen genutzt. „Die USA sind mit militärischer Unterstützung und der Bereitstellung von Geheimdienstinformationen für die Regierung in Bogota in deren Krieg gegen die Guerilla tief verstrickt. [...] US-Offiziere sprechen von ‚Narcoguerilla‘ oder ‚Narcoterroristen‘ [...]. Die Unterscheidung zwischen Aufstands- und Drogenbekämpfung ist so weit verschwommen, dass sie fast bedeutungslos geworden ist“²⁰, so das Transnational Institut (TNI) in einer sehr guten Studie zu den Militärbasen in Lateinamerika. Zusätzlich zur Aufstandsbekämpfung in Kolumbien seien „die Kontrolle des illegalen Waffenhandels in der Region, die Migrationskontrolle und möglicherweise die Unterstützung des Putsches gegen Venezuela [...] Anzeichen dafür, dass die FOL zu anderen Zwecken genutzt wird, als dies in den Verträgen festgelegt wurde“.²¹

Die Vorwürfe im Zusammenhang mit der Bombardierung von FARC-Guerilleros auf ecuadorianischem Territorium Anfang März 2008 scheinen die Befürchtungen des TNI zu bestätigen. Die Nachrichtenagentur IPS zitiert einen ecuadorianischen Militär, die Informationen über den Ort des FARC-Lagers stammten von der Basis in Manta. Auch seien die Flugzeuge, die das Lager bombardiert haben, US-amerikanische gewesen.²²

Doch nicht nur die FARC, sondern auch Migranten sind ins Visier von Manta geraten. Im Juni 2005 veröffentlichte die Latin American Human Rights Association (ALDHU) einen Bericht, nach dem seit 2001 acht zivile Schiffe durch die US-Marine versenkt worden seien. Fünf dieser Schiffe hätten Migranten ohne Papiere an Bord gehabt, die anderen seien Fischerboote gewesen. Der Generalsekretär der ALDHU sagte nach Vorlage des Berichtes, die

Kriegsschiffe der US-Marine durchsuchten die Fischerboote gezielt nach Migranten. Das Personal, das sich der US-Botschaft in Quito zufolge permanent in Manta aufhält, ist für das Abfangen von Migranten auch bestens ausgebildet. Es seien vor allem Angehörige „des Zolles, der Küstenwache und des Department of Homeland Security“.²³

Die verzweifelte Suche nach Alternativen zu Manta

Auch wenn sich die USA um eine Verlängerung des Vertrages über die Nutzung der Militärbasis in Manta bemüht haben, er läuft 2009 aus und wird nicht mehr verlängert werden. Ende September 2008 wurde in Ecuador eine neue Verfassung per Referendum angenommen. Artikel 5 besagt: „Ecuador ist ein Territorium des Friedens. Die Etablierung von ausländischen Militärbasen oder anderen militärischen Einrichtung ist verboten. Nationale Militärbasen dürfen ausländischen Streitkräften oder Sicherheitseinrichtungen nicht zur Verfügung gestellt werden“.

Die USA suchen nun nach einem Standort für eine neue Basis, um das seit 1999 gut funktionierende Netz von Überwachung und Kontrolle nicht zerreißen zu lassen. Dies gestaltet sich jedoch derzeit schwierig. Verschiedenen Zeitungsberichten zufolge, laufen Verhandlungen mit Kolumbien und Peru. Angesichts der Präsenz von US-Militär in Kolumbien und der Möglichkeit, mit einer Basis in Peru auch Bolivien in den Überwachungsradius einzubeziehen, scheint die Präferenz der USA auf Peru zu liegen.

Kolumbien und Peru sind grundsätzlich bereit, eine Militärbasis errichten zu lassen, andere lateinamerikanische Regierungen versuchen dies jedoch zu verhindern. So hat Morales die möglichen Gespräche über eine Militärbasis in Peru scharf kritisiert. Eine solche Entscheidung könne nicht von einer einzelnen Regierung getroffen werden, da in einem solchen Fall Bolivien im Überwachungsradius der Basis läge.

Doch sind die Militärbasen nicht die einzige Möglichkeit, um in Lateinamerika mit militärischem Personal und Ausrüstung präsent zu sein. Über Übungen und Einsätze – im allgemeinen als „humanitär“ betitelt – waren dieses Jahr fast permanent US-amerikanische Soldaten und militärische Ausrüstung in und vor Lateinamerika präsent (s. rechte Karte).

Durch diese Übungen und Einsätze können US-amerikanische Soldaten und Kriegsgerät in der Region temporär sta-



tioniert sein, ohne dass dies als eine allzu große Einmischung in interne Angelegenheiten wahrgenommen wird. Andererseits müssen Manöver mit einer Kriegsflotte vor den Küsten Lateinamerikas als Warnung an „nicht-befreundete“ Regierungen verstanden werden. Gleiches gilt für Einheiten der US-Armee, die auf dem Festland Übungen und „humanitäre Einsätze“ durchführen. Im Rahmen von „Nuevas Horizontes“ in Peru beispielsweise sind die US-Soldaten ausgerechnet in einer Region eingesetzt, die als Coca-Anbaugebiet gilt und in der noch vereinzelt Guerilla-Gruppen aktiv sind. Die Präsenz der US-Soldaten wird von der dort lebenden Bevölkerung als Bedrohung wahrgenommen.²⁴

An den Marineübungen sind meist auch Flugzeugträger beteiligt, die die Funktion von FOLs übernehmen können. So könne sie als Basis für Aufklärungsflugzeuge oder anderes militärisches Gerät dienen, zudem

sind sie mit Überwachungstechnik ausgerüstet.

Allerdings müssen die Übungen immer wieder aufs Neue mit den betroffenen Regierungen in Lateinamerika ausgehandelt werden. Daher wurde die IV. Flotte wiederbelebt.

Die IV. Flotte

Sie wurde während des zweiten Weltkrieges zum Schutz der lateinamerikanischen Küste und der Karibik vor deutschen U-Booten geschaffen und 1950 wieder aufgelöst. Die jetzt neu aufgestellte Flotte untersteht dem SouthCom und ist seit Juli 2008 im Einsatz. Sie umfasst u.a. einen Flugzeugträger und U-Boote und soll in der Karibik und an der Küste Lateinamerikas patrouillieren.²⁵

Die Wiederbelebung der IV. Flotte ist nicht nur Reaktion auf die zunehmenden

Schwierigkeiten an Land, sondern eine konsequente Umsetzung der 2007 veröffentlichten Strategie der Marine, der Marineinfanterie und der Küstenwache.²⁶ Darin wird die zunehmende Bedeutung der Meere und der Küsten zur militärischen Durchsetzung von Interessen begründet. Die Marine könne Zugang zu Regionen schaffen, die ansonsten nur schwer zugänglich seien. Die militärische Präsenz vor den Küsten sei zudem im Gegensatz zur Präsenz auf fremdem Territorium billiger und von politischen und sozialen Veränderungen unabhängiger. Zudem diene die Marine vor den Küsten von Einsatzgebieten der Unterstützung militärischer Operationen. Besonders notwendig sei ein verstärkter Einsatz vor Afrika und Lateinamerika. Gefahren der Sicherheit der USA müssten weit weg von den eigenen Küsten gebannt werden.

Frank Mora, Professor am National War College, meint: „[die IV. Flotte] gibt der Navy ein stärkeres Profil in der Region [...] Es sendet eine Nachricht an die Region, dass sie wichtig ist, in einer Zeit, in der es scheint, wir würden uns nicht um sie kümmern“.²⁷ Zudem würde die IV. Flotte das SouthCom wieder aufwerten, wie es der Miami Herald schrieb: „[Sie] hebt das SouthCom wieder auf Augenhöhe mit anderen Außenposten des Pentagons, die ein höheres Budget und größere Muskeln haben“.²⁸

Die USA versuchen die Flotte als eine schwimmende Hilfsorganisation zu verkaufen. Der Oberbefehlshaber des SouthCom, James Stavridis, beteuert, die Aufgaben seien humanitäre Hilfe, Katastrophenschutz und Umweltschutz (sic!). Sie diene der Zusammenarbeit beim Kampf gegen den Drogenhandel und bei der Regulierung und Abwehr von Massenmigration in die

USA, vor allem in der Karibik.²⁹

Die Regierungen in Lateinamerika sind angesichts der Zusammensetzung der Flotte nicht überzeugt, dass dies die wahren Motive sind. So erklärte u.a. der brasilianische Präsident Lula: „Mich beunruhigt die IV. Flotte. [...] Die IV. Flotte wird genau dort sein, wo wir erst vor kurzem Erdöl entdeckt haben. Also, wenn die USA sagt, dass die IV. Flotte im Gesundheitsbereich helfen soll, dann verstehe ich nicht warum, denn wir haben um eine solche Hilfe nicht gebeten“.³⁰ Einige Tage später kündigte er an, die brasilianische Marine zum Schutz der Ölplattform zu mobilisieren: „Die Männer der IV. Flotte sind schon da, praktisch direkt über den Erdölfeldern [...] Unsere Marine ist der Schutz unserer Ölplattform, denn ansonsten kommt jemand vorbei und sagt, das ist mein [Erdöl], denn es befindet sich am Meeresgrund“.³¹

Besorgnis hat auch die Aussage des Oberkommandierenden der Marine des SouthCom ausgelöst, der erklärte, man werde mit der IV. Flotte nicht nur im blauen, sondern auch im braunen Wasser (gemeint sind Flüsse) Übungen durchführen.

Die militärische Antwort auf soziale Probleme: die Strategie des SouthCom und die Militärhilfe

Die Vermischung von polizeilichen und militärischen Aufgaben und Aktivitäten wurde bereits mehrfach angedeutet. Besonders deutlich zeigt sich diese Entwicklung jedoch in der neuen Strategie des SouthCom. Die „Command Strategy des SouthCom 2016“ vom März 2007 zeigt, wie weit die Befugnisse des Kommandos ausgebaut werden sollen. Es versteht sich, der Stra-

ategie zufolge, als eine „führende gemeinschaftliche und überbehördlich orientierte Organisation“, die US-Interessen in Lateinamerika militärisch verteidigt. SouthCom hat demnach den Anspruch, die Aktivitäten verschiedener staatlicher (militärischer und ziviler) und nicht-staatlicher Akteure der USA in der Region im Kampf gegen die zahlreichen Bedrohungen zu koordinieren. Die Gefahr von zwischenstaatlichen Kriegen in der Region sei sehr gering, es gäbe jedoch zahlreiche andere „Herausforderungen“, die die Sicherheit der USA und die Stabilität der Region gefährdeten: Armut, Korruption, Terrorismus, Kriminalität, Drogen und Naturkatastrophen. Es sei notwendig, die Aktivitäten unterschiedlicher Akteure zur Bekämpfung dieser Probleme – auch der Armut – unter militärischer Führung zusammenzufassen.³²

Die spezielle Form der Militär- und Polizeihilfe bewirkt wiederum, die Grenzen zwischen militärischen und polizeilichen Aufgaben in den Ländern Lateinamerikas weiter zu verwischen. Offiziell gibt es Polizei- und Militärhilfe, da die Staaten nicht in der Lage seien, gegen Kriminelle, Migranten und Terroristen vorzugehen. Auch wenn erkannt wird, dass die Ursache von Konflikten Armut und Ungleichheit sind, ist die Antwort auf die Probleme die Stärkung des Militärs und der Polizei, die gemeinsam die innere Sicherheit gewährleisten sollen. Damit wird, nicht einmal 20 Jahre nach dem Ende der letzten Militärdiktatur in Lateinamerika, darauf gedrängt und finanziell unterstützt, das Militär wieder als innenpolitischer Akteur zu stärken.

Militär- und Polizeihilfe der USA an Lateinamerika sind seit 2005 kontinuierlich gestiegen. Waren es 2005 noch 800 Mio US\$, sind für 2009 1,2 Mrd. beantragt worden. Auch wenn dieses zusätzliche Budget im Rahmen der Merida-Initiative vor allem nach Mexiko fließt, wurde auch für die meisten anderen lateinamerikanischen Staaten das entsprechende Budget erhöht.

Die Merida Initiative ist ein Abkommen zwischen Mexiko, den zentralamerikanischen Staaten und den USA, das Mittel zur militärischen und polizeilichen Aufrüstung enthält, die offiziell der Bekämpfung des Drogenhandels, transnationaler Kriminalität und illegale Migration dienen soll. Für das Abkommen beantragte die US-Regierung 550 Mio. US\$ im Nachtragshaushalt für 2008, der Kongress genehmigte 450 Mio., wovon 400 an Mexiko und 50 Mio. an die Länder Zentralamerikas gingen. Für 2009 hat die Regierung erneut 550 Mio. beantragt, der Kongress hat bisher nicht



Riot-Controll in der Dominikanischen Republik während der Tradewinds-Übung 2008

darüber entschieden. Das Paket enthält Mittel zur Sicherheitssektorsreform, zur Drogenbekämpfung und zur Herstellung der öffentlichen Sicherheit und der Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit. Begründet wird die Initiative mit dem Drogenimport über Mexiko in die USA und der zunehmenden Kriminalität in Mexiko. Da es sich hierbei um soziale Probleme handelt, gibt es harsche Kritik an der Initiative, die auf diese Probleme ausschließlich militärisch und polizeilich reagiert. In Anlehnung an den „Plan Colombia“, der mit ähnlichen Mitteln seit 1999 offiziell versucht, Kriminalität und Drogen in Kolumbien zu bekämpfen und dabei hoffnungslos scheitert, wird vom „Plan Mexiko“ gesprochen.

Mitglieder des mexikanischen Kongresses kritisierten die Initiative, da man sich den Interessen der USA weiter unterordne. Sie diene auch dem Schutz der USA vor terroristischen Angriffen aus Mexiko und der Abschottung der Südgrenze Mexikos, um die Migration aus Lateinamerika in die USA zu verringern, so die mexikanische Außenministerin. „Warum sollten wir zulassen, dass sich die Drogenbekämpfung mit dem Thema der Migration vermischt und die Illegalen an der Süd- und Nordgrenze wie Terroristen behandelt werden?“³³, fragt sich Senator Ricardo Monreal Àvila. Laura Clasen von Foreign Policy in Focus kritisiert: „[es] wird nicht zwischen internationalen Terroristen, Wanderarbeitern, politischen Demonstranten und Drogenhändlern unterschieden [...] Der Plan Mexiko zielt auf alle diese Gruppen gleich ab.“³⁴

Sorge bereitet auch eine mögliche Stationierung von US-Soldaten in Mexiko. Zwar behaupten beide Seiten, dies sei nicht vorgesehen, es ist jedoch fraglich, wie das Training von Militär und Polizei, die Einarbeitung im Umgang mit den Überwachungstechnologien und anderer Ausrüstung durch das US-Militär funktionieren soll, ohne in Mexiko präsent zu sein. Immer wieder wird der Vergleich zum Plan Colombia gezogen und man befürchtet, in Mexiko könnten Konflikte erst durch die Präsenz des US-Militärs entstehen.

Die Heritage Foundation begrüßt hingegen die Initiative, und fordert mehr Zugeständnisse Mexikos. So solle das US-Militär mexikanische Schiffe auch außerhalb der US-Hoheitsgewässer kontrollieren können. Auch solle auf schärfere Kontrollen an der Grenze zu Guatemala gedrängt werden.“³⁵

Die Merida-Initiative zeigt, wie die Militarisierung im Innern von Außen massiv gefördert wird. Beide Präsidentschaftskandidaten in den USA begrüßen diese Form der Lateinamerikapolitik. So emp-

fahl Obama, die Merida-Initiative auf ganz Lateinamerika auszuweiten.³⁶

Anmerkungen

¹ CFR (2008): U.S.-Latin America Relations: A New Direction for a New Reality; URL: <http://tinyurl.com/4we9we>

² Ellis, R.Evans (2006): The military-strategic dimensions of chinese initiatives in Latin America; URL: <http://tinyurl.com/3e63zt>

³ H.Res. 435; URL: <http://tinyurl.com/3pzcno>

⁴ Walser, Ray (2008): Terrorism, insurgency, and drugs still threaten America's southern flank; URL: <http://author.heritage.org/Research/LatinAmerica/bg2152.cfm>

⁵ "Russia courts leftists in Latin America, Washington Times, 19.09.08; URL: <http://tinyurl.com/4lxpkj>

⁶ Rede von James Hill vor dem US-Senat 2004; URL: <http://tinyurl.com/3hga2p>

⁷ Statement on H.Res.435; URL: <http://tinyurl.com/3od8j6>

⁸ TNI (2004): Latin America 2020; URL: <http://tinyurl.com/4skfqc>

⁹ Rede von James Hill vor dem US-Senat 2004; URL: <http://tinyurl.com/3hga2p>

¹⁰ United States Southern Command Command Strategy 2007; URL: <http://www.southcom.mil/AppsSC/files/0UI01175252190.pdf>

¹¹ Hill, James (2003): Colombia: Key to Security in the Western Hemisphere; URL: <http://www.heritage.org/Research/LatinAmerica/HL790.cfm>

¹² Rede des Generals Charles Wilhelm vor dem Senat, September 1999; URL: <http://drugcaucus.senate.gov/colombia99wilhelm.html>

¹³ General Accounting Office (2000): International Counterdrug Sites being developed; URL: <http://www.gao.gov/new.items/d0163br.pdf>; 15

¹⁴ Ana Ester Cecena: Álvaro Uribe y la base de Manta; URL: <http://tinyurl.com/4zgu6f>

¹⁵ Logan, Sam (2007): US faces eviction from Ecuadorian Base; URL: <http://www.globalpolicy.org/empire/challenges/general/2007/0112ecuadorevict.htm>

¹⁶ "Washington busca en Colombia y Peru reemplazo a la base de Manta"; ABN, 15.05.08 URL: http://www.abn.info.ve/reportaje_detalle.php?articulo=764

¹⁷ Edwards, Sandra (2007): The U.S. Forward Operating Location in Manta: The Ecuadorian Perspective; URL: <http://www.wola.org/media/March%202007%20Manta%20Memo.pdf>; S. 3

¹⁸ Burbach, Roger (2007): Ecuador's leftist new leader sizes up the U.S.; URL: <http://tinyurl.com/4m592f>

¹⁹ Jäger, Thomas u.a. (2007): Die Tragödie Kolumbiens: Staatszerfall, Gewaltmärkte und Drogenekonomien, Wiesbaden; S. 263.

²⁰ Amira Armenta u.a. *Marineübung im Rahmen von UNITAS-Pacific*

(2003): Forward Operation Location in Latin America: Transcending Drug Control; URL: [http://www.tni.org/reports/drugs/debate8.pdf?; S. 3](http://www.tni.org/reports/drugs/debate8.pdf?;S.3)

²¹ Ders.; S. 20

²² "El dilema de la base de Manta", IPS, 19.03.08; URL: <http://ipsnoticias.net/nota.asp?idnews=87834>

²³ Stellungnahme auf der Seite der US-Botschaft in Bogota, URL: http://ecuador.usembassy.gov/topics_of_interest/manta-fol.html

²⁴ "EE.UU. 'no planea base en Perú'", 19.07.08 BBC; URL: http://news.bbc.co.uk/hi/spanish/latin_america/newsid_7462000/7462705.stm

²⁵ "US fleet on Latin American patrol", BBC 23.07.08; URL: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/7484039.stm>

²⁶ "Fourth Fleet reborn to provide maritime security in Latin America", 23.07.08; URL: <http://tinyurl.com/4btwmn>

²⁷ "Navy Mulls Reviving the Fourth Fleet", Miami Herald, 15.01.08; URL: <http://www.military.com/NewsContent/0,13319,160064,00.html>

²⁸ ders.

²⁹ "Quo vadis Cuarta Flota?", Pagina 12, 09.07.08; URL: <http://www.pagina12.com.ar/diario/elpais/1-107473-2008-07-09.html>

³⁰ "Preocupación por el pase en la IV Flota, tras el hallazgo de petróleo", Clarín, 07.09.08; URL: <http://www.clarin.com/diario/2008/09/07/um/m-01755406.htm>

³¹ "Nueva advertencia de Lula contra la IV Flota de EE.UU.", Clarín, 19.09.08; URL: <http://www.clarin.com/diario/2008/09/19/elmundo/i-01763138.htm>

³² United States Southern Command Command Strategy 2007; URL: <http://www.southcom.mil/AppsSC/files/0UI01175252190.pdf>

³³ "Proteger del terrorismo a EU, otro fin de la Iniciativa Mérida", La Jornada, 25.10.07; URL: <http://tinyurl.com/4q65mq>

³⁴ Carlsen, Laura (2007): Plan Mexico; URL: <http://www.fpi.org/fpifxt/4684>

³⁵ Walser, Ray (2008): Mexico, drug cartels, and the Merida Initiative: a fight we cannot afford to lose; URL: http://www.heritage.org/research/LatinAmerica/upload/bg_2163.pdf

³⁶ Obama, Barack (2008): A New Partnership for the Americas; URL: <http://tinyurl.com/4mo6ej>



Militärische Meeresabenteuer der Europäischen Union und Deutschlands mit langfristigen Folgen

von Tobias Pflüger

Nachdem schon lange Pressemeldungen über einen bevorstehenden EU-Militäreinsatz gegen Piraterie insbesondere vor der Küste Somalias kursierten, beschloss der EU-Rat am Freitag den 19. September 2008 eine entsprechende „Gemeinsame Aktion“.

Die so genannte NAVCO-Mission soll in einer ersten Stufe militärische Koordinierungshilfe für bereits vor Ort befindliche Kriegsschiffe verschiedener EU-Staaten leisten. Darüber hinaus ist NAVCO aber die Vorstufe für den ersten maritimen EU-Militäreinsatz überhaupt. Er soll Ende des Jahres vor der Küste Somalias beginnen. Auch Deutschland will sich an ihm beteiligen.

Der zuständige Ausschuss des Europäischen Parlamentes, der Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung, wurde vom Beschluss des Rates erst am folgenden Montagabend offiziell informiert. Am Dienstagabend gab es dazu eine Debatte im Plenum des Europäischen Parlamentes mit „Informationen“ über diesen EU-Militäreinsatz durch den Verkehrskommissar und den für Verkehrspolitik zuständigen Vertreter der französischen Ratspräsidentschaft. Völlig fehlten in der Debatte die für Außen- und Militärpolitik zuständigen Rats- und Kommissionsvertreter.

Diese Informationspolitik des EU-Rates und der EU-Kommission zum bevorstehenden EU-Militäreinsatz gegen Piraterie ist völlig inakzeptabel, das EU-Parlament wird wieder als lästiges Gremium bei der schnellen Entwicklung der EU-Militärpo-

litik behandelt.

Dabei hat es der EU-Ratsbeschluss in sich:
- Erstmals wird die Seesouveränität eines Landes entscheidend eingeschränkt.
- Es gibt eine direkte und indirekte Zusammenarbeit einer EU-Militärmission mit dem US-geführten Kampfeinsatz „Operation Enduring Freedom (OEF)“. Sogar eine Zusammenarbeit mit der „Operation Iraqi Freedom“ (OIF), also dem völkerrechtswidrigen Krieg in Irak, ist möglich.
- Die französische Regierung, die immerhin derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, wollte nach BBC-Angaben eine Generalvollmacht für militärische Kampfeinsätze gegen Piraterie auf allen Weltmeeren. Dazu ist es zum Glück nicht gekommen.
- Doch die EU-Militärmission soll nach Angaben des deutschen Militärministers Franz-Josef Jung nicht „nur“ auf die Küsten Somalias begrenzt bleiben, auch vor Kenia sollen EU-Kampfeinsätze gegen Piraten durchgeführt werden. Auf welcher Rechtsgrundlage das geschehen soll, bleibt Jungs Geheimnis. Der Beschluss des UN-Sicherheitsrates vom 02. Juni 2008 gibt das auf jeden Fall nicht her.
- Die EU-Militärmission soll über den so genannten ATHENA-Mechanismus finanziert werden, diesmal sogar die „operation expenditure“.

Offensichtlich plant auch die NATO eine entsprechende Militäraktion und die EU-Kommission will das „Stabilitätsinstrument“ für den Kampf gegen Piraten nutzen. Schon jetzt sind Angriffseinsätze der Bundeswehr gemeinsam mit französi-

schen Soldaten durchgeführt worden.

De facto wird die von Äthiopien und den USA in Somalia installierte „Regierung“ durch diese EU-Militäreinsätze mit deutscher Beteiligung gestützt. Zentral ist aber offensichtlich die militärische Absicherung des Zugangs zu Rohstoffen, vor allem zum Öl. Der „Kampf gegen Piraten“ scheint bei den Verantwortlichen der EU und der deutschen Politik alle Hemmungen zu beseitigen. Das Völkerrecht als Grundlage internationaler Politik wird in Frage gestellt.

Die somalischen Piraten setzen sich überwiegend aus ehemaligen Fischern zusammen, deren Existenzgrundlage durch europäische Fangflotten buchstäblich weggefischt wurde. Vor diesem Hintergrund wären Maßnahmen, die die strukturellen Ursachen der Piraterie angehen, sicher wesentlich Erfolg versprechender, als der Versuch, das Problem militärisch zu bekämpfen. Hierfür müssten allerdings zuallererst die Fischereifangflotten zurückgepiffen und parallel dazu ein vernünftiges Reintegrationsprogramm für die verarmten Fischer gestartet werden. Stattdessen setzt die EU auf die militärische Karte, nicht zuletzt auch deshalb, um ihre Präsenz in der strategisch wichtigen Region auszubauen.

Die EU und Deutschland betreiben mit der Installierung dieses EU-Kampfeinsatzes eine gefährliche Kanonenbootpolitik und eine weitere Militarisierung der EU. So artet der Kampf gegen Piraten in offenen Krieg aus.



Lissabon-Vertrag hin oder her - das militärische Kerneuropa soll kommen!

Der European Council on Foreign Relations fordert ein Militärdirektorium - auch ohne neuen EU-Vertrag

von Jürgen Wagner

Einleitung

Das NEIN der irischen Bevölkerung zum Vertrag von Lissabon beim Referendum am 12. Juni hat den EU-Militaristen einen schweren Schlag versetzt. Ziel des Vertrages war es schließlich explizit zur Stärkung der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (ESVP) beizutragen und damit die Militarisierung der Europäischen Union massiv voranzutreiben - nun fehlt zahlreichen der geplanten Militarisierungsinitiativen schlicht die Rechtsgrundlage. Weder kann nach gegenwärtigem Stand erstmals ein EU-Rüstungshaushalt aufgestellt werden noch ist es (vorläufig) möglich, EU-Militär innerhalb der Union einzusetzen, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Ein besonderes Ärgernis stellt für die EU-Eliten die Tatsache dar, dass ohne den Vertrag von Lissabon die - in ihrer Tragweite häufig unterschätzte - „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ wieder in der Versenkung zu verschwinden droht. Denn mit diesem Mechanismus würde erstmals die Bildung eines Kerneuopas im Militärbereich möglich - die kleinen und mittleren EU-Länder könnten dadurch von wesentlichen außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden. Deshalb setzt man derzeit alles daran, den Vertrag doch noch verabschiedet zu bekommen, indem die Iren massiv unter Druck gesetzt werden.¹ Da aber ein endgültiges Scheitern des Vertrages durchaus im Bereich des Möglichen liegt, werden gegenwärtig auch fieberhaft Alternativen ausgearbeitet.

In diesem Zusammenhang sicherte sich der neu gegründete European Council on Foreign Relations (ECFR) die Dienste eines echten Hochkaräters. Er verpflichtete als leitenden Wissenschaftler für Politikberatung den Briten Nick Witney, bis 2007 noch Chef der Europäischen Verteidigungsagentur. Dieser legte Ende Juli 2008 einen 52seitigen Forderungskatalog zur „Revitalisierung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ vor, der aus zwei Gründen von großer Relevanz ist: Einerseits, weil damit der European Council on Foreign Relations seinem erklärten Anspruch gerecht zu werden droht, sich

zur zentralen Schaltstelle für die Forcierung der EU-Militarisierung aufzuschwingen. Auf der anderen Seite handelt es sich bei der Studie um die bis dato detailliertesten Überlegungen, wie ein Kernbereich des Lisabonner Vertrages, die besagte „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“, im Falle seines endgültigen Scheiterns dennoch implementiert werden könnte. Witneys Vorschläge sind von höchster Brisanz, will der Brite doch mit einem dreistufigen Selektionsprozess die militärpolitische Spreu vom Weizen trennen und damit letztlich den Weg zur Bildung eines Militärdirektoriums bestehend aus den mächtigsten EU-Staaten ebnen. Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, dass diese Initiative in den großen Mitgliedsländern wohlwollend aufgegriffen wurde.

Da alle kleinen und mittleren EU-Länder sich damit künftig mit dem Platz am militärpolitischen Katzentisch zufrieden geben müssten, ist die entscheidende Schwachstelle des Witney-Konzepts die Tatsache, dass die hierdurch massiv benachteiligten Länder nach gegebener Rechtslage zuvor ihrer eigenen Marginalisierung auch noch

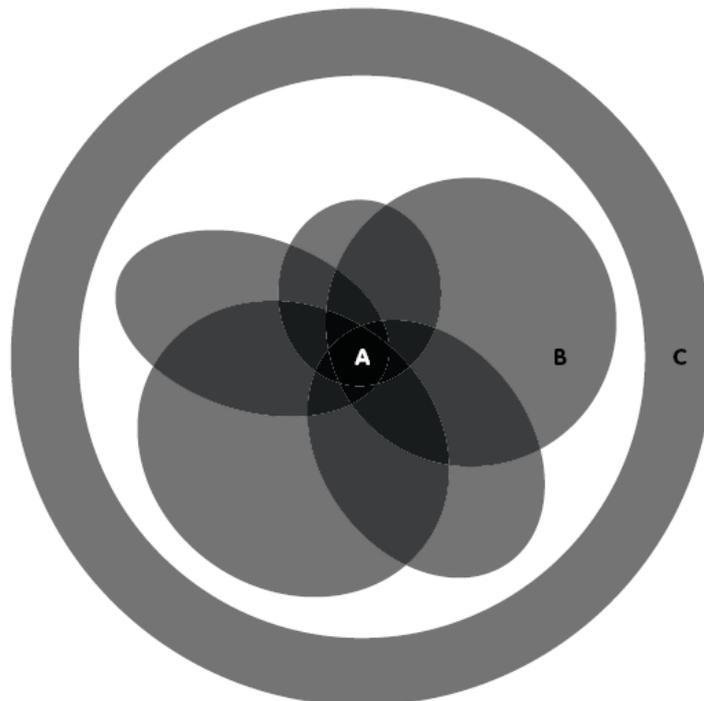
zustimmen müssten. Deshalb ist es notwendig, seine Vorschläge als das zu entlarven, was sie sind: der Versuch einen Kernbereich der EU-Politik in den Händen einiger weniger Staaten zu konzentrieren.

Bevor in dieser Studie nun die Ursprünge des Kerneuropa-Konzepts, dessen Verankerung im Vertrag von Lissabon und die neuen Versuche, das EU-Militärdirektorium durch die Hintertür umzusetzen, näher beschrieben werden, soll zunächst noch auf den European Council on Foreign Relations eingegangen werden, der Witneys Vorschläge publizierte.

ECFR: Europas Militärelite formiert sich

In den letzten Jahren hat sich eine wachsende Anzahl von Think Tanks um die immer aggressiver werdende EU-Militärpolitik „verdient“

A Model for Pioneer Groups in European Defence



A
The core grouping of Member States: those who contribute most to most

B
Different sub-groups cooperating on e.g. defence research, or shared capabilities

C
Member States not yet satisfying the initial entry criteria

gemacht.² Allerdings wird dennoch häufig darüber geklagt, es fehle an einem hinreichend profilierten Sammelbecken, das Elitendiskussionen zusammenführt und die dort vereinbarten Forderungskataloge anschließend effektiv in die Debatte einspeist. Und in der Tat, ein wirkliches Flaggschiff - ähnlich dem US-amerikanischen Council on Foreign Relations mit seinem publizistischen Aushängeschild "Foreign Affairs" - fehlt bislang.

Genau diese Lücke soll der im Oktober 2007 gegründete privat finanzierte European Council on Foreign Relations (ECFR) schließen. Zahlreiche Beobachter bescheinigen dem ECFR, er habe durchaus das Potenzial, innerhalb kürzester Zeit zum relevantesten EU-Think Tank aufzusteigen. So bescheinigt der Finne Martti Ahtisaari, ECFR-Gründungsmitglied und als UN-Sondergesandter für das Kosovo maßgeblich an der endgültigen Zerschlagung Jugoslawiens beteiligt, dem Think Tank eine glänzende Zukunft: „Der European Council on Foreign Relations ist von zentraler Bedeutung dafür, Kanäle für eine offene Debatte in Europa zu schaffen. Der ECFR setzt sich für die Notwendigkeit ein, dass Europa ein wichtiger, einheitlicher, couragierter, innovativer und kohärenter Akteur wird. Ich erachte den ECFR als entscheidend für die Förderung dieser Vision in einer sich globalisierenden Welt.“³ Ganz ähnlich äußerte sich der deutsche Ex-Außenminister Joschka Fischer: „Das internationale System benötigt im 21. Jahrhundert eine starke und vereinte Europäische Union und das ECFR wird hierfür einen wichtigen Beitrag leisten.“⁴ Betrachtet man die Liste der 50 Gründungsmitglieder, scheinen solche Einschätzungen alles andere als abwegig, umfasst sie doch das Who-is-Who der außenpolitischen EU-Elite (siehe Kasten).

Interessant ist dabei auch - und das könnte die tatsächliche Relevanz des ECFR ausmachen -, dass die Liste der Gründungsmitglieder Vertreter aus den zwei rivalisierenden Lagern vereint. Sie vereint sowohl Transatlantiker, die für eine enge Kooperation mit den USA plädieren als auch Eurochauvinisten, die explizit den US-Vormachtstatus in Frage stellen. Dem ECFR kommt in diesem Kontext die Funktion zu, gegensätzliche Vorstellungen zusammenzuführen, Gegensätze einzuebrennen und so zu verhindern, dass die Formierung eines aggressiven EU-Militärblocks von taktisch-strategischen Differenzen innerhalb der Eliten behindert wird. Denn der Aufbau eines EU-Militärapparats zur aggressiven Durchsetzung eigener Interessen stellt ungeachtet aller Differenzen das

einigende Band dar. Kurz: die Aufgabe des ECFR ist es laut Eigenbeschreibung, dafür zu sorgen, dass die Europäische Union „mit einer Stimme spricht“, um die „Weltordnung zu gestalten.“⁵

Die ECFR-Selbstdarstellung, der alle 50 Gründungsmitglieder zugestimmt haben, ist nichts anderes als ein Manifest für eine offensiv ausgerichtete EU-Außen- und Militärpolitik: „Wir rufen die europäischen Regierungen dazu auf, eine kohärentere und entschlossenerere Außenpolitik zu entwickeln, die sich nach unseren gemeinsamen Werten richtet, unseren gemeinsamen europäischen Interessen verpflichtet ist und von europäischer Macht gestützt wird. [...] Die EU-Außenpolitik sollte von Europas kompletter ökonomischer, politischer, kultureller und - als letztem Mittel - militärischer Macht unterstützt werden.“⁶

In der Selbstdarstellung findet sich sogar der vom ECFR-Geschäftsführer Mark Leonard geprägte Begriff von Europa als „transformativer Macht“. Dies ist eine Anspielung auf die Absicht, ein imperiales Großeuropa zu schaffen, in dem Europa seine Machtposition für die Durchsetzung neoliberaler Reformen und eine periphere Anbindung der Nachbarschaftsländer an das EU-Zentrum nutzt. Laut Leonard, der diesen imperialen Großraum als „Eurosphere“ bezeichnet, sollen insgesamt 80 Staaten in dieses Projekt einbezogen werden.⁷ Dies deckt sich exakt mit den Präferenzen des ECFR-Hauptfinanziers, des Multimilliardärs George Soros bzw. seines Open Society Institutes, das bereits bei den pro-westlichen Umstürzen auf dem Balkan und bei den „bunten“ Revolutionen in Osteuropa eine tragende Rolle gespielt hat.⁸

Vor dem Hintergrund dieser Agenda ist es nicht weiter verwunderlich, dass sämtliche ECFR-Mitglieder für die Fortsetzung - ja Intensivierung - der EU-Militarisierungsagenda plädieren. Aus diesem Grund will man sich von dem drohenden Scheitern des Vertrags von Lissabon auf keinen Fall die Suppe versalzen lassen. Deshalb veröffentlichte der ECFR kurz nach der irischen Ablehnung eine Presseerklärung, in der er unmissverständlich untermauerte, dass trotz allem Kurs gehalten werden müsse: „Die EU kann es sich nicht leisten, zum Symbol für Schwäche und Niedergang zu werden.“⁹ Gesagt, getan. Angesichts einer vom Scheitern des Vertrages möglicherweise ausgelösten „Paralyse“ der EU-Militarisierung geht das ECFR nun in die Offensive und versucht die Pläne für ein militärisches Kerneuropa, das schon seit Langem weit oben auf der Wunschliste der EU-Großmächte steht, zu retten.

Die Anfänge des Kerneuropa-Prinzips

Hintergrund für die Idee eines Kerneuropas war die Sorge der mächtigsten EU-Staaten, angesichts der kontinuierlichen Erweiterung der Europäischen Union um immer mehr kleine und mittelgroße Länder, sukzessive an Macht einzubüßen.¹⁰ Charles Grant vom Centre for European Reform, fasste diese Überlegung folgendermaßen zusammen: „Nun, da die EU größer wird, müssen sich die kleinen Staaten damit abfinden, dass es schwieriger werden wird, die großen Mitglieder davon zu überzeugen, dass sie innerhalb des EU-Rahmens agieren sollen, anstatt in kleinen, informellen Gruppen.“¹¹ Mit anderen Worten, „die Regierungen der großen Staaten [...] sind der Auffassung, dass ihnen eine größere Rolle bei der Steuerung der Union zukommen sollte.“¹²

Es waren vor allem deutsche Politiker und Intellektuelle, die sich besonders dabei hervortaten, die Schaffung eines Kerneuropas voranzutreiben. Konzeptionelle Vordenker waren in diesem Zusammenhang die CDU-Politiker Wolfgang Schäuble und Karl Lamers. Sie plädierten bereits im Jahr 1994 in einem gemeinsamen Papier für die „Herausbildung eines Kerneuropas.“¹³ Einen weiteren wichtigen Impuls in diese Richtung gab Joschka Fischer in seiner Rede an der Humboldt-Universität sechs Jahre später, als er vorschlug, dass „eine kleinere Gruppe von Mitgliedstaaten als Avantgarde diesen Weg vorausgehen, d.h. ein Gravitationszentrum aus einigen Staaten bilden.“¹⁴ Aber auch in Frankreich hat sich diese Idee mittlerweile durchgesetzt, so sprach Ministerpräsident Jacques Chirac schon im Jahr 2000 von „Pioniergruppen“¹⁵ und auch sein Nachfolger Nicolas Sarkozy vertritt die Idee, einzelne Staaten müssten zum „Motor des neuen Europa“ werden.¹⁶

An Begriffen für die hiermit einhergehende Hierarchisierung Europas mangelt es nicht, es herrscht diesbezüglich eine geradezu babylonische Sprachvielfalt: „differenzierte Integration“; „flexible Integration“; „asymmetrische Integration“; „engere Kooperation“; „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“; „variable Geometrie“; „à la carte Europa“. Am treffendsten ist wohl aber das Bild vom „Europa der konzentrischen Kreise“, denn im Kern laufen all diese Bezeichnungen auf dasselbe Ergebnis hinaus. Mit dem Argument, man wolle lediglich die „Entscheidungsfähigkeit“ der Union sicherstellen, soll den kleinen und mittelgroßen Mitgliedern dauerhaft der Platz am politischen Katzentisch der Union zugewiesen werden.¹⁷

Gruselkabinet: Die ECFR-Gründungsmitglieder

Der European Council on Foreign Relations wurde im Oktober 2007 gegründet und unterhält seither Büros in sieben europäischen Großstädten – Berlin, London, Madrid, Paris, Rom, Sofia und Warschau. Die Liste der 50 Gründungsmitglieder umfasst das Who-is-Who der außenpolitischen EU-Eliten, darunter zahlreiche Hardliner. Hier eine Auswahl davon:

Mark Leonard (Großbritannien): Geschäftsführer des European Council on Foreign Relations. Ehemals Berater Tony Blairs und vormals Chef des Foreign Policy Centre. Propagandist eines von ihm als „Europasphäre“ bezeichneten imperialen EU-Großraums.

Robert Cooper (Großbritannien): Generaldirektor für Außenwirtschaftsbeziehungen und politisch-militärische Fragen im Generalsekretariat des Rates der EU. Wichtigster Berater des EU-Außenbeauftragten Javier Solana und führender Kopf einer von ihm selbst als „liberaler Imperialismus“ bezeichneten europäischen Außenpolitik. Hauptautor der Europäischen Sicherheitsstrategie.

Lionel Jospin (Frankreich): Ehemaliger Premierminister Frankreichs.

Karl-Theodor zu Guttenberg (Deutschland): Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages.

Ruprecht Polenz (Deutschland): Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des

Bundestages.

Joschka Fischer (Deutschland): Wolf im Schafspelz. Ehemaliger grüner Außenminister und treibende Kraft hinter der deutschen Beteiligung am Angriffskrieg gegen Jugoslawien.

Mary Kaldor (Großbritannien): Neben Herfried Münkler wichtigste Vertreterin der „Theorie“ der Neuen Kriege, das den EU-Interventionismus pseudoakademisch unterfüttert bzw. legitimiert.

Martti Ahtisaari (Finnland): Ehemaliger UN-Sondergesandter für das Kosovo. Verantwortlich für den Ahtisaari-Plan zur völkerrechtswidrigen Abspaltung des Kosovos von Jugoslawien. Präsident der Crisis Management Initiative.

Wolfgang Ischinger (Deutschland): Führender deutsche Balkan-„Diplomat“. Neuer Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, dem alljährlichen Treffen der westlichen Kriegselite.

George Soros (Ungarn): Selbsternannter Philanthrop. Hauptfinanzier des ECFR. Sein Open Society Institute war maßgeblich in die pro-westlichen Umstürze in Südost- und Osteuropa involviert.

George Robertson (Großbritannien): Ehemaliger NATO-Generalsekretär.

Chris Patten (Großbritannien): Ehemaliger



liger EU-Außenkommissar.

Giuliano Amato (Italien): Italienischer Innenminister.

Dominique Strauss-Kahn (Frankreich): Ehemaliger französischer Finanzminister. Heute Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds.

Pascal Lamy (Frankreich): Ehemaliger EU-Handelskommissar.

Caio Koch-Weser (Deutschland): Früher Vizepräsident und Managing Director der Weltbank, heute Vizepräsident der Deutschen Bank Gruppe und Mitglied im Kuratorium von Bertelsmann.

Renato Ruggiero (Italien): Ehemaliger italienischer Außenminister und früherer Generalsekretär der WTO.

Timothy Garton Ash (United Kingdom): Professor für Europäische Studien an der Universität von Oxford. Wichtiger Europaideologe.

Erste Umsetzungen im Wirtschaftsreich

Einen ersten Teilerfolg erlangte das Kerneuropa-Konzept mit dem im Jahr 1997 unterzeichneten Vertrag von Amsterdam, der die so genannte „enge Zusammenarbeit“ einführte. Sie ermöglicht es in Fragen, über die keine Einigung erzielt werden konnte, „voranzuschreiten“, indem sich einzelne Mitgliedsstaaten zu einer umsetzungswilligen Gruppe formieren, in der das Konsensprinzip nicht gilt. Allerdings wurde damals noch der komplette Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ausgeklammert und es mussten mindestens 50% der Mitgliedsstaaten Interesse an einer solchen Zusammenarbeit bekunden.¹⁸

Mit dem Vertrag von Nizza, den die Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 unterzeichneten, wurde das Limit auf acht Staaten herabgesetzt, womit die Bildung

einer solchen nun „verstärkte Zusammenarbeit“ genannten Avantgarde-Gruppe erheblich vereinfacht wurde. Denn im EUropa der 27 müssen sich somit weniger als 30% der Mitglieder (statt wie im Amsterdamer Vertrag noch die Hälfte) für eine solche Zusammenarbeit bereit erklären. Darüber hinaus wurde das Instrument zudem noch für den Bereich der GASP geöffnet, militärrelevante Fragen - also der Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik - blieben allerdings weiterhin explizit ausgenommen. Hiermit hatten sich die großen Mitglieder dennoch ein mächtiges Instrument verschafft, um bei Bedarf den Widerstand renitenter Staaten aushebeln zu können. „Eine Reihe von Studien haben die abschreckende Natur der verstärkten Zusammenarbeit herausgearbeitet. Die Drohung, sie zu benutzen, diene als Verhandlungsmittel, um die widerspenstigsten Mitgliedsstaaten zum Einlenken zu bewegen.“¹⁹

Kerneuropa im Vertrag von Lissabon

Bereits im Jahr 2003 forderten Jürgen Habermas und andere europäische Intellektuelle in ihrer einflussreichen Initiative zur „Wiedergeburt Europas“, die „verstärkte Zusammenarbeit“ auf militärrelevante Bereiche auszuweiten: „Wenn Europa nicht auseinanderfallen soll, müssen diese Länder jetzt von dem in Nizza beschlossenen Mechanismus der ‚verstärkten Zusammenarbeit‘ Gebrauch machen, um in einem ‚Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten‘ mit einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik den Anfang zu machen. [...] Das avantgardistische Kerneuropa darf sich nicht zu einem Kleineuropa verfestigen; es muß - wie so oft - die Lokomotive sein.“²⁰

Nahezu parallel flossen diese Überlegungen sowohl in den EU-Verfassungsvertrag als auch in seinen Nachfolger, den Vertrag von Lissabon (auch: EU-Reformvertrag)

ein.²¹ Die im Vertrag von Lissabon schließlich anvisierte „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (SSZ) würde erstmals die Bildung von Kerngruppen im Militärbereich erlauben. Darüber hinaus würde hierfür nicht einmal mehr eine Konsentscheidung benötigt, der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit eine SSZ beschließen. So schreibt der wissenschaftliche Dienst des Bundestages: „Nach dem [Vertrag von Lissabon] ist für die Einrichtung einer SSZ einschließlich der Liste der daran teilnehmenden Mitgliedstaaten ein Beschluss des Rates mit qualifizierter Mehrheit erforderlich. Innerhalb der SSZ gilt [...] das Prinzip der Einstimmigkeit - allerdings sind nur die sich an der SSZ beteiligenden Mitgliedstaaten stimmberechtigt.“²²

Dies ist umso problematischer, da für die SSZ keine Mindestteilnehmerzahl gilt, ja sogar Teilnehmer im Nachhinein wieder hinausgeworfen werden können - wiederum ohne dass sämtliche Beteiligten dem zustimmen müssten: „Sofern ein Mitgliedstaat nicht länger die Kriterien oder Verpflichtungen erfüllt, können die an der SSZ beteiligten Mitgliedstaaten diesen mit qualifizierter Mehrheitsentscheidung ausschließen [...]. Über die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten entscheiden ebenfalls lediglich die an der SSZ beteiligten Mitgliedstaaten mit qualifizierter Mehrheit.“²³ Berücksichtigt man zudem die Tatsache, dass mit dem Vertrag von Lissabon die Stimmgewichtung im Rat, die ja entscheidend für das Erreichen einer qualifizierten Mehrheit ist, ebenfalls stark zugunsten der Großmächte verschoben würde, gäbe es kaum Möglichkeiten, eine Ständige Strukturierte Zusammenarbeit zu verhindern, falls sich einige der großen EU-Staaten diesbezüglich einig sein sollten.

Dies ist für die kleinen und mittleren EU-Länder extrem Besorgnis erregend: zwar wird allenthalben betont, jedes Unionsmitglied dürfe sich beteiligen, niemand beabsichtige, irgendjemanden damit auszuschließen. Gleichzeitig wurde die Messlatte für die Beteiligung an einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit in Form diverser Eintrittskriterien so hoch angelegt wird, dass ein Großteil der kleineren EU-Länder daran scheitern wird, wie aus dem - verbindlichen²⁴ - Protokoll Nr. 10 des Reformvertrags ersichtlich wird:

„An der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit nach Artikel 28a Absatz 6 des Vertrags über die Europäische Union kann jeder Mitgliedstaat teilnehmen, der sich ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon verpflichtet,

a) seine Verteidigungsfähigkeiten durch

Ausbau seiner nationalen Beiträge und gegebenenfalls durch Beteiligung an multinationalen Streitkräften, an den wichtigsten europäischen Ausrüstungsprogrammen und an der Tätigkeit der Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung (Europäische Verteidigungsagentur) intensiver zu entwickeln und

b) spätestens 2010 über die Fähigkeit zu verfügen, entweder als nationales Kontingent oder als Teil von multinationalen Truppenverbänden bewaffnete Einheiten bereitzustellen.“ (Protokoll Nr. 10, Artikel 1)

Im Klartext sollen laut Vertrag von Lissabon nur die Staaten, die sich an den zentralen Rüstungsprojekten beteiligen und Battlegroups bereitstellen, künftig überhaupt die Chance eingeräumt bekommen, in zentralen sicherheitspolitischen Fragen mitreden zu dürfen. Diese Pläne bleiben schon jetzt nicht ohne Wirkung: Interne EU-Studien belegen, dass die Sorge, ggf. den Zugang zu diversen militärischen Exklusivgruppen verweigert zu bekommen, viele kleinere Länder zur Aufstellung von - kostspieligen - Battlegroups veranlasst hat.²⁵

Das Ziel: Ein „Direktorium“ für die EU-Außenpolitik

Die SSZ soll einerseits die Mitgliedsländer dazu veranlassen, mehr Geld in den Rüstungssektor zu pumpen, andererseits aber gleichzeitig auch exklusiv wirken.²⁶ Dies zeigen bspws. die Vorschläge von Pierre Lellouche, dem außenpolitischen Sprecher der Sarkozy-Partei UMP. Er sprach sich dafür aus, dass die sechs größten Mitgliedstaaten eine Ständige Strukturierte Zusammenarbeit bilden („Verteidigungs-G6“), wobei er aber als Teilnahmebedingung u.a. Rüstungsausgaben von 2% des BIP und die Aufstellung von Battlegroups im Umfang von 10.000, statt wie bisher von 1.500 Soldaten benennt.²⁷

Sarkozy selbst schlug noch im März 2008 vor, die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit dafür zu nutzen, ein „Direktorium“ für den Bereich der Militärpolitik bestehend aus Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Spanien und Polen zu bilden.²⁸ Nahezu identische Überlegungen stellte auch die einflussreiche Bertelsmann-Stiftung mit ihrer Forderung nach einem EU-Sicherheitsrat an: „Mit der Bildung einer Sicherheits- und Verteidigungs-Gruppe unter der Kontrolle des Europäischen Rates sollte ein neuer strategischer Sicherheitsrahmen errichtet

werden, um sicherzustellen, dass Führungsfunktionen innerhalb und nicht außerhalb des institutionellen Rahmens der EU wahrgenommen werden. [...] Eine Möglichkeit wäre, dass sich solch eine Führungsgruppe aus Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Polen und Spanien zusammensetzt.“²⁹

ECFR-Plädoyer für ein EU-Militärdirektorium - auch ohne Vertrag von Lissabon

Nick Witney fasst das Ziel des Lissabonner Vertrages folgendermaßen zusammen: „Es scheint, als ob der Vertrag mit der Idee entworfen wurde, eine Art Verteidigungseurozone mit einem harten Kern von sechs bis acht Staaten zu schaffen, die in Verteidigungsfragen schneller und weiter als die anderen voranschreiten.“³⁰ Nun, nachdem der Vertrag zu scheitern droht, macht sich Witney auf, das militärische Kerneuropa auf anderem Wege einzuführen.

Denn gleich zu Beginn seiner Studie lässt der Brite keine Zweifel daran aufkommen, dass die machtpolitischen Vorteile der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit zu verlockend sind, als dass man sich vom Scheitern des Vertrages in dieser Frage beirren lassen dürfte: „Ein besonderes Element des Lisabonner Vertrages, die Bestimmungen über die ‚Ständige Strukturierte Zusammenarbeit‘ im Verteidigungsbereich, wäre besonders hilfreich. Im Kern geht es dabei darum, einen ‚Pioniergruppenansatz‘ zu implementieren. [...] Sollte sich die Verabschiedung des Vertrages stark verzögern - oder noch schlimmeres passieren -, dann sollte das Model dennoch geschaffen werden, sodass soviel als möglich davon in die ESVP-Arbeit, wie sie gegenwärtig funktioniert, integriert werden kann. Die ESVP benötigt dringend Pioniergruppen und die Grundlage dafür, um dieses Konzept zu implementieren, existiert bereits mit der Europäischen Verteidigungsagentur.“³¹

Selbstredend betont Witney auch, dass Staaten, die seine Kriterien nicht erfüllen können oder wollen, keinerlei Einfluss auf die Ausgestaltung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit erhalten sollen: „Außen stehende dürfen keinen Platz am Tisch beanspruchen, damit sie nicht das ganze Unterfangen auf die Geschwindigkeit des Langsamsten herunterbremsen.“³² Nachdem er dies klargestellt hat, schlägt Witney einen dreistufigen Aussiebungsprozess vor, mit dem das militärische Kerneuropa Gestalt annehmen und die Spreu vom Weizen getrennt werden soll:

1. Vorsortierung durch Basiskriterien: Rüsten und Krieg führen

Eine erste Hürde stellt der ehemalige Chef der Verteidigungsagentur auf, indem er einige Minimalanforderungen benennt, ohne deren Erfüllung eine Teilnahme von vorneherein ausgeschlossen ist. Konkret wird die Richtgröße von Rüstungsausgaben in Höhe von mindestens 1% des BIP benannt. Um diese Hürde zu nehmen, soll es ebenfalls notwendig sein, mindestens ein Prozent der Gesamtheit der EU-Soldaten zu stellen.³³

2. Die Spreu vom Weizen trennen: Spezialisierte Pioniergruppen

Nachdem durch die Basiskriterien „vorsortiert“ wurde, soll in einem zweiten Schritt weiter ausgesiebt werden: „Spezielle Pioniergruppen sollten für die wichtigsten Bereiche für die Ankurbelung der Europäischen Verteidigungskapazitäten gegründet werden - militärische Kapazitätenentwicklung, Forschung und Entwicklung, Rüstung, etc. Jede dieser Gruppen würde ihre eigenen Qualifikationskriterien entwickeln.“³⁴ Auch wenn die konkreten Anforderungen hier völlig im Dunkeln bleiben, so dürfte die Messlatte für die Beteiligung an den spezialisierten Pioniergruppen deutlich höher liegen als die zuvor definierten Basiskriterien.

3. Who pays plays: Im Kern nur die Mächtigen

Der letzte Schritt dient schließlich offenbar dem Zweck, das sich hierdurch herauskristallisierende Kerneuropa möglichst klein zu halten: „Aus den spezialisierten Gruppen könnte eine Kerngruppe gebildet werden, die sich aus den Staaten zusammensetzt, die am meisten zu den meisten Aktivitätsbereichen beitragen.“³⁵ Zwar macht Witney auch hier keine genauen Angaben, wie der finale Selektionsprozess im Detail ablaufen soll. Da aber der „Einfluss proportional zu den Beiträgen jedes Landes“ sein soll³⁶, werden hiermit per Definition lediglich die reichsten und größten EU-Mitgliedsländer in die Lage versetzt, das anvisierte „Militärdirektorat“ zu bilden.

Schon die Basiskriterien schließen eine ganze Reihe von Ländern von vorneherein aus - nach gegenwärtigem Stand Österreich, Irland, Luxemburg, Malta, Bulgarien, Zypern und Griechenland. Welche Länder im zweiten Schritt auf der Strecke bleiben und wer schlussendlich das militärische Kerneuropa bilden wird, lässt sich gegenwärtig noch nicht sicher sagen. Einen Blick in die Kristallkugel, wie sich Witney das Ganze schlussendlich vorstellt, versteckt er in seiner Studie aber dennoch in einer Fußnote. Dort befürwortet er die Überle-

gungen Lellouches für ein Sechserdirektorat, gibt aber zu bedenken, dass Schweden noch dazugehören sollte.³⁷

Es verwundert nicht weiter, dass von Medien und Politik der großen Mitgliedsstaaten Witneys Vorschläge wohlwollend aufgenommen wurden. Exemplarisch erklärte Ex-Außenminister Joschka Fischer kurz nach Veröffentlichung der Studie: „Wir müssen die Realität eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten bei der Verteidigung anerkennen.“³⁸ Ob allerdings die Begeisterung für Witneys Pläne in den Hauptstädten der kleinen und mittleren EU-Länder ähnlich groß ist, darf bezweifelt werden.

Irland, Österreich, etc. - die Marginalisierung ablehnen!

Einen besonderen Leckerbissen hält Witney für alle Länder bereit, die an der einen oder anderen seiner Hürden ausgesondert werden. Denn der EU-Strategie schlägt vor, das „costs lie where they fall“-Prinzip abzuschaffen.³⁹ Es besagt, dass die Länder, die sich an bestimmten Maßnahmen beteiligen, auch die jeweiligen Kosten übernehmen müssen. Stattdessen will Witney, dass solche Kosten künftig auf alle Länder - auch auf die, die nicht mitmachen wollen, dürfen oder können - verteilt werden. Dadurch könnte die paradoxe Situation entstehen, dass Länder zwar in bestimmten ESVP-Bereichen keinerlei Mitspracherechte eingeräumt bekommen, aber dennoch für die entstehenden Kosten mit aufkommen sollen.

Einen Schönheitsfehler hat Witneys Konzept jedoch. Ohne neuen EU-Vertrag kann es nur umgesetzt werden, wenn ihm zuvor *sämtliche* Mitgliedsstaaten zustimmen (mit verabschiedeten Vertrag von Lissabon wäre nur eine qualifizierte Mehrheit erforderlich). Die kleinen und mittleren EU-Länder müssten also in ihre Marginalisierung formal einwilligen. Da beispielsweise Irland seinen Rüstungshaushalt nahezu verdoppeln müsste, um allein die Basiskriterien zu erfüllen (Österreich müsste immerhin noch 20% draufsatteln), ist es schwer vorstellbar, dass Witneys Vorschläge dort auf allzu große Gegenliebe stoßen werden.

Aus diesem Grund richtet Witney auch vorsorglich unverhohlene Drohungen an die Adresse möglicher Querulanten: „Die Implementierung dieser Schritte würde die Unterstützung oder Billigung sämtlicher Mitgliedsstaaten erfordern, einschließlich derjenigen, die zu wenig beitragen - aber unter den gegenwärtigen Umständen wäre es außerordentlich unerhört, eine solche

Entwicklung mit einem Veto zu blockieren.“⁴⁰ Dennoch steht zu hoffen, dass sich die kleinen und mittleren EU-Länder von solchen Drohungen nicht einschüchtern lassen und dem militärischen Kerneuropa eine Absage erteilen.

Anmerkungen

¹ Vgl. Pflüger, Tobias: Die Agenda der Französischen EU-Ratspräsidentschaft: Lissabon-Vertrag durchpeitschen, Militarismus ausbauen, neoliberale Offensive starten, in: AUSDRUCK – Das IMI-Magazin (August 2008).

² Wichtige EU-Think Tanks sind u.a. das Centre for European Reform, die Security & Defence Agenda (SDA) und vor allem das von der Bertelsmann-Stiftung finanzierte Centrum für angewandte Politikforschung.

³ ECFR: Council, URL: <http://ecfr.bluestatedigital.com/content/entry/12> (eingesehen 12.08.2008).

⁴ Ebd.

⁵ ECFR: Statement of Principles, Absatz 1, URL: <http://www.ecfr.eu/page/s/principlesen> (eingesehen 12.08.2008).

⁶ Ebd. Absatz 3.

⁷ Ebd. Absatz 5.

⁸ Vgl. Engdahl, William: Color Revolutions, Geopolitics and the Baku Pipeline, Globalresearch.ca, 25.06.2005.

⁹ The EU cannot afford to become a symbol of weakness or decline, ECFR-Statement, 25.06.2008, URL: http://www.ecfr.eu/content/entry/commentary_ecfr_statement_on_future_of_the_eu/ (eingesehen 25.08.2008).

¹⁰ So etwa die nüchterne Einschätzung der ECFR-Chefin für Deutschland: Vgl. Guérot, Ulrike: State building and the EU's supra-national momentum, European Council on Foreign Relations, 02.02.2008.

¹¹ Grant, Charles: Europe's blurred boundaries. Rethinking enlargement and neighbourhood policy, Centre for European Reform, October 2006, S. 17.

¹² Miles, Lee: Moving Towards a „Hubs and Spokes Europe“? in: Journal of Common Market Studies, Vol. 41 (2003), S. 1-11, S. 5.

¹³ Schäuble, Wolfgang/Lamers, Karl: Überlegungen zur europäischen Politik, 01.09.1994, URL: <http://www.wolfgang-schaeuble.de/positionspapiere/schaeublelamers94.pdf> (eingesehen 17.03.2008), S. 10. Es ließe sich natürlich auch argumentieren, dass die Anfänge der Kerneuropa-Diskussion bis in die 1970er zurückreichen. Vgl. Tekin, Funda/Wessels, Wolfgang: Flexibility within the Lisbon Treaty: Trademark or Empty Promise? in: EIPASCOPE 2008/1, S. 13-18. Allerdings waren die Ausführungen von Schäuble und Lamers der entscheidende Anstoß für die neuere Debatte.

¹⁴ Fischer, Joschka: Vom Staatenbund zur Föderation - Gedanken über die Finalität der Europäischen Integration, Vortrag an der Humboldt-Universität, 12.03.2000.

¹⁵ A multi-speed Europe, Tomorrow Europe Nr. 21, Februar 2004, URL: <http://www.ciginfo.net/demain/files/tomorrow21en.pdf> (eingesehen 18.03.2008), S. 4.

¹⁶ Veit, Winfried: Avantgarde und Europäische Nachbarschaftspolitik, Friedrich-Ebert Stiftung, Internationale Politikanalyse Europäische Politik, Oktober 2006.

¹⁷ Vgl. Wagner: Brüssel das neue Rom? Studien zur Militarisierung EUropas 36/2008. Beispiele hierfür sind der Schengen-Raum oder die Eurozone, an denen sich jeweils nicht alle Mitgliedsstaaten beteiligen.

¹⁸ Ellison, David L.: Divide and Conquer: The EU Enlargement's Successful Conclusion? Institute for World Economics, Working Papers No. 161, July 2005, S. 33.

¹⁹ A multi-speed Europe 2004, S. 1.

²⁰ Habermas, Jürgen/Derrida, Jacques, „Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2003.

²¹ Die letzte Entscheidung, die Option zur Bildung militärischer Kerngruppen in den EU-Verfassungsvertrag auszunehmen, wurde bezeichnenderweise auf einem deutsch-französisch-britischen Treffen erzielt. Vgl. Zehetner, Thomas: Flexibility for CFSP/ESDP: Squaring the Circles of Unity and Diversity, UACES 2006, S. 17.

²² Schneider, Jörg: Die Neufassung der Art. 28a und 28e EUV durch den Vertrag von Lissabon und ihre Auswirkung auf den deutschen Verteidigungshaushalt, Wissenschaftlicher Dienst des

Bundestages, WD 11 - 333/07, S. 4. Im konsolidierten (also um den Reformvertrag ergänzten) EU-Vertrag heißt es im Wortlaut in Artikel 46, Absatz 6: „Für die Zwecke dieses Absatzes bezieht sich die Einstimmigkeit allein auf die Stimmen der Vertreter der an der Zusammenarbeit teilnehmenden Mitgliedstaaten.“

²³ Ebd., S. 4.

²⁴ Über die Verbindlichkeit des Protokolls lässt der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages keine Zweifel aufkommen: „Die verbindliche Formulierung sowohl des Protokolls als auch der entsprechenden Artikel

zeigten, dass es sich hierbei nicht bloß um politische Willenserklärungen handele.“ Vgl. ebd., S. 5.

²⁵ Workshop Summary: The Impact of the Lisbon Treaty on ESDP, 11.02.2008, EXPO/B/SEDE/2008/18, S. 10.

²⁶ Dies war von Anfang an Sinn und Zweck der Übung: „Kerneuropa hatte und hat eine doppelte Funktion: nicht allein ein Momentum für den Integrationsprozess zu erzeugen, sondern auch mit dem Ausschluss zu drohen.“ Vgl. Zehetner 2006, S. 8.

²⁷ Dagand, Sophie: The impact of the Lisbon Treaty on CFSP and ESDP, in: European Security Review, Nr. 37, März 2008, S. 5-9, S. 8.

²⁸ Howorth, Jolyon: The Future of European

Security, EXPO/B/SEDE/2008/16, March 2008.

²⁹ The Venusberg Group: Beyond 2010 - European Grand Strategy in a Global Age, Gütersloh, July 2007, S. 41. An anderer Stelle wurden ähnliche Vorschläge unter der bezeichnenden Überschrift eines „Europäischen Commonwealth“ formuliert. Vgl. Palmer, John: Toward a European Commonwealth, International Herald Tribune, 23.06.2006.

³⁰ Hale, Julian: France May Push New Ideas for EU Defense: Military HQ, Structured Cooperation Examined, ECFR, 28.04.08, URL: http://www.ecfr.eu/content/entry/witney_in_defense_news_on_esdp/ (eingesehen 12.08.2008).

³¹ Witney, Nick: Re-energising Europe's Security and Defence Policy, ECRF Policy Paper, July 2008, S. 2; 25.

³² Ebd., S. 3.

³³ Ebd., S. 4.

³⁴ Ebd.

³⁵ Ebd.

³⁶ Ebd., S. 3.

³⁷ Ebd., S. 15, FN2.

³⁸ Joschka Fischer fordert europäische Verteidigungs-Avantgarde, afp, 29.07.2008.

³⁹ Witney 2008, S. 8.

⁴⁰ Ebd., S. 5.

IMI-Kongress 8./9. November 2008

Kein Frieden mit der NATO!

Datum: 8./9. November 2008 - Ort: Schlatterhaus Tübingen, Österbergstraße 2

Vorveranstaltung am Freitag, 7.11.08:

Krieg ist Frieden: NATO-Propaganda rückwärts gelesen - Multimedialer Vortrag mit Volxküche ab 19:00 in der Hausbar der Schellingstrasse 6

Samstag, 8.11.2008:

12:00 Kongresseröffnung

12:30-14:00 *Die Waffe des Westens – Strukturen und Strategien der NATO* (Tobias Pflüger)

14:30-16:00 *Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung in Afghanistan: Prototyp einer neuen NATO-Strategie* (Jürgen Wagner)

16:30-18:00 *Die Kolonialpolitik der NATO auf dem Balkan* (Christoph Marischka)

19:30-21:00 *Kameraden im Kaukasus: NATO und EU im Schulterchluss für eine neue Weltordnung* (Martin Hantke)

Sonntag, 9.11.2008

09:15-10:30 *Kanonensboote und Piraten: Die NATO als Seemacht* (Claudia Haydt)

10:45-12:00 *Schild und Schwert: Aggressive Atompolitik und Raketenabwehr der NATO* (Arno Neuber)

12:00-14:00 *Lokale Einrichtungen für globale Kriege: Kein Frieden mit der NATO in Deutschland* (mit Franz Iberl, Jens Rüggeberg, Tobias Pflüger und Mitgliedern des Regionalen Aktionsbündnisses gegen den NATO-Gipfel)

Der Kongress wird unterstützt von: Friedensplenum/Antikriegsbündnis Tübingen, Rosa Luxemburg Forum Baden-Württemberg, Jakob Moneta Stiftung Frankfurt, DFG-VK Tübingen und Attac Tübingen

IMI-Kongress 8./9. November 2008

Tübingen, Schlatterhaus, Österbergstraße 2



**Informationsstelle
Militarisierung e.V.**

Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154



**KEIN FRIEDEN
MIT DER
NATO**